

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Aboptionspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.—M., bei Selbstabholung 5.50 M., Durch die Post bezogen vierstündiglich 18.—M., für einen Monat 6.—M., Preis der Einzelnummer 30 Pf., — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 58477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: **Volkszeitung Leipzig**  
Telefon 19693. — **Verlag in Leipzig.**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4096

**Insetatenpreise:** Die 7 geplasterte Kolonialsäule oder deren Raum 1.90 M., bei Plakatvorwahl 2.30 M.; Familiennotizen, die 7 geplasterte Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonialsäule 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Die Entscheidung über Oberschlesien.

### Der Inhalt des Genfer Beschlusses.

#### Das Begleitschreiben Brlands.

Paris, 20. Oktober. Die Botschafterkonferenz übermittelte heute nachmittag dem deutschen Botschafter in Paris nachstehende Note über die oberschlesische Entscheidung:

Herr Botschafter! Ich habe die Ehre, Ihnen anbei den Text der Entscheidung zu übermitteln, die die Botschafterkonferenz am 20. Oktober d. J. nommen und mit ausdrücklicher Vollmacht der Regierungen des britischen Reichs, Frankreichs, Italiens und Japans getroffen hat, die mit den Vereinigten Staaten als alliierte und assoziierte Hauptmächte den Friedensvertrag von Versailles unterzeichnet haben. Die genannten Mächte haben gemäß dem Vertrage eine Lösung gesucht, die dem Wunsche der Bevölkerung, der in der gemeinsamen Abstimmung zum Ausdruck gekommen ist, entspricht und die geographische und wirtschaftliche Lage der Ortschaften berücksichtigt. Sie haben sich deshalb nach Einholung des Gutachtens des Völkerbundes veranlaßt, den Industriebezirk Oberschlesiens zu teilen. In Abbruch der Tatsache, daß die verschiedenen Botschaften geographisch zerstreut liegen, anderseits aber stark miteinander vermischt sind, mußte jede Teilung dieses Gebietes dazu führen, daß auf beiden Seiten der Grenzlinie ziemlich beträchtliche Minoritäten verbleiben und daß wichtige industrielle Gebiete aneinandergerissen werden. In Berücksichtigung dieser Umstände enthält die gesprochene Entscheidung Maßnahmen, um im Interesse der Allgemeinheit die Fortdauer des Wirtschaftslebens ebenso wie den Schutz der Minoritäten in Oberschlesien zu gewährleisten. Die deutsche Regierung muß sich auch völlig dessen bewußt werden, daß die alliierten Mächte ihre Entscheidung als einheitliches Ganzen betrachten und daß sie seit entschlossen sind, keinen verschiedenen Teilen Geltung zu verschaffen. In dem Falle, daß die beteiligten Regierungen einer von ihnen sich aus irgendeinem Grunde weigern sollte, die Entscheidung insgesamt oder zum Teile anzunehmen, oder durch ihre Haltung zu erkennen geben würde, daß sie der logalen Durchführung der Entscheidung Hindernisse in den Weg zu legen bestrebt sei, behalten sich die alliierten Mächte, in der Gewißheit, daß es im Interesse des allgemeinen Friedens unumgänglich sei, die vorgegebene Regelung so schnell wie möglich durchzuführen, solche Maßnahmen vor, die sie für geeignet halten, um die völlige Durchführung ihrer Entscheidung sicherzustellen. Genehmigen Sie usw. Brian.

#### Einzelheiten der Entscheidung.

Berlin, 21. Oktober. Die Notifikation über die Entscheidung der Botschafterkonferenz betreffend Oberschlesien umfaßt vierzehn Folioseiten in Schreibmaschinenschrift. In der Einleitung werden die deutsche und die polnische Regierung darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Abschließung der Abkommen nicht faktutativ, sondern obligatorisch ist und daß die Entente sich vorbehält, im Falle einer Belagerung der einen oder anderen Partei die Bestimmungen dieses Abkommens zwangsläufig anzuwenden und durchzuführen. Die deutsche und die polnische Regierung werden aufgefordert, binnen acht Tagen ihre Unterhändler für den Abschluß der deutsch-polnischen Staatsverträge zu bestimmen. Diese Unterhändler werden unter dem Vorstoss eines vom Völkerbundsrat ernannten und mit schiedsrichterlichen Vollmachten ausgestatteten Neutralen arbeiten. Wenn die alliierte Grenzkommision und die deutsch-polnischen Unterhändler ihre Aufgaben erledigt haben, wird die amtliche Notifikation der neuen Grenzlinie in Berlin und Warschau erfolgen, und sowohl die deutsche wie die polnische Regierung in den beliebtesten eingeräumten Gebieten in Oberschlesien Beifall ergreifen und von diesem Tage an beginnen gemäß dem Vertrag die einmonatige Frist zu laufen, in welcher die interalliierte Kommission und die interalliierten Truppen Oberschlesien zu verlassen haben.

Zum einzelnen enthält die Entscheidung des Obersten Rates und des Völkerbundes u. a. folgendes:

1. Den Beschluß des Obersten Rates, unterzeichnet von den vier Botschaftern Hardinge, Cambon, Bonin und Thill:

#### Die Grenzfragen.

Die Grenze folgt der Oder von dem Punkte ab, wo dieser Fluß in Oberschlesien eintritt, bis Niederschönau. Sie verläuft nachdem in nordöstlicher Richtung und läuft auf polnisches Gebiet

die Gemeinden Hohenbierken, Wilhelmstorf, Rischkau, Adamowic, Bogunia, Bissel, Summin, Zwenowit, Theawalowit, Cobelwitz, Wieja, Kriewald, Knurow, Gieraltowit, Preiswitz, Matoschau, Kunzendorf, Paulsdorf, Ruda, Drzegow, Schlesiengrube und Hohenlinden. Sie verläuft auf

deutschem Gebiete

die Gemeinden Ostrog, Warlowit, Babik, Gurek, Stoboll, Niederdorf, Willanatz, Nieborowitzer Hammer, Nieborowit, Schönwald, Elsguth, Jaborze, Sosnowica, Matheodz, Jaborze, Bielawitz, Bobretz und Schomberg. Von da geht die Grenze zwischen Rohberg, das an Deutschland fällt und Birkenhain, das an Polen kommt, in der Richtung Nordwest weiter und läuft auf deutschem Gebiete die Gemeinden Karf, Mieshowit, Stollzowit, Friedrichswilke, Platowitz, Parischof, Midar, Hanusek, Neudorf,

Tworog, Rottenlust, Potemba, Keltsch, Jawatoli, Pluder, Petershof, Klein-Lagowit, Skrzidlowit, Gwozdian, Zielina, Gliasz-nau, Sorowit und läuft im polnischen Gebiet die Gemeinden Sorowit, Radzionau, Trockenberg, Neu- und Alt-Tarnowit, Rybna, Bielszna, Borulowit, Mitolesta, Drahthammer, Biess, Wüstenhammer, Koscielit, Koschmieder, Radnau, Spiegelhof, Gutsbezirk Groß-Lagowit, Glinz, Koschlik und Bißau. Im Norden des letzteren Ortes fällt die Grenze mit der alten Grenzlinie zusammen und mit der, die bereits zwischen Polen und Deutschland festgelegt worden ist.

#### Das Wirtschaftsabkommen.

Die wichtigsten Punkte des Wirtschaftsabkommens, worüber sich die deutschen und polnischen Unterhändler zu einigen haben, sind: 1. Die Eisenbahn, 2. die Währung, 3. die Zölle, 4. die Kohlenfragen, 5. die Staatsangehörigkeit und die Unternehmensverhältnisse sowie der Minoritätenschutz.

1. Die Eisenbahnen: Für die deutschen Eisenbahnen und zwar sowohl Normalspur- wie Schmalspurbahnen in Oberschlesien wird auf die Dauer von 15 Jahren ein gemeinscher Betrieb eingeschüttet. Das Eisenbahnmateriel, das sich im oberschlesischen Gebiet befindet, wird dem Artikel 371 des Versailler Vertrags unterstellt. Für den Verkehr des gesamten Reiches in Oberschlesien muß eine einheitliche Rechnung geführt werden. Alle Einnahmen und Ausgaben, die Kosten für den Unterhalt der Eisenbahnlinien und der Materialien umfassen, sollen dieser einheitlichen Rechnungsführung zu; das gegenübersetzen die Ausgaben für Neubauten den Gegenstand eines besonderen Kontos. Diese Ausgaben werden demjenigen Staat auferlegt, auf dessen Gebiet die Neubauten stattfinden. Die Gewinne und Verluste werden zwischen Deutschland und Polen verteilt, und zwar im Verhältnis zu der Kilometerlänge der jedem Lande angehörigen Eisenbahnlinien in Oberschlesien und mit Rücksicht der Bedeutung des Verkehrs.

2. Währung: Die deutsche Mark bildet während einer Zeit, die nicht länger als 15 Jahre dauern darf, die einzige gesetzliche Währseinheit. Dagegen sollen die deutsche und die polnische Regierung durch gegenseitige Abkommen diesen Währungsstand noch vor Ablauf der 15jährigen Frist beenden.

3. Das Zollsystem: Die Zollgrenze fällt mit der neuen politischen Grenze zusammen. Die deutschen Zollgesetze und die deutschen Zolltarife kommen zur Anwendung mit folgenden Ausnahmen:

A. In den ersten 6 Monaten sind diejenigen Waren zollfrei, die aus dem Auslande in das Abstimmungsgebiet eingeführt werden und an der deutschen oder an der polnischen Landesgrenze Zollgebühren entrichtet haben.

B. Die Naturprodukte der einen oder andern Zone des Abstimmungsgebietes, die in der anderen Zone verbraucht oder verwendet werden sollen, sind während 15 Jahren frei.

C. Die Rohprodukte und die Halbprodukte und die Halbsortenfabrikate der Industriebetriebe, die dazu bestimmt sind, in einer Industrieanlage der andern Zone verbraucht oder fertiggestellt zu werden, sind in den ersten 6 Monaten zollfrei.

D. Die Rohprodukte, die Halbprodukte und die Halbsortenfabrikate der Industriebetriebe, die in einer Industrieanlage der andern Zone verwendet werden, sind während 15 Jahren zollfrei, wenn sie in das Urempieland zurück eingeführt werden.

E. Die Naturprodukte und die Fabrikate der polnischen Zone des Abstimmungsgebietes sind bei ihrem Eintritt auf das deutsche Zollgebiet zollfrei auf die Dauer von 3 Jahren entsprechend dem Artikel 368 des Versailler Vertrags.

Bezüglich des Ausfuhrweises im allgemeinen verpflichten sich die beiden Länder, während 15 Jahren die Ausfuhr aus ihrem Gebiet von Erzeugnissen, die für die Industrie der einen oder andern Zone des Abstimmungsgebietes unentbehrlich sind, zu erleichtern.

3. Die Kohlenfrage: Gemäß Artikel 90 des Versailler Vertrags wird Polen während 15 Jahren die Ausfuhr nach Deutschland von Grubenprodukten der polnischen Zone des Abstimmungsgebietes gestatten, desgleichen Deutschland nach Polen. Die Menge dieser Grubenprodukte wird nach dem durchschnittlichen Ertrag der Jahre 1911/1913 berechnet.

4. Die Staatsangehörigkeits- und Niederlassungsverhältnisse sowie Minoritätenschutz: Die Frage der Staatsangehörigkeit der im Zeitpunkt der endgültigen Abteilung in Oberschlesien wohnhaften Personen wird für das polnisch gewordene Gebiet gemäß dem Artikel 91 des Versailler Vertrags behandelt. Auch die Personen, die das Opiononsrecht für die deutsche Staatsangehörigkeit ausgeübt haben, haben das Recht, ihren Wohnsitz in Polen während 15 Jahren beizubehalten. Die Polen, die

ihren Wohnsitz in deutschem Gebiet Oberschlesiens behalten haben, haben das Recht, ihren Wohnsitz in Deutschland während 15 Jahren beizubehalten. Jeden Deutschen und jedem Polen aus Oberschlesien steht das individuelle oder Kollektiv-Petitionsrecht an den Völkerbundsrat zu, soweit es sich um Fragen des Minoritätenschutzes handelt.

Um diese Maßnahmen zur Durchführung zu bringen, soll eine „Gemischte Oberschlesische Kommission“ ernannt werden, die aus zwei Deutschen und zwei Polen besteht, die alle aus Oberschlesien stammen müssen. Die Kommission wird präsidiert von einem Vorsitzenden, der eine andre Staatsangehörigkeit hat und vom Völkerbundsrat ernannt wird.

Ferner soll zum Zweck der Durchführung dieser Maßnahmen ein Schiedsgericht bestellt werden, das über alle Schwierigkeiten privatrechtlicher Natur, die sich aus der Anwendung der oben erwähnten Abmachungen ergeben können, zu schließen hat. Dieses Schiedsgericht besteht aus je einem Deutschen und einem Polen. Der Völkerbundsrat wird den Präsidenten dieses Schiedsgerichts ernennen.

Ferner finden sich noch andre Bestimmungen z. B. über den Fortbestand der Wasser- und Starkstromleitungen, über die Beibehaltung der deutschen Post-, Telegraphen- und Telephonleitungen, über die Verkehrsfreiheit, indem nämlich während 15 Jahren jeder im Abstimmungsgebiet niedergelassene Einwohner oder jeder, der im Abstimmungsgebiet einer Beschäftigung oder einem Beruf nachzieht, eine Verkehrs-karte kostenlos zugestellt erhält, mit der er die neue Grenze ohne jede Andere Formlichkeit überschreiten darf.

Schließlich wird noch der Völkerbundsrat als Schiedsgericht eingesetzt für alle Streitigkeiten öffentlich-rechtlicher Natur, die sich zwischen der deutschen und der polnischen Regierung ergeben können. Die Entscheidungen des Völkerbundsrates in seiner Eigenschaft als Schiedsrichter sind für beide Regierungen verbindlich.

Verpflichtungen, von denen in diesen wirtschaftlichen Bestimmungen gesprochen wird, laufen von dem Zeitpunkt der Notifikation an, d. h. wenn die Grenze abgezettelt und das deutsch-polnische Abkommen gegenseitig unterzeichnet ist.

#### Freiheit und Vorwärts zur Situation.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Veröffentlichung der Entscheidung des Obersten Rates der Alliierten schafft in gewisser Beziehung eine klare Situation. Weder Deutschland noch Polen können Abänderungen des Sprunges herbeiführen. Es wird mit Zwangsmahnahmen gedroht, wenn eine der beiden Parteien versuchen sollte, bei Abschluß oder Anwendung des Wirtschaftsabkommens, das zwischen beiden Ländern getroffen werden muß, ironisch vorzugehen. Die Freiheit verlangt, daß angehört der Notwendigkeit, mit aller Aktivität die Einhaltung von Verhandlungen zwischen der polnischen und deutschen Regierung zu beginnen, eine verhandlungsfähige Regierung am Ruder stehen muß. Sowohl vom Standpunkt der Interessen wie der Außenpolitik wäre es das törichtste, wenn die bürgerlichen Parteien die Entscheidung über Oberschlesien zum Anlaß nehmen wollten, um das Kabinett Wirth zu besiegen. Der Vorwärts sagt, daß der Ausgang der Verhandlungen, die innerhalb acht Tagen begonnen sein müßten, für die Zukunft von Bedeutung sei. Es hängt viel von der Geschicklichkeit der Unterhändler, aber auch viel von der moralischen Stellung der Regierung, die hinter ihnen stehe, ab. Demnach stellt sich auch die gesamte politische Situation etwas anders dar, als von vielen erwartet wurde. Man glaubte, Reich und Regierung würden durch die Entscheidung über Oberschlesien in jeder Beziehung vor vollendetem Taktischen gestellt sein und es würde nichts anderes zu tun übrig bleiben, als das politische Fazit aus ihr zu ziehen. In Wirklichkeit handelt es sich aber zum Teil noch um Tatsachen, die durch das Verhandeln Deutschlands noch beeinflußt werden können. Die sozialdemokratische Fraktion habe sich zur Frage der Kabinettskrise erklärt, ehe ihr Wortlaut der Entscheidung über Oberschlesien vorlag. Sie hätte sich nach Kenntnisnahme dieses Wortlautes nicht anders, sondern nur in der gleichen Richtung und höchstens noch schwächer erklären können. Würde die Reichsregierung heute durch das Schwanken einzelner Parteien genötigt sein, ihren Rücktritt zu erklären, so wäre ohne Not eine überaus schwierige Lage geschaffen und die Stellung Deutschlands in den bevorstehenden Verhandlungen würde nicht gestärkt, sondern geschwächt.

## Seht die Stadtverordnetenwählerlisten ein!

## Die Noten der Börschäferkonferenz.

Nach langem Warten sind die Beschlüsse der Börschäferkonferenz der deutschen und der polnischen Regierung übermittelt worden. Damit beginnt sich die politische Situation zu klären und der Zustand des Hangens und Bangens zu schwinden. Der Inhalt der Beschlüsse, soweit sie durch den Völkerbund in Genf gefaßt worden waren, sind in seinen Grundzügen längst bekannt. Die Übermittlung der Noten durch die Börschäferkonferenz bringt nichts wesentlich Neues, sondern nur Klarheit über die Durchführung der einzelnen Bestimmungen, insbesondere in der Frage des Wirtschaftsabkommen. Die Grenzregelung ist so, wie bereits vor Wochen gemeldet: Deutschland verliert den größten Teil seiner Erz- und Kohlenproduktion in Oberschlesien. Daraus ist zunächst nichts zu ändern, obwohl jedermann die Schwierigkeit der Lage erkennen muß, in die Deutschland durch die Abtrennung dieser wichtigen Gebiete gelungen ist. Die wirtschaftlichen Übergangsbestimmungen sollen die katastrophale Entwicklung verhindern, die eintreten würde, wenn das oberschlesische Industriegebiet plötzlich vom Reich abgetrennt werden müßte. Freilich liegen die rechtlichen Bestimmungen im Wortlaut noch nicht vor, immerhin darf als schließend angenommen werden, daß der Wortlaut des Abkommens keinerlei Überraschungen mehr bringen wird. Von größter Wichtigkeit ist der Absatz an des Abkommens, das den Gütertausch zwischen Deutschland und dem Abstimmungsgebiet, das an Polen fällt, regelt. Danach bleibt Deutschland auf 15 Jahre hinaus der wirtschaftliche Einfluß in Oberschlesien gesichert und wenn sonst die materialistische Geschichtsauffassung ihre Richtigkeit hat, dann darf mit einiger Gewißheit angenommen werden, daß auf Grund der wirtschaftlichen Vorherrschaft Deutschlands im abgetrennten Gebiete auch der politische Einfluß nicht gering sein wird. Immerhin sind es 15 Jahre, die für den Zustand des Übergangs ausreichen sind. Bis dahin dürfte sich mancherlei geändert haben, der Versailler Vertrag kann längst in tausend Stücken gerissen sein und somit ist schließlich auch über das oberschlesische Industriegebiet das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Wichtiger als der Textteil der Beschlüsse von Genf ist das Begleitschreiben, das Briand im Auftrage der Börschäferkonferenz bei der Übermittlung derselben befügte. Durch den Inhalt der Mantelnote wird die politische Situation in Deutschland nicht unweisen beeinflußt, insosfern, als Briand im Auftrage der Börschäfer erklärt, daß die Entscheidung sowohl in bezug auf die Grenzbildung, als auch auf die Wirtschaftsbestimmungen ein untrennbares Ganzen bilde. Die Alliierten seien entschlossen, „diesen Beobachtung durch beide Teile durchzusehen“. Sie seien weiterhin bestrebt, das vorgehene Regime so rasch als irgend möglich zur Durchführung zu bringen. Anderseits wird die deutsche und die polnische Regierung aufgefordert, binnen acht Tagen Unterhändler für den Abschluß der deutsch-polnischen Staatsverträge zu bestimmen. Erst wenn durch die Beschlüsse dieser Unterhändler der Wortlaut der Staatsverträge festgestellt ist, soll zur Notifikation des Gesamtakommens geschritten werden. Diese Regelung der Angelegenheit hat zur Folge, daß nicht, wie bisher gemeldet wurde, die interalliierten Besatzungstruppen binnen kürzester Zeit abberufen werden. Nach den Bedingungen des Versailler Vertrags muß ihre Zurückziehung erfolgen in einer Frist von einem Monat, gerechnet von dem Tage der Unterschrift. Da nunmehr durch die beabsichtigten Beratungen der beiderseitigen Unterhändler die Lösung der Frage weiter hinausgeschoben wird, ist damit zu rechnen, daß ein Abbau der interalliierten Kommission zunächst nicht zu erwarten ist.

Das Begleitschreiben Briands schafft insosfern Klarheit in der politischen Situation Deutschlands, als erstens das Wirtschaftsabkommen keine Ablehnung finden kann, wenn wir uns nicht neuen Repressalien der Entente aussehen wollen. Es ist ein neues Diktat, das an Schärfe nichts zu erkennen läßt. Aber es war mit Sicherheit zu erwarten, daß der Völkerbund und die Börschäferkonferenz die Bestimmungen betroffenen den Übergangszustand nicht von der Haltung der deutschen Regierung abhängig machen würden, um so mehr, da Gefahr bestand, daß dieselbe in nationalsozialistisches Fahrwasser geriet. Diese Bestrebungen wollte die Börschäferkonferenz unterbinden, indem sie der deutschen Regierung die Alternative stellte, die wir schon von früheren Entscheidungen her kennen. Die politische Situation ist damit insosfern gesärt, als auch einer Regierung unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Volkspartei in bezug auf ihre Bedeutung sehr enge Schranken gezogen sind. Es würde ihr zuletzt nichts anderes übrig bleiben, als dieselbe Politik in der oberschlesischen Frage zu treiben, unter deren Zwangsläufigkeit nunmehr, wenn nicht alles täuscht, das Kabinett Wirth weiter amtieren wird. Im Gegentheil, würden jetzt die Fragen der Regierungsumbildung erneut aufgeworfen werden, so würde die Gesamtsituation nur unnötig erschwert, ohne an dem Endergebnis irgend etwas andern zu können. Dazu kommt, daß binnen acht Tagen die schon genannten Unterhändler ernannt sein müssen, deren Situation naturgemäß nicht erleichtert würde, wenn sie eine Regierung im Rücken hätten, die erst nach einer politischen Orientierung lastet. Es ist nicht ohne Interesse, festzustellen, daß die bürgerlichen Zeitungen über die Auflösung, Unterhändler nach Paris zu entsenden, bisher nichts berichtet haben. Ein Diktat der Entente, in dem es nur eine Alternative: Unterstreichen oder Ablehnen gäbe, wäre ihnen zweifellos erwünschter gewesen. So aber werden die Unterhändler bei fluger Auswahl und einem festen Kurs der Regierung in stande sein, noch mancherlei abzuändern, wenn nicht an den Bestimmungen des Wirtschaftsabkommen, so doch in bezug auf die Übergangsmäßigkeiten, die zwischen beiden Staaten getroffen werden müssen.

Die Haltung der deutschen Parteien zu der Frage der oberschlesischen Noten ist naturgemäß noch ungelöst. Die Reichstagsfraktion der SPD ist gestern zusammengetreten und hat auch im Angesicht der vorliegenden Entscheidung ihren Beschuß erneut bekräftigt, unter allen Umständen an dem System Wirth festzuhalten, selbst auf die Gefahr hin, daß Wirth in Steuerfragen nicht das bringen könne, was sie nach den Beschlüssen von Görlitz fordern müßten. Die Zentrumspartei hat zwar beschlossen, dem Reichskanzler die Entscheidung über sein Weiterverbleben zu überlassen, immerhin scheinen die beiden Richtungen in der Zentrumspartei noch kein Kompromiß von endgültigem Charakter gefunden zu haben. Die Demokraten pendeln, wie immer in derartigen Fragen, hin und her, so daß letzten Endes wahrscheinlich die Abstimmung im Reichstag die Entscheidung bringen wird, ob Wirth bleibt oder ob er geht.

Die Haltung unserer Partei ist ohne weiteres gegeben. Wir haben schon mehrfach auf die Bedeutung der oberschlesischen Frage Bezug genommen, die Briand dem Abkommen selbst beigelegt hat, bestärken uns nur in der Auffassung, daß wir an sich selbstlichen Ergebnis von Genf nichts zu ändern vermögen, da alle wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen dazu fehlen. Demzufolge bleibt nichts andres übrig, als mit den Polen übereinzukommen, eine Fortsetzung, die wirtschaftlich nicht erst angesichts der Genfer Entscheidung stellen, sondern die wir vertraten, lange bevor sich der Oberste Rat und der Völkerbund mit der oberschlesischen Angelegenheit beschäftigten. Wir haben uns auf den Boden dieser gegebenen Tatsachen zu stellen und um jeder nationalistischen Auswertung der oberschlesischen Angelegenheit mit aller Energie entgegenzustemmen. Dazu auch Frankreich, bzw. Briand nicht mehr auf dem intransigenten Standpunkt von vor einem Jahre steht, haben uns die Verhandlungen in der französischen Kammer erst in den letzten Tagen mit aller Deutlichkeit bewiesen. Nicht nur in England, in Amerika und in Italien ist eine Umkehr von der gegenwärtigen Politik zu verzeichnen, sondern auch in dem nationalistisch verneichten Frankreich fühlen sich die Gemüter erheblich ab. Würde in Deutschland die oberschlesische Sache in deutschnationaler Sinne ausgeschlachtet, dann würde dies neue Nahrung für diejenigen Kreise bedeuten, denen jetzt Briand mit seiner gemäßigteren Auffassung in Frankreich ein gehöriger Stein des Anstoßes ist. Nicht das Gefühl darf uns in der Bestimmung unserer Politik leiten, sondern die realen Tatsachen müssen entscheiden über die Haltung unserer Partei und der Arbeiterschaft in allen Fragen, auch wenn sie uns nicht immer angenehm berühren.

### Stellungnahme der SPD-Fraktion.

Berlin, 20. Oktober. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat heute nachmittag zu einer Sitzung zusammen. In der Aussprache ergab sich die einmütige Auffassung, daß die Entscheidung über Oberschlesien keinen Anlaß gebe, eine Regierungskrise zu eröffnen, und daß für eine solche kein Augenblick ungünstiger gewählt werden könnte als der gegenwärtige. Die Fraktion lehnt es ebenso ab, die Frage des Verblebens oder des Sturzes der gegenwärtigen Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der komplizierten Steuerfragen abhängig zu machen, die langwierige und sachliche Beratungen erfordern. Sie ist daher einmütig der Überzeugung, daß die Reichsregierung ihr Verbleben von nichts anderem abhängig machen darf, als von dem Votum des Reichstages, das sofort nach Bekanntmachung der Entscheidung über Oberschlesien einzuhören sein wird. Sie ist bereit, der gegenwärtigen Reichsregierung ihre Vertrauen auszusprechen. Dieser Auffassung der Fraktion stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu.

Am morgigen Freitag, vormittags, tritt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion mit dem Parteiausschuß zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen.

### Die einzige bürgerliche Pressestimme in Berlin.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Das einzige bürgerliche Blatt, das erscheint, die Deutsche Zeitung, sieht als selbstverständlich voraus, daß die deutsche Regierung nicht nur die Entscheidung des Obersten Rates über die Grenzfeststellung, sondern auch die sogenannten Empfehlungen des Völkerbundsrates, in Oberschlesien einen Wirtschaftsstaat unter deutscher und polnischer Leitung zu schaffen, als Rechtsbruch und den Versailler Vertrag nicht entsprechend zurückweist. Das Blatt behauptet, Deutschland ersäße nicht nur ein Gebot der Selbstverhafung, sondern es leiste über seine engeren Interessen hinaus der Welt einen unermesslichen Dienst, wenn es durch entschlossene Ablehnung des offensiven Fehlentscheids einer Gruppe von Diplomaten fremder Länder und Erdteile, die nicht wissen konnten, was sie anrichteten, dem Frieden Europas eine sichere Unterlage schaffe.

### Die französische Presse und die Noten über Oberschlesien.

Paris, 21. Oktober. (TL) Der Temps schreibt: Deutschland habe nunmehr die Wahl. Von dieser Entscheidung würden die Alliierten ihre weiteren Schritte abhängig machen. Journaux des Debats gibt seine Unzufriedenheit darüber zu erkennen, daß wieder einmal die englische Auffassung den Sieg davongetragen habe.

### Zusammentritt des Reichskabinetts.

Berlin, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Die Sitzung des Reichskabinetts, in der die Entscheidung über das Bleiben oder die Demission der Regierung fallen wird, beginnt heute vormittag 9 Uhr.

### Zusammentritt des Reichslages.

Berlin, 20. Oktober. Der Kleinstenrat des Reichstags, an dessen heutiger Sitzung der Reichsminister des Außenwesens Dr. Rosen teilnahm, hat beschlossen, daß der Präsident des Reichstags sich zunächst mit dem Reichskanzler darüber verstündigen soll, wann dieser die Regierungserklärung über die Genfer Beschlüsse abgeben kann. Danach wird der Präsident den Termin der Plenarsitzung bekanntgeben. Er hofft, es heute abend tun zu können. Die Plenarsitzung wird voraussichtlich am Freitagvormittag oder Sonnabend vormittag stattfinden.

### Faktionssitzung des Zentrums und der Volksparthei

Berlin, 20. Oktober. Im Laufe des heutigen Tages haben Faktionssitzungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei stattgefunden. Über den Verlauf und das Ergebnis der Beratungen innerhalb des Zentrums wird in der ZPA mitgeteilt, daß die Auffassung über die politische Lage völlig einheitlich gewesen sei. Damit wird den Gerüchten entgegengesetzt, die von einer durch Strömungen im Zentrum ins Auge gefaßten Neubildung des Kabinett unter Führung eines andern vom Zentrum zu benennenden Parlamentariers wissen wollten. Über das Ergebnis der Beratungen innerhalb der Deutschen Volkspartei ist bis jetzt eine parteiinterne Meldung nicht ausgegeben worden.

### Ein Werbe- und Spitzelbureau der Reaktion in Dresden.

Einen neuen Beweis dafür, daß die zahlreichen „Hilfsorganisationen für Oberschlesien“ meist nur den Deckmantel für allenthalb reaktionäre, monarchistische und militaristische Geheim-

organisationen bilden, liefert ein Dokument, das unser Dresdner Parteiblatt veröffentlicht. Das Schreiben ist von der Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien (Agos) an ihre Geldgeber gerichtet worden und hat folgenden Wortlaut:

Agos, Dresden (folgt Datum).

An Herrn  
Die Arbeitsgemeinschaft Oberschlesien, Dresden, wurde Anfang Mai 1921 von Breslau aus ins Leben gerufen. Die Hauptstelle dieser Dienststelle haben ihren Sitz in Breslau und München. Es sind folgende Herren: Rittmeister von Wuthenau, Breslau, Hauptmann Kunzen, Breslau, Intendanturat Dr. Dreher, Breslau, Oberleutnant Besert, Breslau, Oberleutnant Pommel, München, Leutnant Kreiselmeyer, München.

Der Zweck der Dresdner Agos ist folgender: Die Agos Dresden kommt als besondere Dienststelle in Frage, da sie einerseits Hauptstelle, andererseits Durchgangsstelle für den gesamten Transport- und Nachrichtenverkehr zwischen Südw., Nord- und Ostdeutschland ist, erwünscht ihr eine doppelt große Ausgabe, die eingetragen wird in  
A) Durchgang: Herren, die sich auf dienstlichen Reisen (Kurierdienst, Selbstfahrt usw.) befinden, werden, wenn sie nach den betreffenden Stellen des Südens, Nordens oder Ostens Deutschlands fahren, nach unserer Dresden Stelle geleitet. Hier werden ihnen Rat, Auskunft und Verhaltensmaßregeln erteilt. Hierbei werden sie auch mit weiterem Fahr- und Verpflegungsgeld ausgerüstet und weitergeleitet.  
B) Anwerbung: Gleichzeitig besteht sich die Dresdner Stelle mit der Anwerbung nationalsozialistischer Herren, die sich größtenteils aus ehemals aktiven Herren Studenten und rechtsstehenden Leuten zusammensetzen. Zu diesem Zwecke sind in unserer Stelle zwei Herren tätig, die sich mit der Werbung infolge ihrer Beziehungen befassen.

Die von diesen angeworbenen Herren werden nach Anwerbung telegraphisch nach unseren Stellen beordert, mit Fahr- und Verpflegungsgeld ausgerüstet und an ihre Bestimmungsstelle geleitet (Oberschlesien annähernd 500 Mann).

Um nun diese Werbetätigkeit weiterhin ausbauen zu können, müssten wir unter besonderem Augenmerk auf die linksstehenden Elemente richten. Zu diesem Zweck haben wir eine Nachrichtenstelle gegründet, die den Zweck hat, unser aus dem Besuch der Versammlungen gesammeltes Material der linksstehenden Parteien in wöchentlich zwei bis drei Berichten zwei bis dreimal an die Haupt- und Nebenstellen zu senden, so daß wir jederzeit in der Lage sind, unsre Kreise vor Unruhen, Streiks und Sabotageakten größtmöglich zu schützen. Desgleichen versenden wir diese Nachrichtenblätter an die geschätzten Herren Industriellen, damit die Herren jederzeit in der Lage sind, Vorbereigungsmaßregeln zu ergreifen.

Um nun unsre Dienststelle weiterhin ausbauen zu können, wir unsern Staat aber größtenteils durch die Industrie dessen müssen, bitten wir die geschätzten Herren um gütige weitere Unterstützung.

(Arbeitsgemeinschaft O.S., Dresden.)

Stampel. Kunze.  
Aus diesem Schreiben geht hervor, daß Dresden eine wichtige Zwischenstation und eine bedeutungsvolle Verbindungsstelle für die Verbindungen zwischen den Zentralen der reaktionären Verbündetenverbänden in Bayern und Oberschlesien bildet. Ferner wird bestätigt, daß in Dresden die Werbungen für die militärischen Organisationen der Reaktion in großem Umfang betrieben werden. Besonders interessant sind aber die Angaben über die Spitzelaktivität, die die Agos entfaltet. Plausibel werden alle Zweige der Arbeiterbewegung beispielhaft und die Spitzelberichte werden den „geschätzten Herren Industriellen“ und sicher auch allen sonstigen interessierenden Stellen übermittelt. Die Industriellen haben die finanziellen Mittel zur Unterhaltung der nützlichen Einrichtung gesiezt und werden sicher die weitere Unterstützung nicht verweigern. Und das ganze Unternehmen wird betrieben unter der so harmlos, patriotisch und menschenfreudlich erscheinenden Firma „Hilfsgemeinschaft für Oberschlesien“.

Die Entschlüsse zeigen erneut, welche Gefahr die Sorte „Hilfsorganisationen für Oberschlesien“ für die Arbeiterschaft und schließlich — da die Leitung der Vereinigungen stets in den Händen von Monarchisten und Militaristen liegt — auch für die Republik bilden. Deshalb ist es auch die Pflicht der Regierung der Republik, hier mit aller Rücksichtslosigkeit einzutreten.

### Die Oberland-Mörderbande.

A. P. Die Münchener Post sieht ihre Entschlüsse über die Mörderzentrale des Freikorps Oberland heute fort. Ende Mai 1921 belam der Pferdewärter Seiter vom Leiter der Kriminalabteilung der Nachrichtenzentrale Oberland, Kriminalinspektor Fischer (sein richtiger Name ist Friedrich), aus Bernburg i. Ph. den Befehl, mit einem geschlossenen Wagen ganz nah an das Gefängnis in Krappitz (Ob.-Schl.) zu fahren. Als Gefangener wurde der Besitzer des Hotels Deutsches Haus in Krappitz in den Wagen gebracht. Der Wagen wurde in einen Wald gefahren. Dort entstieg der Kriminalwachtmeister Gump dem Wagen und wurde von Friedrich und dem Kriminalleutnant Treissel aus Augsburg erwartet. Der Pferdewärter hatte einen Augenblick Gelegenheit, mit dem Gefangen zu sprechen und erfuhr, daß er nur deshalb angefeindet werde, weil in der Zeit der französischen Besetzung in seinem Hotel die französische Intendantur untergebracht war. Kurz darauf wurde der Hotelbesitzer in den Wald auf eine kleine Anhöhe geführt und von Gump erschossen. In der Kriminalabteilung der Reichscentrale Oberland war bekannt, daß Dessel der Geliebte der Frau des Hotelbesitzers war und daß diese Frau einmal äußerte, es liege ihr nichts an Tausenden von Mark, wenn ihr Mann besiegt werde.

Als am 30. Juni 1921 die Nachrichtenzentrale Oberland nach Leobschütz abrückte, wurden in der Kolonne drei Gefangene mitgeführt. Es waren Karl Görlich aus Görlich i. Schlesien, Sporthörerlehrer, Steph. Stellmacher, Gemeindevorsteher aus Biomarshütte (Ob.-Schl.), und ein Freiwilliger des Bataillons Österreich aus Hamburg, namens Kapert, angeblich Kommunist. Am nächsten Tage wurden Görlich und Stellmacher von Gump und einem Herrn Mußweiler alias Weiland von der Strafe nach Kasimir weg in den Wald geführt und dort von Mußweiler erschossen und vergraben. Görlich verfügte vor seiner Ermordung, daß seine Braut sein Vermögen von 10 000 M. sowie das silberne Zigarettentui, das er bei sich trug, erben sollte. Das Zigarettentui hat sich jedoch Mußweiler angeeignet. Stellmacher hatte verfügt, daß sein Vermögen den Armen der Gemeinde gegeben werde. Beide testamentarische Niederschriften wurden an der Mordstelle verbrannt. Vor der Festnahme wurde bei Stellmacher in Oppeln, wo er zu Besuch einer fränkischen Schwester weilte, ein Protokoll über erfolgte Vernehmung aufgenommen, worauf Stellmacher durch den Freiwilligen Wilhelm Nahm aus Nürnberg untersucht wurde. Dieser nahm dem Stellmacher etwa 500 M. in Gold (Zwanzigmarschstüke), circa 15 000 M. in deutschen Tausendmarschstücken und ein Bündel polnischer Tausendmarschstücken ab.

und übernahm alles an Friedrich. Das Protokoll und die Legitimationspapiere des Stellmachers wurden mit dem Testament verbrannt.

Am 1. Juli 1921 wurden eine Dame und zwei Herren aus Hindenburg zur Nachrichtenzentrale Oberland nach Leobenbach gebracht. Sämtliche Werksachen wurden ihnen abgenommen. Die drei Personen sollten ebenfalls ermordet werden. Der Plan wurde aber vereitelt, da Dresel mit dem Auto bei seiner Geliebten, der Frau des ermordeten Hotelbesitzers war und nicht rechtzeitig zurückkam. Einer der Gefangenen entfloß und die andern floß man dann laufen, weil der Mordplan durch die Flucht des einen ins Wasser gesunken war.

Am 3. Juli 1921 wurden nach Leobenbach sechs junge Arbeiter von der tschechischen Grenze an die Abteilung Friedrich eingeführt. Am gleichen Abend wurden sie von Gump auf einem Reiterwagen in den Wald gefahren und erschossen. Gump zog einem der Ermordeten seine fast neuen Schäftsseile aus und übernahm sie Friedrich, der die Seile an seine Frau nach Bebenburg schickte.

Die vorstehenden Angaben wurden der Münchener Post im September 1921 gemacht. Nun wird der Mann, der diese Anzeige erstattet hat, in München von Angehörigen des Freikorps Oberland verfolgt und bedroht. Man hat ihn an einem Abend an den Marktplatz bestellt. Dorthin kam dann Hauptmann Oesterreicher und Herr Weil (zwei der gefährlichsten Freikorpsführer, die ante Verbindungen mit der Münchener Polizei haben) und ein dritter Herr. Herr Weil hatte noch Dokumente mitgebracht, die sich in einer Entfernung hielten. Und nun fragte Oesterreicher diesen Mann: „Was wollen Sie denn? Was haben Sie der Polizei mitzutun?“

Hier ist es ganz offenbar, daß die engste Verbindung zwischen der Münchener Polizei und dem Freikorps Oberland, also mit der Mörderzentrale, besteht! Die bürgerliche Presse und die Polizei hat das bisher abgelehnt. Aber die Verbindung muß bestehen, sonst könnten Oesterreicher und Weil nicht wissen, daß bei der Polizei Anzeige erstattet wurde und wer diese Anzeige erstattet hat.

## Franzlers Aussöhnung zum Mord vor Gericht.

München, 21. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern fand im Schöffengericht der Bekleidungsprozeß des bekannten Einwohnerwehr- und Ola-Führers Kanzler gegen den Vorsitzenden der bayrischen Königspartei, Herrn Mayer-Kon, statt. Kanzler fühlte sich beleidigt, weil Mayer-Kon in der Beschlagnahme von Kanzler behauptet hat, er habe Anweisung gegeben, Waffen von Einwohnerwehrwaffen umzubringen, und daß Kanzler unter Berufung auf seine guten Beziehungen zur Regierung erläßt habe, daß er Einwohnerwehrleute aus den Klauen des Staatsanwalts befreien könne, wenn sie strafbare Handlungen begangen. In der Beweisaufnahme wurde unter Eid ausge sagt, daß Kanzler der Tiroler Heimatwehr Anweisung gegeben habe, daß ein Angeber von Waffenlagern der Einwohnerwehr an die Einheit aus der Welt geschafft werden sollte. Er stellte sein Auto zur Verfügung. Der zu Todesstrafe verurteilte sollte zu einer Autofahrt abgeführt werden und dann im Walde erschossen und der Leiche ein Schild umgehängt werden, auf dem die Motive der Tat zu lesen seien. Ein Teil der Zeugen wollte sich auf diese Neuherungen nicht mehr genau bezeichnen, doch wurde der Beweis zu dieser Neuherung im Laufe der Zeugenvorlesung einwandfrei erbracht. Dass Kanzler Einwohnerwehrleute aus den Klauen des Staatsanwalts befreien könne, deutete er so, daß er ihnen lediglich nur Rechtsschutz gewährt habe. Abends 19 Uhr wurde das Urteil gesprochen: Mayer-Kon wurde wegen eines fortgesetzten Vergehens der üblichen Nachrede zu 600 Mark Geldstrafe verurteilt. In der Begründung heißt es, daß Kanzler im Unmut Neuherungen gemacht habe, doch der Verteiler der Waffen aus der Welt geschafft gehört. Eine Feststellung, daß eine Aussöhnung zum Mord vorliege, konnte das Gericht nicht mit Sicherheit treffen, da die Zeugenaussagen auseinandergehen. Es müsse aber festgestellt werden, daß Kanzler eine Neuherung getan habe, die nicht gebilligt werden könne.

Dieses standalone Urteil, das aus einer Aussöhnung zum Mord eine harmlose, nicht zu billige Neuherung macht, soll einstweilen eine Vorbereitung sein für das jetzt endlich eingeleitete Strafverfahren in der gleichen Sache gegen Kanzler.

## Das Oberverwaltungsgericht gegen die Hebe Hörsing.

Nach dem Märzputsch hatte der rechtssozialistische Oberpräsident Hörsing der Provinz Sachsen, entgegen den Bestimmungen des § 130 der Reichsverfassung, der die politische Meinungsfreiheit verbietet, aber im Einverständnis mit dem damaligen Minister des Innern Seewering und dem jüngsten Minister Dominius die Amtsenthebung kommunistischer Gemeindevorsteher vorgesehen. Auch gegen unabhängige Gemeindevorsteher wurde in der gleichen Weise vorgegangen. Unter den in Massen abgesetzten Gemeindevorstehern befand sich auch unser Genosse Heinrich Albrecht in Helsbra (Mansfelder Kreis). Der aus zwei Deutschnationalen, dem ehemals orientierten Landrat und einem Rechtssozialisten bestehende Kumpf-Kreis ausschließlich willigte natürlich dem Begehrungen des Herrn Hörsing und erlangte durch Urteil auf Enthebung von dem Amt eines Gemeindevorstehers von Helsbra wegen Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei. Hier steht dieses für jeden Einsichtigen von vornherein unhaltbare Urteil beim Oberverwaltungsgericht an. Genosse Oskar Cohn verteidigt den Angeklagten. Nach eingehender Verhandlung wurde der Entscheid des Kreisausschusses des Mansfelder Kreises aufgehoben. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Artikel 130 der Reichsverfassung jedem Staatsbürger, also auch jedem Beamten, das Recht der freien Meinungsäußerung verleihe; jeder könne sich nach Belieben in der Partei betätigen, die er als die für ihn richtige halte. Auch wenn dieser Kommunistische Partei noch angehört (was nicht zutrifft, da er inzwischen zur USPD zurückgetreten ist), würde wie geschehen zu erkennen sein. Die Kosten fallen dem Kreisausschuß und der Staatskasse zu Last.

Doch diese Belehrung dem sozialistischen Oberpräsidenten Hörsing von dem Oberverwaltungsgericht erteilt werden müsste, zeigt so recht, was es mit der staatsrechtlichen Erkennung mancher Parteihäupter der SPD auf sich hat.

## Brauch für Aufrechterhaltung der militärischen Sanktionen.

In der französischen Kammer hatte am Mittwoch der Abgeordnete Barrès ausgesprochen, nach der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen müsse man befürchten, daß demnächst auch die militärischen Sanktionen verschwinden würden. Darauf ant-

wortete der Ministerpräsident Beland. Er erinnerte daran, unter welchen Bedingungen der Oberste Rat die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen erlassen habe. Die militärischen Sanktionen hätten den Charakter des Zwanges gehabt, um eine deutsche Regierung, die sich geweigert haben würde, den Friedensvertrag anzuerkennen, zu zwingen, daß sie ihn ausführe. Man bleibe in Ahlbeck, Düsseldorf und Duisburg nicht in dem Wunsche, immer dort zu bleiben, sondern um den Willen zu erkennen zu geben, daß man die Ausführung des Vertrages sicherstellen wolle. Frankreich wolle seine Sicherheit garantieren. Die wirtschaftlichen Sanktionen hätten sich nur auf die Weigerung Deutschlands, die Reparationszahlungen zu übernehmen, bezogen. Die wirtschaftlichen Pariserien paralysierten zum großen Teil die wirtschaftliche Tätigkeit, aber wenn man behauptet, weil die wirtschaftlichen Sanktionen verschwunden seien, müßten die militärischen Sanktionen, die die Sicherheit Frankreichs betreffen, auch verschwinden, so sei das eine Diskussionsart, gegen die er vollkommen entwaffnet sei.

## Die Ein- und Ausfuhrkontrolle.

Berlin, 20. Oktober. (WTB.) Die bereits einmal durch die Interalliierte Rheinlandskommission wieder abgeschlossenen Verhandlungen in Koblenz über die Ausgestaltung des interalliierten Organs zur Kontrolle der Handhabung des Aus- und Einführungssystems im besetzten rheinischen Gebiet durch die deutschen Behörden sollen nunmehr am Montag, dem 24. Oktober, beginnen. Die unter Führung des belgischen von Mutius stehende deutsche Delegation hat eine entsprechende Einladung durch das interalliierte Sachverständigenkomitee in Koblenz erhalten.

## Antrag auf Abänderung der Reparationsverpflichtungen im englischen Unterhaus.

London, 20. Oktober. (WTB.) Das Unterhausmitglied Kenworthy hat folgenden Antrag eingebracht: Das Haus ist der Ansicht, daß die unter dem Friedensvertrag und den daraus folgenden Abkommen Deutschland auferlegten Reparationszahlungen für den Weltmarkt nachteilig sind und es gibt der Meinung Ausdruck, daß die Zeit für eine Revision der Gesamtfrage gekommen ist mit dem Vorbehalt, daß jede mögliche Unterstreichung von Deutschland für den Aufbau der verwüsteten Gebiete Nordfrankreichs gegeben werden solle.

## Neue deutsch-russische Wirtschaftsverhandlungen?

Berlin, 20. Oktober (OE.) Der in Berlin in russischer Sprache erscheinende sowjetische "Nowy Mir" berichtet in bemerkenswerter Weise die Frage des Transits deutscher Waren nach Persien durch Sowjetrussland. Der Transit sei durch das frühere russische Zollsystem verhindert worden, um das persische Absatzgebiet für die russische Industrie zu sichern. Erst der Breiter Friede habe Deutschland das freie Transitrecht nach Persien gewährt. Da nunmehr der Breiter Friede annulliert und die Transitfrage im deutsch-russischen Handelsabkommen vom Mai 1921 nicht berührt sei, könne diese für Deutschland wichtige Frage nur auf dem Wege neuer Verhandlungen geregelt werden. Seitens Sowjetrusslands dürften Einwände gegen den deutschen Transit nach Persien kaum erhoben werden, indessen sei es naheliegend, daß Sowjetrussland als Gegenleistung Kompenstationen auf einem anderen Gebiete verlangen werde.

## Der ungarische Ministerpräsident zur Konferenz von Benedig.

Frankfurt a. Main, 21. Oktober. (TU.) Der Budapester Berichterstatter der Frankfurter Nachrichten hatte nach der Rückkehr des ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Bethlen aus Benedig ein Interview mit diesem, in dem Graf Bethlen über die Venezianer Konferenz u. a. erklärte: Wie haben uns verpflichtet, die Vasallierung des Österreich zu übergebenden Gebieten innerhalb drei Wochen durchzuführen und sind überzeugt, daß diese auch durchgeführt werden kann. Handelspolitische und soziale Fragen Österreichs wurden in Benedig nicht berührt. Es ist wohl unnötig, zu sagen, daß wir auch zum Abschluß eines Handelsvertrags mit Österreich und zu einer handelspolitischen Vereinbarung bereit sind. Wir wollen unsere Verpflichtungen, das Gebiet zu räumen, loyal erfüllen und alle Mittel anwenden, um die eigene Bevölkerung dahin umzustimmen, daß es nunmehr die patriotische Pflicht jedes Ungarn und auch der westungarischen Bevölkerung sei, der Räumung zu stimmen und die Durchführung des Vertrages zu ermöglichen. Alle Mittel, die Durchführung zu erzwingen, werden staatstreu in Anwendung gebracht. Personen, die mit der Waffe in der Hand weiterkämpfen, werden als Verbrecher behandelt, die sich gegen die Autorität des Staates aufleben.

Man wird die Taten der ungarischen Regierung abwarten müssen, ehe man ihren Versicherungen Glauben schenken darf.

## Militarisches Putsch in Portugal.

Lissabon, 20. Oktober (Havas.) Eine erfolgreiche militärische Bewegung, die sich ohne Blutvergießen vollzog, hat zum Rücktritt der Regierung geführt. Ein neues Ministerium wird unter dem Vorsitz von Marco Cuelos, eines früheren Revolutionärs, gebildet.

Lissabon, 20. Oktober. (Havas.) Der Präsident der Republik hat, um Blutvergießen zu verhindern, die vom neuen Ministerpräsidenten und Minister des Innern vorgeschlagene Umbildung des Kabinetts angenommen. Zum Finanzminister wurde Corio, zum Kriegsminister Simões, zum Marineminister Bento und zum Minister des Neuen Beiges Simões ernannt.

Während nach der vorstehenden Meldung der Sturz des alten Ministeriums ohne Blutvergießen durchgeführt wurde, berichtet die T.U., daß der bisherige Ministerpräsident und drei andere Minister ermordet worden seien. Die portugiesische Gesandtschaft in Paris hat gestern erklärt, daß sie noch keine Nachricht über den angeblichen Staatsstreich in Lissabon erhalten habe.

Lissabon, 21. Oktober. Das neue Kabinett hat die Parlamentswahlen vom 10. Juli für ungültig erklärt und hat alle von diesem Parlament vorgenommenen Handlungen annulliert.

## Protestkundgebungen gegen die amerikanische Schandjustiz.

Brest, 21. Oktober. (TU.) Die Kommunisten haben am Mittwoch eine Protestkundgebung veranstaltet gegen die in Amerika erfolgte Verurteilung der italienischen Extremisten Cacco und Ganzetti zum Tode. Mehrere tausend Personen trafen sich zum amerikanischen Konsulat, wo die Fenster eingeschlagen wurden. Die Polizei zerstreute die Demonstranten.

Brüssel, 21. Oktober. (TU.) Die belgischen Kommunisten haben am Donnerstag eine große Protestkundgebung gegen die Verurteilung der beiden italienischen Extremisten in Amerika abgehalten.

Die Protestkundgebungen richten sich gegen einen beabsichtigten Justizmord eines amerikanischen Gerichts, das zwei unbedeutende Arbeitersöldner wegen eines angeblichen Mordes an einem Arbeiter zum Tode verurteilt hat.

## Allerlei auf den amerikanischen Botschafter in Paris.

Paris, 20. Oktober. Gestern abend wurde dem amerikanischen Botschafter in Paris durch die Post ein Einschreibepaket zugestellt, das angeblich von einer Pariseriebzirkt kam. Das Paket ent-

hielt eine Granate. Der Diener, der es aufmachte, wurde leicht verletzt. Der Botschafter bekam die Sendung erst zu Gesicht, als der Inhalt beschleudigt war.

## Die Lage im fernnen Osten.

Wladivostok nicht in den Händen der Bolschewisten.

O. E. Die Moskauer Meldungen über den Sturz der antikommunistischen Merkulow-Regierung und die Einnahme Wladivostok durch die roten Truppen der Tschita-Regierung haben sich endgültig als unzutreffend erwiesen. Das Fortbestehen der Merkulow-Regierung wird nun auch von der Sowjetpresse zugegeben, die jedoch ihren Sturz als demnächst bevorstehend erachtet. Wladivostok ist bereits von den Russlandseitigen umzingelt und ihr weiterer Vormarsch habe die Lage in Wladivostok bedrohlich gestaltet. In Wladivostok ist ein englischer Dampfer mit etwa 800 Heimkehrern, ehemaligen Angehörigen der Denikin- und Wrangel-Armee, eingetroffen; die Ankunft weiterer Dampfer steht bevor. Der Sowjetpreß auslösen die Heimkehrer einen eindringlichen Eindruck, schenkt sich nur nach der Heimat und zeige keine Neigung, sich für die Merkulow-Regierung anzuheben zu lassen. Trotzdem wird das englische Vorgehen als feindlichstes gegenüber der Republik des Fernen Ostens bezeichnet, da England das Ergebnis der in der Repatriierungsangelegenheit eingeleiteten Verhandlungen nicht habe abwarten wollen.

## Vom Kriegsschauplatz in Kleinasien.

(Havas.) Aus Konstantinopel wird unter dem 15. ds. gemeldet: Die Kemalisten hatten einen heftigen Angriff auf der Front Afyon Karahissar in der Richtung auf Dumlu Yunar begonnen, um die Eisenbahnlinie Eskisehir-Smyrna abzuschneiden. Der Angriff, der mit zwei Divisionen Infanterie und einer Kavalleriedivision ausgeführt wurde, hat bereits dazu geführt, daß die Eisenbahnlinie an zwei Stellen erobert wurde. An der Front von Eskisehir haben die Türken noch nicht angegriffen. — Aus kemalistischen Kreisen geht der Denkender direkter Ausdruck zu: Der preußische Thronfolger Andreas unterzeichnet einen Befehl, türkische Ansiedlungen unterwegs zu branden. Ein englischer Offizier aus dem königlichen Gefolge hat eine Liste aller zerstörten Dörfer aufgestellt. In Moeski (?) wurden sofort Getreidevorräte verbraucht. Die Einwohnerschaft der von Griechen evakuierten Städte ist in wachsendem Maße in Gefangenschaft geschleppt. Nur wen ins Gehege oder in die Wälder entflohen war, entging diesem Schicksal. Die armenische Armee lebt auf dem Rücken der Brandstädte der Ansiedlungen fort. — Die Worte hat den alliierten Kommissaren einen Protest überreicht gegen die Erziehung des griechischen Kommissars in Smyrna durch ein Regierungsorgan und gegen die Anwendung der griechischen Gesetze für die besetzten Gebiete.

## Kongress der baltischen Sozialisten.

Riga, 20. Oktober. (TU.) Am 18. Oktober wurde hier der Kongress der Sozialisten Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens eröffnet, auf dem gemeinsame Richtlinien für die auswärtige Politik der baltischen Staaten beraten werden. Mit dieser Konferenz soll der Aufenthalt einer aus fünfzig finnischen Politikern, Technikern und Industriellen bestehenden Gruppe zusammen. Dieser Besuch soll der Industrie der baltischen Staaten dienen.

## Hardings Hoffnungen.

Paris, 20. Oktober. Nach Blättermeldungen aus Washington hat Präsident Harding gestern in Port Royal im Staate Virginia in einer Rede erklärt, er sei entschlossen dagegen, daß die Vereinigten Staaten sich in irgendeiner militärischen Allianz beteiligen, oder ihre Souveränität unter eine internationale Autonomie stellen. Ein Kontrakt zwischen England und den Vereinigten Staaten sei ein Ding der Unmöglichkeit. Er hoffe, daß durch die bevorstehende Washingtoner Konferenz die militärischen Allianzen unnotig werden.

## Städtebau und Wohnungsbau.

Der Vorstand des Deutschen Städtebaus nahm in seiner Sitzung am 18. Oktober u. a. zur Wohnungswirtschaft Stellung und sah eine Einigungslösung, in der die Bereitstellung von über die Forderungen des Reichswohnungsbau-Abgabengesetzes vom 26. Juni d. J. weit hin ausgedehnt öffentlichen Mitteln verlangt wird. Die Abgabenfähigkeit müßten ganz wesentlich gesteigert werden, damit darüber auch die Kosten für die Errichtung der notwendigen Kapitalien bestreitet werden könnten. Die dadurch verursachte Wertminderung der Wohnungsmieten müßten als unabänderlich mit in Kauf genommen werden.

## Berichtigung.

Am Anschluß an eine Notiz des kommunistischen Ruhethos in Essen, wonach die Kommunistische Partei in Recklinghausen einen gewissen Gustav Hammer wegen moralischer Pflichtverletzung und Untertauchung von Goldern, die für die Außendienste bestimmt waren, einstimmig aus der Partei ausgeschlossen habe, hatten wir bemerkt, daß dieser Hammer unter Parteiets bestens in der gemeinsamen Form bekämpft hatte. Außerdem hatten wir beigesetzt, daß Hammer der Geschäftsführung der Freien Arbeiter-Union in Gelsenkirchen angehört. Wie uns nun Arthur Hammer mitteilt, ist er mit dem in der Notiz des Ruhethos erwähnten Gustav Hammer weder identisch noch verwandt. Gustav Hammer gehört auch nicht der Geschäftsführung der Freien Arbeiter-Union an. Demnach entfallen auch die Grundlagen für unsere Bemerkung, die auf einer Personenverweichlung beruhen.

## Der Dollar sinkt weiter.

Der Dollar hat einen weiteren erheblichen Rückgang zu verzeichnen. Er wurde an der gestrigen Berliner Börse mit 158 notiert.

## Bon Mah und Fern.

### Schlagwetterexplosion.

Ciudad, 21. Oktober. (TU.) Auf der Zschechischen Börse hat sich der Bon-Mah-Lag gegen 7 Uhr eine tödliche Schlagwetterexplosion ereignet. Es sind vier Tote und acht Schwerverletzte zu beklagen. Die amtliche Untersuchung schwiegt noch.

### Großes Schadensjahr.

Neustadt b. Coburg, 20. Oktober. Gestern abend 19 Uhr brach hier im Stadtteil Weida wahrscheinlich infolge Brandstiftung Greifense aus, durch welches 16 Scheunen und ein Wohnhaus eingehäuft wurden. Einige Wohnhäuser sowie der Feuerwehrsteigenturm wurden zum Teil zerstört.

### Verantwortlich für den redaktionellen Zeit:

Walter Freytag in Leipzig.

Verantwortlich für den Inseraten:

Friedrich Böller, Borsdorf-Leipzig.

Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.

Johann Dr. Bahr's Zahnpulver „Nr. 23“  
reinigt die Zahne so vollkommen, daß schon nach kurzen Gebrauch das Aussehen der Zähne deutlich verbessert wird.  
Jede einzelne Badung trägt Dr. Bahr's Namenszug.

In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Diese Nummer umfaßt 16 Seiten.



## Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

| Zurückliegender Tag     | Temperatur               | Luftfeuchtigkeit | Gefüllt | Gefüllt | Windrichtung | Windstärke | Wetterzustand           | Temperaturrekord am 20. Oktober 1921 |
|-------------------------|--------------------------|------------------|---------|---------|--------------|------------|-------------------------|--------------------------------------|
| 20. Oktober nachm. 2 u. | 57,4                     | 18,0             | 68      | SW      | 2            | Beruhigend | Höchste Temperatur 19,5 |                                      |
| 20. Oktober abends 0 u. | 56,8                     | 12,1             | 87      | S       | 1            | -          | Tiefste Temperatur 9,1  |                                      |
| 21. Oktober             | 54,8                     | 13,8             | 95      | S       | 2            | -          | Regenmenge in mm 0,5    |                                      |
| seit 7 Uhr              | gem. 21. 10. frisch 7 u. |                  |         |         |              |            |                         | frisch 7 u.                          |
|                         |                          |                  |         |         |              |            |                         |                                      |
|                         |                          |                  |         |         |              |            |                         |                                      |

Allgemeiner Wetterverlauf: Zeitweise trüb, leichte Niederschläge, fühlendes Barometer.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 21. Oktober.

## Parlangelegenheiten.

2. Okt. Sonnabend, den 22. Oktober, Sitzung der Agitationskommission im Bibliothekszimmer. Büntlich 1/2 Uhr.

Modau. Sonnabend, am 22. Oktober, abends 8 Uhr, Funktionäre im Restaurant Sazonia, Neu-Modau.

Eutrich, Frauenabend, Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Feldschlößchen.

## Wohnungsbau und Bürgerum.

Vor dem Kriege hat die Sozialdemokratie sich die größte Mühe gegeben, die Kommunen, die Einzelsstaaten, das Reich zum Bau von Wohnungen zu veranlassen. Es war vergleichslos: Die Kommunen wurden von den Haushaltern beherrscht; in den Staaten regierte dank der Wahlgesetze, die den Besitzlosen entstehen, der Goldsack, und das Reich baute Kriegsschiffe, Kanonen und trug jährlich eine große Anzahl Millionen Mark nach den Kolonien, wo Eisenbahnen, Straßen, Hafenanslagen, Festungen, Paläste für die Gouverneure hergestellt wurden.

In den Großstädten war das Wohnungselend groß; die Besitzlosen waren in engen Räumen zusammengepfercht.

Im Kriege entstand eine Bewegung zur Erbauung von Heimstätten. Man wollte Szenen vermeiden, wie sie sich nach dem „glorreichen“ Kriege 1870/71 abgespielt hatten, wo man heimgesuchte Krieger rücksichtslos auf die Straße gesetzt hatte. Die Heimstättbewegung war den Bodenspekulanten zuwider. Der Bodenreformer Damaskus hat kürzlich in Breslau dargelegt, wie das Heimstättengesetz „im kaiserlichen Deutschland“, mitten im Kriege zu Fall gebracht wurde. Er hat über die Bemühungen der Bodenwucherer, an deren Spitze Helfferich stand, gesagt:

„Kraft ihrer zentralisierte... Leitung, kraft der Bedeutung der an ihrer Spitze stehenden Männer gelang es ihnen tatsächlich, die höchste Stelle im kaiserlichen Deutschland, den Kaiser, gegen das Heimstättengesetz mobil zu machen. Ein Name ist hiermit ewig verknüpft: Helfferich. Er war es, der dem Monarchen das „Schädliche“ des Heimstättengesetzes vor Augen führte. Gutachten von deutschen Geschichtsprofessoren konnten auch an dem Urteil des Monarchen nichts ändern. Die ganze dumme Hecke gegen dieses Gesetz beweist, daß das deutsche Volk in sozialen Fragen nichts gelernt hat. Nun kam die neue Zeit. Wir kämpfen weiter für Befreiung des deutschen Bodens vom falschen Rechte. Wir erreichten manches. Ich erinnere nur an den Artikel 15 unserer Reichsverfassung, an das Reichsiedlungsgesetz und an das Reichsheimstättengesetz. Aber, aber, noch schenken diese Gesetze zum Teil nur auf dem Papier. Wir kämpfen für die Reichsverfassung. Wehe uns, wenn diese nur Papier bleibt. Wenn unser Volk nicht sieht, daß Ernst gemacht wird, dann kommt die zweite Voraussetzung der Revolution, und daß die ganz anders aussehen wird, wie die von 1918, das wissen wir alle.“

Die bescheidenen Ansätze auf dem Gebiete des Wohnungsbau durch das Reich wurden also von Helfferich und seiner Clique niedergeschlagen. Es war ihnen gelungen, den Kaiser einzufangen, und deshalb unterblieb der Bau von Heimstätten. Es waren das die deutschnationalen Kreise, die sich heute als die Retter des Vaterlandes feiern lassen und deren Ruhm täglich viele Zeitungen vom Schlag der „L. N. N.“ preisen.

Gedankt in Leipzig ist es aktuell, auf diese Tatsache hinzuweisen. Sind doch zahlreiche Angestellte, Beamte, Kleinbürger dabei, am 13. November die Deutschnationalen ins Stadtparlament zu senden. Gibt es doch immer noch Schichten, die sich zurücklehnen nach dem Kaiser, die trauen, daß es in Deutschland keine Monarchie gibt. Das Schicksal des Heimstättengesetzes im Kriege zeigt, auf welcher Seite die Monarchie stand.

Weil die Besitzenden den Wohnungsbau durch das Reich und durch die Gemeinden vereitelt haben, deshalb ist das Elend immer fürchterlicher geworden. Die Durchführung der neuen Gesetze gelingt nicht, weil im Reichstage eine bürgerliche Mehrheit ist, weil der Verwaltungsaufwand fast durchweg in bürgerlichen Händen ist und weil bisher viel zu geringe Mittel für den Wohnungsbau bereitgestellt worden sind.

Ist das Bürgertum bereit, eine andere Haltung einzunehmen? Gerade Leipzig ist in der letzten Zeit Zeuge zweier großer Kundgebungen bürgerlicher Kreise gewesen, die den Beweis liefern, daß man zurück will zu den Zeiten des kaiserlichen Deutschland. Die selbständigen Handwerker Sachsen forderten völlige Freiheit auf dem Gebiete des Wohnungswesens, was ein ungeheures Steigen der Wohnungsmieten zur Folge hat und die organisierten Hausbesitzer wandten sich wütend gegen die Vorschläge eines Leipziger Stadtrats, der das Genossenschaftswesen für die Wohnungen empfiehlt, was noch lange keine Sozialisierung bedeutet.

Die Einwohner Leipzigs können daraus die Lehre ziehen, daß ein kaiserliches Deutschland wie früher für die Besitzenden sein würde und daß von den gesamten bürgerlichen Parteien umfassende Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht zu erwarten sind.

Nicht eine der bürgerlichen Zeitungen hat sich gegen die bürgerlichen Kundgebungen für Freigabe des Wohnungswuchses gewandt.

Wer also bessere Wohnungszustände erstreben will, kann nicht den bürgerlichen Parteien, den Hausbesitzern nachlaufen, sondern er muß die Liste der USPD. am 13. November wählen. Allein eine starke sozialistische Mehrheit bietet die Gewähr, daß auf dem Gebiete des Wohnungswesens die Zustände allmählich besser werden.

## Der Role Kurier lügt weiter.

In der Nummer vom 17. Oktober mußten wir uns wieder einmal mit den Lügen des Noten Kuriers beschäftigen, die er als Amt für die Einheitsfront des Proletariats zur Stadtverordnetenwahl aufstellte. Auf unserer Feststellung der vier fetten kommunistischen Lügen gegen die USP-Fraktion des Stadtverordnetenkollegiums antwortet der Note Kurier am Mittwoch mit der Wiederholung einer dieser widerlegten Lügen in folgenden seitgedruckten Sätzen:

USP-Arbeiter!

Die Leipziger Volkszeitung behauptet am Montag, die USP sei im Stadtverordnetenparlament am stärksten dagegen eingetreten, daß die Polizei als Werkzeug gegen die politischen Organisationen des Proletariats gebraucht wird.

USP-Arbeiter! Fragt eure Stadtverordneten, wer den Polizeidirektor Kubits gewählt hat. Sie müssen euch antworten: Die USP-Fraktion!

Der Polizeidirektor Kubits, dem die politische Abteilung in der Wächterstraße unterstellt ist, hat die Stimmen und das Vertrauen der USP!

So sieht in der Praxis der Kampf der unabhängigen Stadtverordneten gegen die politische Polizei aus!

Dazu ist folgendes zu bemerken: Der Polizeidirektor Kubits ist vom Stadtverordnetenkollegium gewählt worden, als an Stelle des alten Reaktionärs Dr. Wagner ein neuer Polizeidirektor gewählt werden mußte. Zur Wahl standen einige bürgerliche Bewerber, unter denen Kubits noch immer als der liberalere Mann erschien. Die Stadtverordneten hofften nicht zu entscheiden, ob ein Sozialdemokrat oder ein Bürgerlicher zu wählen war, sondern ob Kubits oder ein anderer Bürgerlicher gewählt werden sollte. Kubits erschien der USP, als das kleinere Übel, deshalb stimmte sie für ihn.

zustanden. Das war ein langer Leidensweg für die Hinterbliebenen.

Nun ist das Geschäft der vorsätzlichen Umanerkennung der Hinterbliebenen im großen und ganzen beendet. Daneben hat bereits die endgültige Umanerkennung der Hinterbliebenen eingesetzt mit dem Erfolge, daß heute insgesamt weit über 800 000 Hinterbliebenen, sei es vorsätzlich, sei es endgültig, unanerkannt sind und die Bezüge des neuen Gesetzes erhalten. Es fragt sich nur, ob heute das Gesetz vom Mai 1920 überhaupt noch zeitgemäß ist. Den Hinterbliebenen solcher Militärpersönlichen, deren Dienstleistung vor dem 1. April 1920 beendet worden ist, also insbesondere den Opfern der früheren Kriege, bringt das Altersrentengesetz vom 18. Juni 1921 die Vorteile des Reichsobergesetzes. Durch einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 25. August 1921 ist Vorrang getroffen, daß diese Hinterbliebenen, die meist zu den Armeen zählen, vom 1. Oktober 1921 an vornehmlich die ihnen nach dem neuen Gesetz gehörenden Bezüge erhalten können.

## Er war stets ein Preuße.

Ein Kapitel zur Erheiterung der Leser: Er hat an eine Behörde ein Gesuch gerichtet, das er wie folgt unterschrieb: „Johann Josef Kapitän steht geschrieben: Captain, früher: Königlicher Justizdirektor des ehemals Kas. Sächs. Inf.-Regts. „König Georg“ Nr. 106.“ Diesem dreifachen Agl. folgte ein poetischer Ergänzung von althergehendem Patriotismus, aber in schlechten Versen; er lautet:

Ich war stets ein Preuße,

Bin immer noch ein Preuße! — ?

Gott sei Dank, daß ich als fridericianischer Preuße jetzt auch wieder in Preußen preußische Lust sitzen und in Preußen preußisch leben und vielleicht auch preußisch (hoffentlich?) sterben kann!

Über seine Personalien legt der Patriot seinem Gesuch folgendes Zeugnis bei:

Hierdurch bestcheinigen wir, daß der Königl. Justizdirektor a. D. Herr Johann Josef Capitain bei uns seit 14. Februar 1921 als Fachbeamter in Gruppe 6, seit 17. Mai 1921 als stellvertretender Personal-Chef (Referent) in Gruppe 7b angestellt ist.

Charlottenburg

geg. Verein Deutscher Maschinenbau-Ausstalten.

Personalabteilung.

Der königliche Preuße vom Jägerlichen Regiment, der manchen Leipziger nicht unbekannt ist, macht am Schluss seines Gesuchs noch schlechtere Verse, als am Anfang; davon eine Probe:

„Du deutscher Mann, du deutsche Frau, ihr wißt es jetzt nun ganz genau,

„Das einst war Deutschlands Glück und Ruhm die Armee und das Hohenholzertum.“

Dem Hauptversorgungsamt Leipzig zum Nachsinnen vom Dichter am 20. 9. 21 durch die Post, die einst Kaiserliche, überwandt.

Charlottenburg, den 20. September 1921.

uz. Capitain.

Wenn die Musik des Königlichen im Weltkriege nicht bester war als seine Verse, dann hätten doch eigentlich die Feinde davonlaufen müssen. Wahrscheinlich hat aber der Tapfere zu weit hinter der Front gespielt.

Von rund 400 000 Wahlberechtigten haben bis einschließlich Mittwoch, also in vier Tagen, nur 32 000, das sind etwa 8 v. H., die Wählerlisten eingeschlossen.

Eisenbahnschafplan. Der ab 26. Oktober gültige Taschenfahrtplan der Eisenbahn-Generaldirektion in Dresden wird in den nächsten Tagen erscheinen und voraussichtlich vom Ende dieser Woche ab auf den Stationen sowie im Buchhandel läufig zu haben sein. Der Verkaufspreis ist der bisherige (4 M.).

Gütersperre. Auf Anordnung der Eisenbahndirektion Halle (Saale) wird auf den ehemals preußisch-hessischen Güterabfertigungen zur Gewinnung von Wagen zu Kartoffelsendungen die Annahme von Frachtfüllstädten für den 21. und 22. d. M. gesperrt. Ausgenommen von dieser Maßnahme sind Kartoffeln.

Film für Säuglingsopflege. Die Frauenberufsschule in der Elbstraße 36 schreibt uns: Der Säuglingsfilm der Ufa, der in klarer und eindringlicher Weise durch Beispiel und Gegenbeispiel die richtige und falsche Behandlung des Säuglings vor Augen führt, wird den Schülern in der Mädchenschule am 26. Oktober im Zentraltheater vorgeführt. Um Angehörigen ebenfalls die Bekämpfung zu ermöglichen, wird für sie eine Abendvorstellung von 8—10 Uhr eingeschaltet. Karten zu 3 M. sind durch die Schulanziehen erhältlich, ebenso durch eine Anzahl gemeinnütziger Vereine.

Strahlenunfälle. Am 18. d. M. nachmittags gegen 15 Uhr st. ein Radfahrer, ein in Knautkleeberg wohnender Tischaer, an der Ecke der Könneritz- und Quandtsstraße in Leipzig-Schleußig von einem Lastkraftwagen an- und überfahren worden. Er erlitt schwere Verletzungen und fand Aufnahme im Krankenhaus St. Jakob. Wen die Schuld an dem Unfall trifft, wird durch die eingeleitete polizeiliche Untersuchung festgestellt werden. Ferner ist am Sonnabend, dem 24. v. M. abends gegen 17 Uhr, an der Ecke Rosenthalgasse und Humboldtstraße ein Radfahrer von einem Personentrafikwagen überfahren worden. Da sich in dieser Angelegenheit noch weitere Erörterungen zur Klärung der Schuldfrage nötig machen, werden dieselben Personen, die über den Vergangenheitsunfall genauer Angaben machen können, gebeten, sich so bald als möglich bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Elternversammlung der 26. Volksschule am Montag, dem 24. Oktober, abends 7 Uhr, im Schulsaal, Vorstraße.

Börßlinsche keine Befreiung von der Angestelltenversicherung. Die Angestelltenversicherung erstickt sich jetzt befannlich bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 30 000 M. Die Beiträge sind vom 1. August an zu zahlen. Der Reichsbahnaminister macht sein Bereich darauf aufmerksam, daß das neue Gesetz eine Befreiung der Angestellten von der eigenen Beitragsteilung auf Grund einer kürzlich abgeschlossenen Lebensversicherung nicht vor sieht. Sollte trotzdem ein Beschäftigter einen Antrag auf Befreiung gestellt haben, so darf ihm die Beiträge vom Gehalt solange einzubehalten und abzuführen, bis er durch Bescheinigung in seiner Aufnahme oder Versicherungskarte nachweisen kann, daß der Antrag auf Befreiung genehmigt ist. Der Beschäftigte kann dann die zuviel entrichteten Beiträge von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte zurückfordern.

Der Obstbau im Oktober. Alljährlich im Frühjahr verursachen die Raupen des großen und kleinen Obstschwamms durch Fraß an Blättern und Blüten erheblichen Schaden an unserm Obstbaum. Jetzt ist die geeignete Zeit, den Schädling gemeinsam zu bekämpfen. Die Flugzeit des Schmetterlings ist die Zeit der ersten Früchte im Oktober und November. Der Schmetterling ist ein Nachtschmetterling. Das Weibchen besitzt statt der Flügel nur Flügelstummel und sieht mehr einer Spinné ähnlich. Da das Weibchen daher nicht fliegen kann, muß es auf den Baumstamm hinaufkriechen, um in der Baumkrone ihre zirka 200 Eier — in kleineren Partien verteilt — abzulegen. Wir benutzen diese Eigenschaft des Weibchens in der Bekämpfung des Schädlings durch Anlegen sogenannter Klebgürtel im Oktober. Nicht zu wechseln mit den Fanggürteln gegen die Obstmaide, die im Juni angelegt werden. Diese Klebgürtel sind wie folgt anzulegen: Wir befestigen an einer möglichst glatten Stelle des Baumstamms einen etwa 12 Zentimeter breiten Streifen wetterfestes Papier um den Stamm herum und bestreichen diesen Papierstreifen mit Raupenleim, welcher häufig im Handel zu haben ist. Guter

## Die 2 letzten Tage

an denen die Stadtverordneten-Wählerlisten ausliegen, sind morgen Sonnabend und Sonntag. Die Beteiligung an dem Einsehen der Listen war bisher gering.

## Sicherer sich jeder sein Wahlrecht!

Ohne Rücksicht auf das Bürgerrecht haben Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr an das Wahlrecht. Die Wählerlisten liegen Sonnabend, den 22. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags, und Sonntag, den 23. Oktober, von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags öffentlich aus. Einsprüche gegen die Wählerliste können nur bis zum 23. Oktober dieses Jahres bei dem Wahlamt, Neues Rathaus, Erdgeschoss, Zimmer 187 (Eingang am Burgplatz), schriftlich oder zu Protokoll angebracht werden.

## Wählen kann nur der, dessen Name in der Liste steht! Sehe daher jeder die Liste ein!

Damit ist für jeden Einsichtigen noch lange nicht gesagt, daß Kubits das Vertrauen der USP hat! Wie wenig die USP, dem Polizeidirektor Kubits Vertrauen entgegenbringt, geht am besten daraus hervor, daß die unabhängige Fraktion bei der Stat beratung im vorigen Jahr das Gehalt des Polizeidirektors ablehnte. Das ist die schärfste Form des Misstrauens, die im Parlament angewendet werden kann. Davon sind die Kommunisten unterrichtet, trotzdem behaupten sie, Kubits habe das Vertrauen der USP. So kämpft der Note Kurier für die Einheitsfront des Proletariats!

## Reichsversorgungsgesetz und Hinterbliebene.

Das Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 brachte den deutschen Opfern des Weltkrieges, Beschädigten und Hinterbliebenen, zwar nicht die Erfüllung aller Forderungen, jedesfalls aber eine ganz bedeutende Erhöhung ihrer unzureichenden Bezüge. Das Gesetz, das mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft getreten ist, konnte aus verschiedenen Gründen erst jetzt, also nach anderthalb Jahren, richtig in Vollzug gebracht werden. Es wurde aber vorher versucht, wenigstens den Hinterbliebenen, die am schwersten unter der Not der Zeit litten, die Vorteile des neuen Gesetzes möglichst bald zu zugewenden. Schon am 1. Mai 1920 wurde zu ihren alten Gebühren ein laufender Tenerungsabzug (40 v. H.) vom 1. August 1920 an eine lauf

Kaupelelm muß seine Klebstoff möglichst lange halten. Da die Flugzeit des Schmetterlings sich mitunter bis Dezember und Januar ausdehnt, so sind diese Klebgürtel bis in den Frühjahr hinein lebensfähig zu erhalten und von Zeit zu Zeit erneut mit Kaupelelm zu bestreichen.

Aussiedlung von Telegrammen durch Fernsprecher. Der Fernsprechteilnehmer kann von seinem Anschluß aus Telegramme dem Vermittlungsservice aufsprechen. Für die Aufnahme eines solchen Telegramms erhebt die Telegraphenverwaltung eine Gebühr von 10 Pf. für das Wort, mindestens 2 M., neben den bestimmungsmäßigen Gehäfts- und Telegrammgebühren. Zur Ausführung der Übermittlung des Telegramms braucht der Teilnehmer lediglich seine Vermittlungsauskt zu anzurufen und ihre Absicht mitzuteilen. Er wird dann mit der Telegrameaufnahme verbunden, die das Telegramm entgegen nimmt.

Berölkerungsvorgänge in Leipzig. In der Woche vom 2. bis 8. Oktober fanden in Leipzig 156 Eheschließungen statt. An Geburten waren in der Woche vom 25. September bis 1. Oktober zu verzeichnen: Geborene 225, darunter ehelich geborene 182, unehelich geborene 43. Totgeborene 10, darunter ehelich geborene 9, unehelich geborene eins. Es starben in der Woche vom 2. bis 8. Oktober 151 Personen, darunter 31 Kinder unter einem Jahre, unter denen sich 9 uneheliche Kinder befanden. An Magen- und Darmfakalen starben 14 Kinder unter einem Jahr. Der Tuberkulose unterlagen 10 Personen. An Lungenerkrankung starben 14 Personen. Durch Selbstmord endeten 2 Personen, tödlich verunglückten 7 Personen.

Wie weit wir es in der Kultur gebracht haben, zeigt die Tatsache, daß Fliegenschäfer im Haushalt als Luxus verwandert werden. Warenständer werden auch mit selbsthebender Schutzhülle zum Schutz gegen Fliegen, Staub und Rauch aus verschiedenem Material hergestellt. Sie unterliegen nach einer Entscheidung des Reichsministers der Finanzen der Luxussteuer, welche nicht nur in Bäderketten, Schuhhäufeln usw., sondern auch in der Hauswirtschaft verwendet werden. Auch Auszug- oder Selbstschlafkörbe aus Zinn in Verbindung mit Kost erlässt der Reichsminister für luxussteuerpflichtig, weil sie auch in der Hauswirtschaft verwendet werden.

Zum Beschluss gegen Peter, Caißer, Kohler, Scholodenarbeit Orte, Schweiz. Der Bericht über das Geschäftsergebnis der Millonärsfirma über das Jahr 1920 ist jedoch erschienen. Die Geschäfte rentieren noch besser als in den Jahren zuvor. Nationalrat Caißer konnte mit freudiger Erregung berichten, daß der Reinertrag 9.282.010 schweizerische Franken betrug. Einstimmig wurde beschlossen, 22 Prozent Dividende zu verteilen.

Arbeiter, Konsumanten! Erinnert euch daran, daß zu der gleichen Zeit, wo die Kapitalisten den Millionenertrag unter sich teilten, die gemahrgeregelten Arbeiter auf der Straße um Bro bestellten. Während des Krieges wußten sie die Situation der darbenden Bevölkerung aller Länder aus. Freund und Feind mussten zu den Millionen beitragen. Jetzt müssen die Hobistanten die Krise aus. Sie eignet sich für sie zur Vernichtung der Organisation.

Die schweizerische Hochfinanz will sich auch weiterhin ohne jede Hemmung ihr Profit durch die Ausbeutung der Konsumanten wie Arbeiter sichern.

Die internationale Solidarität der arbeitenden Klassen muß diesem jeder Moral baren Bestreben einen Damm setzen.

Deshalb hoch der Boykottkampf! Die Executive der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer der Lebens- und Genußmittelindustrie.

Gleichverkauf an der Freibank. Freibank I Nr. 2001-5000 und Nr. 1-2000. Freibank II Nr. 1501-3000 und 1-1500. Daraus ohne Ausweis Verkauf.

### Nebenmittelkalender für Sonnabend, den 22. Oktober.

Für Haushaltungen.

Ausgabe, Hammelspeck (gute Qualität) für Kriegsbeschädigte und Kriegsblinderliche auf lärmlose vom Ortsamt für Kriegsversorgung ausgestellten Besuchstartern: Buchstaben L-M von 9-10 Uhr auf dem Schlachthof gegenüber dem Schauamt II, rechts 1. Tür, Pfund 5.20 M. Erhalten bis zu 3 Rösten 2 Pfund, 3 und mehr Röste 3 Pfund Fleisch. Papier mitbringen!

## Aus der Umgebung.

### Aus der Kreisausschüttigung.

Am Donnerstag hielt der Kreisausschüttung unter dem Vorsitz des Kreishauptmanns Lange eine Sitzung ab, aus der folgendes erwähnt sei:

Für die selbständigen Gutsbezirke des Bezirkverbandes Leipzig-Land war für das Jahr 1919/20 vom Kreisausschüttung in Übereinstimmung mit der Bezirkssammlung die Steuer einheit auf eine Mark festgesetzt. Dieser Satz wird auch für das Jahr 1920/21 genehmigt. Auch Döbeln war im Oktober v. J. eine Grundsteuer von einer Mark mit Widerrusswohnbau genehmigt worden. Nach der Genehmigung erheben eine Anzahl von Rittergätern gegen die Grundsteuer Einspruch, da sie ihnen zu hoch erscheinen, auch bezweifeln sie die Gültigkeit der Steuer. Bei einem Vergleich mit den Gutsbezirken habe man den Vorstoss gemacht, 50 Pf. zu erheben; diesem ist auch von der Mehrzahl zugestimmt worden. Der Kreisausschüttung hatte nun der Bezirkssammlung einen Satz von 60 Pf. vorgeschlagen. Die Bezirkssammlung hatte sich diesem Vorschlag nicht anschließen können, sondern hat den Satz auf einer Mark bestehen lassen.

Herr Schäfer, der Vertreter von Döbeln, findet es sonderbar, daß bei einer Steuer mit den Steuerinteressen verhandelt wird. Er stellt den Antrag, die Steuer auf 75 Pf. festzusetzen.

Der Kreisausschüttung ist geneigt, bis zu 75 Pf. seine Genehmigung zu ertheilen.

Dem Stadtrat von Nöthwegen wird die Aufnahme einer Anleihe von 900.000 M. zum Ankauf einer Kraftmaschine für das städtische Elektrizitätswerk genehmigt. Ebenso wird die Verlängerung der Erhebung der Grundsteuer einheit von 60 Pf. der Stadt Hattendorf genehmigt.

Auf Grund der Neuregelung der Bauostenzuschüsse haben sich verschiedene Stadtgemeinden gezwungen, Anteilen aufzunehmen, so Burgstädt eine solche von 280.000 M., Leisnig 163.331 Mark und Nöthwegen eine von 140.000 M. Diese Gemeinden ist die Genehmigung bereits erteilt worden. Der Kreisausschüttung wird erlaubt, hierzu keine Genehmigung zu geben, was auch geschieht. Ferner liegt eine vollständige Neuauflage der Gemeindesteuerordnung der Stadt Oschatz für 1921 vor, die auch genehmigt wird; ebenso die Wertzuwachssteuerordnung für den Bezirksvorstand Oschatz.

Reklame gegen die Nachherabung von Grubenräumungsgebühren in Leipzig liegen nicht weniger als 240 vor, davon sind 26 beachtlich. 64 haben zu spät und 63 wohl rechtzeitig Reklame eingezogen, aber sie können nicht berücksichtigt werden, da aus ihren Eingaben nicht hervorgeht, ob sie Reklame einzulegen wollten.

Der 19. Nachtrag der Gemeindesteuerordnung für Leisnig, die Grundsteuer betreffend, wird genehmigt. Da die Stadt mit dem Ertrag der Grundsteuer in der bisherigen Form nicht auskommt, will sie drei Termine einrichten, und zwar zwei Termine mit je 50 Pf. und einen dritten mit einer Mark. In Anbetracht des großen Bedarfs der Stadt wird dem Nachtrag zugestimmt. Der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Wohnungslagesteuer für Nöthwegen wird zugestimmt, wenn seitens der Staatsregierung kein Einspruch erhoben wird. Auch wird die Gewerbesteuer für Mittweida genehmigt.

Die Vereinigung der Gemeinden Ober- und Großsteinbach hatte den Kreisausschüttung schon am 28. Mai beschäftigt. Es wird dem Kreisausschüttung empfohlen, von einer Zwangseingemeindung abzusehen, denn sich der Ausschüttung gegen eine Stimme anschließt.

### Kartoffelversorgung im Bezirk Orlamünde.

In einer Bezirkssitzung im August wurde von seiten des Arbeitervertreter beantragt, die Amtshauptmannschaft solle bei seinen Vorkehrungen treffen, daß sich die Bewilligung mit Kartoffeln zu annehmbaren Preisen eindeuden könne. Als die Amtshauptmannschaft lange Zeit nichts von der Sache hören ließ, bestimmten die Arbeitervertreter eine Kommission, bestehend aus den Genossen Heller-Wurzen, Piller-Borsdorf, Rehna-Brandis, Thiemann-Raunhof und Rückwärt-Kämmerer, zur Verhandlung mit den Landwirte-Organisationen des Bezirks. In einer gemeinschaftlichen Sitzung dieser Kommission mit den Landwirten wurde den Landwirten vorgeführt, welche Gefahr entsteht, wenn sie dahn arbeiten, daß die Kartoffeln aus dem Bezirk ausgesetzt und auf Umwegen wieder eingeschafft werden. Auch wurde betont, daß die diesjährigen Kartoffelpreise viel zu hoch sind, und daß die Steigung der Arbeitslöhne damit nicht Schritt halte.

Die Landwirte waren der Meinung, daß die Angelegenheit nicht bezirkswise zu regeln sei, da es vielmehr Sache der Regierung sei. Es wurden deshalb zwei Mann, der Genosse Rehna und der Landwirte-Bezirksvorsteher Worn, nach Dresden geladen, um mit dem Wirtschaftsministerium zu verhandeln. In der Bezirkssitzung am 15. Oktober wurde über die Verhandlung in Dresden berichtet. Minister Hellmich hat erklärt, daß eine Regelung für ganz Sachsen nicht möglich sei, das können nur bezirkswise stattfinden. Von den Arbeitervertretern wurde festgestellt, daß Kartoffeln zu dem von der Landes-Preisbildungskommission festgesetzten Preis im Bezirk überhaupt nicht zu haben sind, trotz Auflösung der Landwirte.

Auf Drängen der Arbeitervertreter wurde beschlossen, Sitzungen zwischen Gemeindevertretungen und Landwirten anzubetreiben, wo über Kartoffelversorgung und Preis gesprochen werden soll.

Heute eine solche in Wurzen stattgefunden Sitzung wird uns von amtlicher Seite berichtet: Am 18. Oktober 1921 fand unter Leitung des Amtshauptmanns eine von der Amtshauptmannschaft und dem ländlichen Bezirksverbande einberufene Verhandlung mit Vertretern der Gemeinden und Kartoffelerzeuger im Amtsgerichtsbezirk Wurzen statt, an der auch Vertreter der Verbraucher teilnahmen. Die sehr eingeschneide Aussprache der Beteiligten ergab, daß der Ernst der Lage in der Kartoffelversorgung von niemandem verkannt wurde, und daß alle Teile bestrebt sind, diesen Ernst Rechnung zu tragen, die Erzeuger dadurch, daß sie aus ihrer Ernte den Bedarf der Bevölkerung decken, die Verbraucher dadurch, daß sie Ruhe und Besonnenheit bewahren und hierdurch verhindern, daß die einzuleitenden Maßnahmen durchkreuzt werden. So einstimmiges Ergebnis der Verhandlung konnte deshalb erreicht werden. Voraussetzung der Verhandlung konnte deshalb die Vorsitzende am Schluß feststellen, daß die Landwirtschaft des Bezirks ihre Verpflichtungen, die Bezirksbewilligung mit Kartoffeln zu verfügen, voll erkennt, daß die an der heutigen Versammlung teilnehmenden Vertreter von Gemeinden und Kartoffelerzeugern der einzelnen Gemeinden sofort in ihren Gemeinden Versammlungen der Kartoffelerzeuger abhalten werden, um auf Grundsatz von Vorbrüden, die in der Versammlung durch die Amtshauptmannschaft verteilt wurden, Kartoffeln zur Verfügung des Bezirksverbandes zulassen zu lassen; daß ferner dafür gesorgt werden soll, daß die ausgefüllten Verzeichnisse so schnell als möglich unabdingt bis zu dem von der Amtshauptmannschaft in einer Verfüzung an die Gemeinden nach festzuhaltenden Termin eingeschickt werden müssen, und schließlich, daß als Preis für diese Kartoffeln die jeweils für die Kreishauptmannschaft Leipzig geltende amtliche Notierung in der Weise maßgebend ist, daß durchgängig das Mittel zwischen den Preisen für rote und weiße Kartoffeln als Preis gilt.

Sache des vom Bezirkssitzung gewählten Ausschusses wird es sein, dafür zu sorgen, daß die so sichergestellten Kartoffeln in die Hände der Verbraucher gelangen, und zwar derjenigen, die sie wirklich nötig haben; denn es muß festgestellt werden, daß die Gefahr besteht, daß ein Teil der Verbraucher sich doppelt eindeutet; daß Selbstverzorger sich als Verbraucher mit verfügen lassen und dergleichen mehr. In den nächsten Tagen werden gleiche Versammlungen in den übrigen Teilen des amtsverwaltungsfeststellenden Bezirks folgen. Hierdurch ist die Hoffnung berechtigt, daß über die Sicherstellung des Bedarfs der Bevölkerung bald Gewissheit herrschen wird.

Hoffentlich bleibt das Ergebnis der Verhandlungen und die von den Vertretern der Landwirtschaft gegebenen Versprechungen nicht bloß ein Versuch, die berechtigte Empörung der konsumierenden Bevölkerung über den Kartoffelwucher zu beruhigen, um an der Lieferungsverweigerung von Kartoffeln durch die Landwirte für die amtlich notierten Preise festzuhalten.

In Lindenthal. Gemeinderat. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von der Genehmigung des zweiten Nachtrages zur Wasserleitungsordnung durch die Amtshauptmannschaft; vom Eingang der ministeriellen Genehmigung zur Einführung der gesetzlichen Formulierung in der Gemeinde ab 1. Oktober d. J.; von dem an den Kassenrevisionsverband zu leistenden Jahresbeitrag in Höhe von 2270 M.; von der Erhöhung des Gaspreises auf 1.40 M. pro Kubikmeter ab Oktober d. J.; vom Inkrafttreten der Straßenbeleuchtung ab 1. November und der Erhöhung des Brennholzpreises von 18 auf 20 Pf.; von der Verteilung des restlichen Gartenlandes an der Kläranlage; von der nochmaligen Walzung der Wiederholzstrasse durch die Dampfmaschine; von den Kohlenvorräumen bei der Bohrung am Triftweg in 45 Meter Tiefe. — Notgedrungen erklärt man sich mit der Zahlung von 4861.45 M. Kartoffelvermehrungsgebühr an die Firma Hösel und Schöbel, Leipzig, einverstanden. — Die vom Verbandsrevisor geprüften Jahresrechnungen zur Gemeindefeste, Wasserleitungs-, Fürsorge- und Feuerlöschgerätefeste auf 1919/20 werden richtiggeprüft. — Die Vorschläge des Vorstandes in Sachen Gemeindeinkommunalesteuerkredit mit der Eisenbahnbuchhöre werden gut geheissen. — Die bis Ende August d. J. fertiggestellte Abrechnung der Wirtschaftskasse, welche mit rund 208.000 M. Jahresbetrag abschließt, wird bekanntgegeben. Nachdem noch die letzten 2 Monate abgerechnet sind, soll das ganze Rechnungswert an den Verbandsrevisor gegeben werden. — Nach Erledigung einer Anzahl Wertzuwachssteuerfests gibt der Vorstand einen Bericht über die vor der Amtshauptmannschaft gehabten Verhandlungen wegen Verschmelzung des Rittergutes Breitenfeld mit der Gemeinde Lindenthal. Die von Seiten der Gemeinde geforderte Ausgleichsumme erkennt dem Gemeinderat zu niedrig, deshalb empfiehlt er, den zu fordern Ausgleich auf circa 20.000 M. pro Jahr festzulegen. In bezug auf die Wege soll verlangt werden, daß die Lindensee als öffentlicher Weg erhalten bleibt und grundhaft hergestellt wird. Weiter soll vertraglich festgelegt werden, daß der Rittergutsbesitzer die zu stassenden Wirtschaftswege zur Nutzung für Fußgänger und Fahrradfreunde freigibt. — Die vom Vorstand unternommenen Schritte wegen des Tresoriertreibens im neuen Verwaltungsbau werden gutgeheissen. — Auf Antrag Schönart wird beschlossen, durch die Amtshauptmannschaft bei der Reptierung Maßnahmen zu fordern zur Sicherstellung und Verfolgung der Bevölkerung mit anstüngig billigen Kartoffeln. — Von der Militärbehörde soll Aufklärung verlangt werden, warum den Kleinbürgern Exzerzierplatznachlass entzogen wird, während Herrn Gutsbesitzer Arndt ein großer Plan zur Verbesserung gestellt wurde. — In nichtöffentlicher Sitzung wurden verschiedene Gesuche um Beleihung von Hausgrundstücken durch die kleine Sparkasse erledigt. — Das Verteilungsbericht der Gemeindeverordnung der Stadt Oschatz für 1921 vor, die auch genehmigt wird; ebenso die Wertzuwachssteuerordnung für den Bezirksvorstand Oschatz.

Reklame gegen die Nachherabung von Grubenräumungsgebühren in Leipzig liegen nicht weniger als 240 vor, davon sind 26 beachtlich. 64 haben zu spät und 63 wohl rechtzeitig Reklame eingezogen, aber sie können nicht berücksichtigt werden, da aus ihren Eingaben nicht hervorgeht, ob sie Reklame einzulegen wollten.

Der 19. Nachtrag der Gemeindesteuerordnung für Leisnig, die Grundsteuer betreffend, wird genehmigt. Da die Stadt mit dem Ertrag der Grundsteuer in der bisherigen Form nicht auskommt, will sie drei Termine einrichten, und zwar zwei Termine mit je 50 Pf. und einen dritten mit einer Mark. In Anbetracht des großen Bedarfs der Stadt wird dem Nachtrag zugestimmt. Der Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Wohnungslagesteuer für Nöthwegen wird zugestimmt, wenn seitens der Staatsregierung kein Einspruch erhoben wird. Auch wird die Gewerbesteuer für Mittweida genehmigt.

Die Vereinigung der Gemeinden Ober- und Großsteinbach hatte den Kreisausschüttung schon am 28. Mai beschäftigt. Es wird dem Kreisausschüttung empfohlen, von einer Zwangseingemeindung abzusehen, denn sich der Ausschüttung gegen eine Stimme anschließt.

In Lindenau-Grund. Siehe die Tagesordnung zu erledigen. Der Antrag wurde abgelehnt. — Kenntnis genommen wurde von den Revisionsprotokollen der städtischen Kosten. — Die Genossen Häbler erstattete Bericht über die Prüfung der Sparkassenrechnung für 1918. Beanstandungen waren nicht zu machen. Zur Prüfung der Rechnung der Armen, Schul-, Elektrizitäts-, Wasser- und Fortbildungsschulklasse wurden Kommissionen gewählt. — Kenntnis genommen wurde von dem Beschluss des Bezirkssitzungskomitees zu Merseburg, die Genehmigung der Wasserleitung bestreitend. Der Referent, Genosse Schäfer, kritisierte diesen Beschluss aufs Schärfste. Der Oberpräsident Höring hat diese Ordination noch mehr verschlechtert, so daß von einer Besteuerung gar keine Rede mehr schen kann. Die Steuer beträgt für jede Schule 30 M. Durch die Verhandlung der Steuer durch den Oberpräsidenten bleibt fast keine Waffe mehr zur Besteuerung übrig. Leicht hätte diese Steuer in einem viel höheren Sache von den Besitzenden getragen werden können. Den Besitzenden darf aber nicht weh getan werden. — Die Gewerbeordnung, aufgestellt nach Ertrag und Anlagekapital, hat nachträglich die Genehmigung des Bezirkssitzungskomitees gefunden. Sie kann aber für dieses Steuer nicht zur Einführung gelangen, weil die Steuerabrechnungen nach den staatlichen Säcken mit 1200 Prozent Aufschlag schon erfolgt sind. Sie tritt erst am 1. April 1922 erstmalig in Kraft. Manche Häuser für viele kleine Gewerbetreibende sind dadurch ausgemerzt worden. — Als Wahlmann zur Landwirtschaftlichen Bergbaugenossenschaft wurde der Landwirt Genst Just gewählt. — Der Saal des der Stadt gehörigen Bahnhofshotels ist umgebaut worden. Die Kosten betragen circa 100.000 M. Der jetzige Bahnpreis beträgt 5500 M. Dieser soll erhöht werden für ein Probejahr bis 30. Juni 1922 auf 10.500 M. Beträgt der Bahnpreis bis zu diesem Tage mehr als 200 Heller, soll der Bahnpreis auf mindestens 12.000 M. erhöht werden. In diesem Zwecke soll der Magistrat mit der Pächterin in Verhandlungen treten. Die Anstellung eines Postzollbeamten und Magistratsboten wurde beschlossen. — Die Kosten zur Errichtung einer Notwohnung in der ehemaligen Oberförsterei wurden bewilligt. Ebenso die Kosten zur Errichtung eines Stallgebäudes für den Ratsfellerwirt. Die Kosten müssen aber vom jeweiligen Wirt mit 9 Prozent getilgt werden. — Die Schrebergartenanlage mit 251 Gärten ist fertiggestellt. Der Schrebergartenverein ist in den letzten Tagen die Steuerabrechnungen nach der Grund- und Gebäudesteuer zugestellt worden. Nach § 10 der Mieterschutzbestimmungen können öffentlich-rechtliche Abgaben auf den Mieter abgewälzt werden, aber nur insoweit, als durch die Mietpreise die Ausgaben der Vermieter nicht gedeckt werden. Um eine Nebenvorteilung der Mieter zu verhindern, sei darauf aufmerksam gemacht, daß zunächst der Vermieter 11 Teile = 550 Prozent festsitzt zu zahlen hat. Die übrigen 11 Teile = 550 Prozent werden anteilmäßig nach der Größe der Wohnungen vom Vermieter und den Miethaltern gemeinschaftlich getragen. Es empfiehlt sich, den Steuerzettel durch den Vermieter sich vorlegen zu lassen, um zu prüfen, ob die Rechnung stimmt.

### Umsätze bei Gemeinde-Spar- u. -Girokassen

im Monat September 1921.

| Sp.-R. = Sparkasse<br>G.-R. = Girokasse | Eingänge<br>Vollen | Ausgänge<br>Vollen | Einziger-<br>Guthaben<br>M. |
|---|--------------------|--------------------|-----------------------------|
| Böhlitz-Ehrenberg, Sp.-R.               | 493                | 121.910            | 253 162.363                 |
| Böhlitz-Ehrenberg, G.-R.                | —                  | 3.937.100          | — 305.705                   |
| Engelsdorf                              | —                  | —                  | Umsatz: 58.423.500          |
| Gaußlitz                                | Sp.-R. 490         | 22.551             | 324 247.954                 |
| Gaußlitz                                | G.-R. 667          | 2.249.226          | 901 2.109.088               |
| Leutzsch                                | Sp.-R. 1856        | 781.729            | 1266 962.218                |
| Lieberthwitzwitz                        | Sp.-R. 621         | 392.997            | 548 431.734                 |
| Lieberthwitzwitz                        |                    |                    |                             |

## „Frühzeit“.

Ein Proleten-Autobiographie.

Von Oskar Maria Graf.

Nachdruck verboten.

Um diese Zeit kam ich aus der Werktagsschule. Ich mußte nun mehr nachts mithelfen. Max sah mit sehr scharf auf die Finger. Sohe eingehüllt, unternahm ich lange gar nichts. Sonntags jedoch zerstörten wir die Bänke des Verschönerungsvereins, dessen Vorstand Max war, rissen junge Pflanzbäume aus oder zündeten irgendeinen Heubau an. Es war irgend etwas in uns, das uns dazu drängte. Es mußte etwas geschehen. Wie hielten die Dörfler. Lorenz musste gerächt werden. Damals lasen wir das Indianerbuch *Der Untergang der Seminolen*. Schön, unglaublich war der Schluss: Der letzte Seminole beugt sich über den toten Häuptling, schlägt ihm die Ader auf und trinkt das Blut das nach ewiger Rache schreit. Dann geht er in den Sioux und zieht gegen die Weißen . . .

Wir waren zu dritt: Martin, ein Schulfreund von mir, Anna, meine Schwester, und ich. Vor dem Dorf, tief in einem Kornfeld, trafen wir uns eines Tages. Ich entwarf den Radierplan, die beiden andern knieten nieder, erhoben feierlich den Arm und sagten: „Ich schwör!“ Wir hatten ausgemacht, daß demjenigen, der etwas verrückt, Schlimmstes geschehen müsse. Dann kamen die Wirkungen. Der Müller hatte keinen ersten Pfug mitten im Acker stehen lassen. Er wurde auseinandergerissen und die Teile in alle Windrichtungen hinausgeworfen. Der Wirt am See haupte auf der Chitalanhöhe ein Almhäuschen. Wir schusteten vier Sonntage bis wir es vom Boden losbrachten, dann flog es krachend den Hügelrücken hinunter. Der Bürgermeister ließ seine Füllen auf die Weide. Wir leiteten Wasser aus dem nahen Bach durch dieselben, machten in der Mitte ein Feuer und hefteten die Tiere daran, dann wurde die Weide aufgemacht und die Füllen rannten davon. Mit Stahl von den gebekten Gartenischen der Wirtschaft die Tischlöhner, verbrannten sie.

Es mußte was geschehen! Die Rache war zu klein. Sie tat niemandem weh. Abermals wurden Tschöpings bestellt. Die Jagd ging von vorne an, nur daß wir dieses Mal alles Erschossene einfach liegen ließen. Ein Heselle hatte drei Tage Gefängnis bekommen wegen der Geschichte mit Lorenz. Er wollte nichts mehr wissen von solchen Dingen, drohte mit Prügel. — — —

Wir mußten schwer arbeiten. Ich wurde abends im Winter um 11 Uhr, im Sommer um 9 Uhr geweckt vom Gejähren. Die ganze Nacht durch ging es. Um 6 Uhr früh zählte mir die Mutter das Brot in den Korb, legte Weden obenauf, füllte einen Rucksack für Anna, die bereits schlaflos gähnend in der Küche wartete. Und hinaus in die frische Morgenluft bis zwölf Uhr mittags. Anna machte auch den ganzen Nachmittag noch Gänge. Ich mußte in der Konditorei mit helfen. Schneeschlagen neben Max, Sandkörner einzuführen, Würblein kneten. Um fünf Uhr abends konnte ich schlafen gehen. Das war der normale Tageslauf. Oster-, Pfingst- und Weihnachtszeit wurde es oft viel später. Nebenbei galt es Holz zu spalten oder Häusel schneiden. Und immer dieses peitschende, röhrende: „Los! Los! Matzmarksh!“ Dafür gab mir Mutter im Sommer wöchentlich fünf Mark und im Winter drei jeden Sonntag. Weihnachten und zum Geburtstag bekam ich etwas auf die Sparkasse und dann durfte ich die Summe im Buch lesen.

Aber das dachte Max nicht wissen. So ging es beinahe zwei Jahre. Allmählich hörten die Racheleidzige auf. Ein Heselle hatte ein Buch: Wie werde ich Erfolgreich? Ich las es und mein Leben bekam eine andre Kurve. Durch ebendieselben Schuster, der für uns die Nachnahmen einsägte, bestellte ich mir technische Schriften. Ich begann zu zeichnen. Alle Schriften wurden im Dachboden verstaut. Ich erstand. — Es war ein Stiefelszieher. Die Zeichnung schaute ich an ein Patentbüro in Kassel. Ein sehr ermunternder Brief, der mir große Aussichten versprach, war die Antwort. Aber man müsse, hieß es, fünfundsiebzig Mark einschicken.

Fünfundsiebzig Mark! Mein Herz schlug höher. Mit einer solchen Summe kann man nach Patentierung Tausende verdienen. Ich zeigte den Brief Theres. Sie war Feuer und Flamme. Mutter wurde eingeweiht. Ich befam das Geld, sandte es ab. In fünf Wochen war ich Inhaber eines deutschen Reichspatents, verbande gedruckte Projekte in alle Himmelsrichtungen und wartete Regesicher. Alle Tage kam ich zum Schuster. Lauter Absagen.

Ein Modell wurde von einer Firma verlangt. Verflucht! Ein Modell! Ein Modell! Weitere sechzig Mark waren nötig. Und wieder befam ich sie von Mutter und Theres. Das Modell kam an — und funktionierte nicht. Absage auf Ablage kam. Theres schickte schon. Ich tröstete mich. Edison ist auch nicht von heute auf morgen ein Millionär geworden. Jäh muß man sein. Unter mäßigt.

Ein neuer Plan. Aus Mecklenburg schrieb ein biederer Mann daß alle Patentbüros und Anwälte Schwund seien. Er mache es für — und eine genaue, grundeindrückliche Ausstellung lag bei — den niederen Preis von 80 Mark und verspreche bei Nichtverkauf der Erfindung Rückvergütung. Es gibt eben doch noch ehrliche Leute auf der Welt.

Die zweite Erfindung wurde losgelassen. Eingeschrieben gingen die Zeichnungen nach Mecklenburg und wieder binnen fünf Wochen war das zweite Patent erworben. Ein habhaftlich-überflächliches. Ein Massenartikel, eine Millionsache!

Nicht schrieb ich persönliche Briefe an die Herren Fabrikanten. Ich schrieb ganz kollegial. Absagen. Ich schrieb noch kollegial: „Sehr verehrter Herr Direktor oder Werte Herr Bauer! Ich habe eine Erfindung, die Sie in ihrer Fabrik sicher verwerten können. Ich trete mit Vergnügen alle Rechte an Sie ab um den geringen Preis von 1000 Mark. Mit den besten Grüßen oder Hochachtungsvollster oder herzliche Grüße, Oskar Graf, Erfinder.“ Absage! Ich formulierte: „PR. Ich habe soeben eine sehr geschäftliche Erfindung gemacht. Hier lege ich sie bei. Ich gebe Ihnen alle Rechte für 500 Mark, bin aber auch mit weniger zufrieden. Bitte nehmen Sie mir die Sache ab. Ich könnte schließlich auch mit dreihundert Mark zufrieden sein. Mit Gruß Oskar Graf, Erfinder.“ Absage. Oder gar keine Antwort. Nicht einmal lächzend, nicht einmal dreißig Mark zahlten die Schuster. Die Welt erkannte eben mein Genie nicht. — — —

Um diese Zeit kam Maurus von Karlsruhe. Er brachte Bücher mit. Eine Unmenge Jugend-Hefte, einen Band Helene, Nelly-Bücher von Süßler, einen Band Uhland, Lessings dramatische Meisterwerke, Napoleons Liebschaften und Freindinnen. Ihens Volksfeind, die Frau vom Meer und Viktor Scheffels Novellen. Er sprach hochdeutsch, erzählte mir von einem Buch über den Kaiser, das „Er“ hieß und las mir aus Shakespeare vor. Er tat dies mit einer Glut, mit einem Antirhythmus, der in mir den Ergeiz entflammte. Ich fing an die Bücher zu lesen. Aber Maurus geriet schon in den ersten Wochen mit Max in Streit und warf die Sache hin. Nach einer Rauferei mit Blut, Wein und Gebrüll packte er seine Tasche und ging nach Bamberg.

Was nun? Eine Kuh wurde krank. Vier Schweine krepierten. Das Pferd starb an Rölt. Der Bürgermeister ließ Max ein Haustierarzt machen. Ich las es in den Nachstunden. Langsam wachte ein reges Interesse auf. Auch überlebte ich, was ich nun eigentlich für einen Beruf ergreifen wollte. Wieder wurde ein Kuh krank. Der Herr Bezirksarzt kam und hielt im Stall einen Vortrag. Das war der Anfang. Die Sache war beschlossen: Ich werde Tierarzt.

Die Kuh ging kaput. „Infektion“, sagte der Herr Bezirksarzt.

„Infektion? Was ist das?

Ich bestellte bei Parax in Berlin als erstes Buch für meine zukünftige Praxis: Die Kuhseuchen. Es war ein dunkelblaues elegantes, schlankes Büchlein mit vornehmem Goldaufdruck. Also:

Ich las und las! Plötzlich kam der Kuh. Da stand mitten unter andern Worten genau so wie alle andern: Immun.

Ja, was heißt das? Was heißt das?

Sofort schrieb ich um ein Tierarzt-Fremdwörterbuch.

Und nun ging es ans Auswendiglernen. Von A bis Z. Jeder Brotaustragtag war erfüllt mit lautem Herjagen der unerhörten gedrehtesten Wörter. Wenn zufällig der Herr Bezirksarzt vorbeifuhr, zog ich schon ganz gleichgestellt die Mütze und rannte klappsende Herzens in weitem Abstand hinter dem Fuhrwerk her. Denn dieser Mann war für mich ein Gott, einer, der unerhörte viel Auswendiggelerntes in seinem Hirn haben mußte.

(Fortsetzung folgt.)

## Rudolf Virchow.

Die Arzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in

Birchow.

Die Arzte sind die natürlichen Anwälte der Armen, die soziale Frage fällt zu einem erheblichen Teil in

Birchow.

Es ist interessant, daß zur selben Zeit, da überall der Name Rudolf Birchows gepriesen wird, da anlässlich seines 100. Geburtstages vor allem in medizinischen Kreisen seine großen Verdienste um die wissenschaftliche Medizin, speziell auch seine Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Hygiene, gefeiert werden, in Karlsruhe auf dem deutschen Arzttag die im Reichstag von den sozialistischen Parteien beantragte Änderung der sogenannten Abtreibungsparagraphen eine entschiedene Ablehnung erfuhr. Für jeden deutschen Arzt ist es Ehrensache, sich vom „Heiligen“ Birchows „bestrichet“ zu fühlen. Das oben zitierte Wort Birchows und zahlreiche andre Belehrungen in seinen Schriften beweisen, daß den genialen Schöpfer der Zellsarpathologie und Begründer der sozialen Hygiene eine Welt von seinen Durchschnittscollegen trennt, die in bezeichnender Eigentümlichkeit eine der Grundbedürfnisse der sozialen Medizin, eine der notwendigen Voraussetzungen auch der Eugenik (Rassenverbesserung), die straflose Abtreibung durch den Arzt ablehnen, ein Beischluß, dessen Härte sich vor allem gegen die beispiellosen Klassen in vollster Schärfe richtet.

Rudolf Birchows Verständnis für die Not der Armen ist leicht ersichtlich: er stammte selbst aus ärmerlichen Verhältnissen. Deshalb mußte er, ebenso wie Helmholz, das Friedrich-Wilhelms-Institut in Berlin besuchen, wo er bei erheblich geringeren Kosten zum Militärarzt ausgebildet wurde. Schon in den ersten Jahren seiner Assistenzzeit zeigte er eine selbstdändige medizinische Denkungsweise, die sich mitunter scharf gegen die herrschenden Anschauungen der anerkannten Gelehrten wandte. Anfang 1848 wurde er nach Oberlehrer gesucht, um über einen dort ausgetroffenen Hungertypus Bericht zu erstatten. Diese Gelegenheit benutzte Birchow, um dem ihm tiefs verhaschten reaktionären preußischen Staat seine ganze Erbärmlichkeit aufzuzeigen und ihm als glühender aufrichtiger Bürgerlicher Revolutionär den Kampf anzusagen. Er eilte nach Berlin zurück, um, wie er schrieb, „angefälscht“ der neuen französischen Republik bei dem Sturz unseres alten Staatsgebäudes zu helfen“. Er trat eine für „volle umfassende Demokratie“. Wegen seiner entschiedenen politischen Stellungnahme mußte er Berlin verlassen. Er erhielt einen Ruf an die Würzburger Universität, fand aber auch hier in seiner Anstellung Hindernisse, ja, als sich in Bayern das Gerücht von seiner bevorstehenden Berufung verbreitete, beschuldigte die Augsburger Postzeitung den Minister des Hofvertrags, wenn er „Birchows Votations beim Könige beantragte“. Erst als Birchow versprochen hatte, Würzburg nicht zum „Tummelpaß radikaler Tendenzen“ zu machen, wurde er angestellt. 1856 lehrte er nach Berlin zurück, wo er an die Spitze des neuerrichteten Pathologischen Instituts berufen wurde, in dem er den größten Teil seiner berühmten grundlegenden medizinischen Arbeiten ausführte. In Berlin ist er am 5. September 1902 gestorben.

Birchows hervorragendste wissenschaftliche Leistung ist die Gründung der Zellsarpathologie. Als Birchow seine wissenschaftliche Laufbahn antrat, herrschten in der Pathologie (Lehre von den Krankheiten) im großen ganzen fast in derselben Gestalt noch die Anschauungen des griechischen Alters: die Krautsehre der hippokratischen Schule. Das Wesen der Krankheit sah man in einer ungünstigen Mischung der Säfte. Der Wiener Rossianus, der anerkannte Pathologe der Zeit, sprach von Tuberkratz, Tophuskratz; man nahm die Einschaltung der Gewebe aus einer formlosen Masse, dem Blasen, an, eine besondere Lebenskraft galt als das treibende Moment aller Lebenserscheinungen. Birchow erkannte bald die Mängel dieser verschwommenen, veralteten, jeder naturwissenschaftlichen Praxis entbehrenden Hypothesen. Er hatte bedeutsame Anregungen durch die Bücher von Schwann und Schleiden erfahren; der Botaniker Schwann wies für den pflanzlichen Organismus, der Zoologe Schleiden für den Tierkörper die Zusammensetzung aus kleinsten selbständigen Teilen, den Zellen nach; beide waren aber noch in dem Irrtum besangen, daß die Neubildung der Zellen aus der Mutterlauge erfolgte. Während Birchow die Zellenlehre von ihnen übernahm und sie in die Pathologie einführte, erzeugte er ihre Entstehungstheorie durch seine eigene, deren Bestätigung er in seinen Arbeiten immer wieder beobachtet hatte, daß jede Zelle aus einer andern Zelle entsteht. Das Wesen der Krankheit bestand für Birchow also nicht mehr in einer unkontrollierbaren Krise (krankhaften Säftebeschaffenheit), sondern in der mikroskopisch nachweisbaren Veränderung der Zellen. Mit dieser Erkenntnis schuf er die Grundlage für die ganze moderne Pathologie. Für alle Teile dieser Wissenschaft hat er wertvolle Beiträge geleistet. Die Frage der Entzündung, die gerade gegenwärtig im Mittelpunkt des Interesses steht, hat er so gründlich bearbeitet, daß sein Werk von hervorragenden Pathologen wie Ludwig Aschoff u. a. auch heute noch als unerschöpfliche Basis betrachtet wird. Die Lehre von den Geschwülsten, speziell ihre bis heute noch nicht endgültig gefärbte Entstehungsursache, die Lehre von den Metastasen (Verschleppung von Geschwulzzielen auf dem Blut- oder Lymphwege), von der Embolie (Verstopfung der Gefäße), von der Diphtherie, von der leptischen Infektion, der Tuberkulose, von der Lepra und vieles andre Geblebten haben ihm entscheidende Anregungen zu verdanken. Ganz erheblich sind seine Verdienste auf dem Gebiete der sozialen Hygiene. Nachdem er die Trichinenkrankung näher erforscht hatte, setzte er es durch, daß die Fleischbeschaffung gezeigt eingeschüttet wurde. Für die Schulgesundheitspflege, für die Verbesserung der Kinderarbeit, für die allgemeine Kanalisation und öffentliche Vereinigung in den Städten trat er mit größter Energie ein. Der moderne Krankenhausbau empfing von ihm wertvolle Vorschläge; das Leipziger Krankenhaus St. Jodok ist nach seinen Plänen erbaut. Er verlangte eine Trennung von Kirche und Schule und einen Unterricht auf freier naturwissenschaftlicher Grundlage.

Rudolf Birchow hatte zu scharf gegen die mit spekulativen Hypothesen überzügten Zeiten seiner Aufstiegsjahre anstänzig müssen, er haßte zu einfach immer wieder die rein egakten Seiten seiner neuen Zellsarpathologie betonen müssen, um gegen die neu auftauchenden naturwissenschaftlich fundierten Theorien und

Hypothesen seiner Spätzeit vorurteilsfrei sein zu können. Daran erkärt sich sein Kampf gegen die Lehren Darwins und Haeckels daher seine Zurückhaltung gegenüber den Arbeiten Pasteurs und Robert Kochs, daher seine eigenartige Stellungnahme gegenüber dem Schädel des Neanderthalmenschen, der der Anthropologie wertvolle Hinweise auf die Abstammung des Menschen geliefert hat, und den Birchow fälschlich als einen durch Krankheit veränderten normalen Schädel ansprach. Diese Tatsachen liefern erneut den Beweis, daß die Erkenntnisse eines Menschen doch nur partiell sind.

Die moderne wissenschaftliche Medizin ist über Rudolf Birchow hinaus fortgeschritten. Sie hat die Tätigkeit der Drußen mit innerer Selektion erkannt und damit allgemein die Beziehungen der einzelnen Organe und Organzonen zueinander nachgewiesen, sie führt in den Vordergrund des ätiologischen (krankheitsursächlichen) Interesses die Konstitution, die Verstärkung oder Veränderung der äußeren Bedingungen, unter denen die Menschen leben, und der inneren, die ihnen durch Ererbung aufallen. Aber die Grundlage, die Birchow der Medizin geliefert hat, die Zellsarpathologie, ist auch heute noch unerschöpft.

A. M.

## Kleine Chronik.

**Riedel-Verein.** (Requiem von Hector Berlioz.) Es ist zu begrüßen, daß trotz schwieriger finanzieller Verhältnisse, die der Verein zu überwinden hatte, dies so selten gehörte Werk doch noch zur Aufführung gelangt ist. Berlioz gibt dieser Totenmesse den echten katholischen Pomp und Demutsschärfe und gebraucht dazu große Chöre, die Intonationsseinheiten gut beherrschen müssen. Bei der Stelle des zweiten Satzes Tuba mirum spargis sonum, wo der Männerchor verwendet werden, bemüht er auch ein verstärktes Orchester. Mag nur auch die Schöpfung nicht in allen Teilen die Tiefe besitzen wie Beethovens Missa solemnis, Mozarts Requiem oder Brahms Deutsches Requiem, so ist es doch aus alle Fälle ein monumentales Werk von seltener Kraft und Schönheit. Der Riedelverein unter seinem zielbewußten Dirigenten Max Ludwig sang mit wunderbarer Intonationsreinheit und sein durchgearbeiteter Dinanterierung. Dem Männerchor, der durch den Neuen Leipziger Männerchor verstärkt wurde, gehörte noch ein besonderes Lob für den Volksatz Nr. 8 Hostias, der von besonderer Tonschönheit und gloriöser Wirkung war. Im 2. Satz Dies irae entwidete der Chor von der zartesten Stelle bis zum Tuba mirum eine Kraft, die verstärkt durch den ganzen Männerchor und das Schlagzeug, einen tiefen Eindruck hinterließ. Der leichstimmige Volksatz Quereus me wurde innerlich und mit abgeleiteter Schönheit prächtig zu Gehör gebracht. Das Sanctus Nr. 9 für Chor und Tenorohlo sang Herr Hans Becker mit seiner schönen weichen Stimme in gutem Kirchenvortrag. Auch die kleine dreistimmige Hymne Hollanna war atabell. Max Ludwig hat den Riedelverein durch fleißiges Studium wieder auf die bekannte Höhe gebracht und ihm gebührt Dank für die glänzende Aufführung. Das Requiem für Blasorchester, Harfe und Orgel von Paul Gerhardt ist ein Kirchenstimmbild, das durch reichhaltige Farbenregisterierung der Orgel und Verwendung der Harfe sehr interessant wirkt, aber mehr Stimmung als innerliche Tiefe hinterläßt. Das verstärkte Philharmonische Orchester, der Neue Leipziger Männerchor und unser altbewährter Organist Max Fetsch hassen mit vereinter Kraft dem Werke zu seiner ganzen Höhe.

**Städtische Theater.** Die Vorstellungen im Alten Theater Sonnabend, den 22. Oktober (Alt-Heidelberg) und Sonntag, den 23. Oktober (Spiegelmenzel) finden beide außer Aachen statt, so daß ländliche Karten an der Tagesschleife zum Verkauf stehen.

**Das 1. Einheits-Sinfoniekonzert** (Alte Meister) mit dem Philharmonischen Orchester findet unter Leitung Otto Diadams am nächsten Sonnabend, dem 29. Oktober, abends 6 Uhr, im Städtischen Kaufhaus statt. Als Solist wird Herr Opernsänger Walter Eissner mit. Es wird eine sehr interessante Vortragsfolge geben, die Werke von Händel, Gluck und Nameau folgen. Einzelkarten, sowie Reihenkarten für alle 6 Konzerte sind zu einem sehr billigen Einheitspreise in allen Filialen der Leipziger Volkszeitung erhältlich.

**Verein für die Geschichte Leipzigs.** Von den Schriften des Vereins ist ein neues Heft erschienen, das folgende Beiträge enthält: Ernst Kroter, der Leipziger Ratssteinmetz Friedrich Fuß (Fuß); Friedrich Schulze, der Kitzing — ein politischer Kreis um 1800; Rudolf Hähnel, der Leipziger Niedermüller Carl Fr. Jöllner. Vor Jahresende neu eintretende Mitglieder erhalten das Heft noch unverrechnet. Die Wintervorträge des Vereins beginnen am 28. Oktober.

**Eine neue Syphilis-Kur.** Dr. Roux, Leiter des Pasteurischen Instituts, hat der Akademie der Wissenschaften eine wichtige französische Entdeckung zur Behandlung der Syphilis durch Muskelimpfung von Wismut-Salz unterbreitet. Hunderte Kränke sind damit bereits geheilt. Das Geschwür vernarbt bei dieser Behandlung in einem Zeitraum von 1—3 Wochen. Von der ersten Impfung an verschwinden die Syphilis-Erreger aus dem offenen Geschwür. Dr. Roux fügte hinzu, daß längere Beobachtungen notwendig seien, ehe behauptet werden könne, daß das Wismut-Salz die Fähigkeit besitzt, Individuen, die von der Syphilis angegriffen seien, zu heilen.

**Strahlenbild aus Moosau.** Das frühere Mitglied des englischen Parlaments, Dr. Arthur Lynch, der gerade von einer russischen Reise zurückgekehrt ist, erzählte in einem Londoner Blatt Einzelheiten von den Bildern, die sich dem Fremden auf den Straßen Moosaus bieten. Er sah u. a. einen Soldaten mit einem ehemals französischen Dragonerhelm, einem deutschen Soldatenrock und ein paar alten Hosen, die ihm etwa 10 Zentimeter zu kurz waren. Strümpfe trug er nicht; er hatte am rechten Fuß einen Mannsstiel und am linken einen weiblichen Schuh. Lynch sah Frauen, in Kleidern, die auch in London elegant genannt werden wären; dabei gingen sie ganz munter mit bloßen Beinen einher, da sie keine Strümpfe trugen können, und ihre Beine zeigten deutlich die Pisse jener Tierchen, die man oft vergeblich mit Insektenpulpa zu vertreiben sucht.

## Eingelaufene Schriften.

**Die Fioretti oder Blümlein des hl. Franziskus.** Herausgegeben von Dr. Hanns Schönhofer. Verlag Herder in Freiburg. Preis 18 M.

**Erzbergers Erinnerung und die revolutionären Arbeiter.** Von Junius III. Franckes Verlag, G. m. b. H., Leipzig-Berlin.

## Sächsische Angelegenheiten.

### Unstimmigkeiten im sächsischen Kabinett.

Ein Führer der Reaktion.

Die Krise im Reich hat auch die Mauzwirke, die gegen die sächsische sozialistische Regierung wüssten, wieder auf den Plan gerufen. Sie versuchten wieder einmal, die beiden sozialistischen Parteien, die die reaktionären Hoffnungen aufzubinden werden lassen, gegeneinander aufzubringen. Zu diesem Zweck wird die berüchtigte Dresdner Schriftleitung der L. R. N. das ist die Sächs.-Böhmis. Korrespondenz, mobil gemacht, die den Zeitungen folgenden Kohl serviert:

In Dresden politischen Kreisen werden die Unstimmigkeiten immer offener besprochen, die innerhalb der sächsischen Regierung mehr und mehr zutage treten. So wenig sich die geplante Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Parteien in Sachsen bisher hat verwirklichen lassen, so wenig hat auch trotz aller Bemühungen eine Einigkeit im Kabinett hergestellt oder aufrechterhalten werden können. Immer deutlicher spaltet sich das Kabinett in zwei Gruppen: Die eine umfasst den Ministerpräsidenten Bock und den Finanzminister Heldt, die andre dagegen nicht nur die drei unabhängigen Minister Lipinski, Fechner und Jäckel, sondern auch den mehrheitlich sozialistischen Wirtschaftsminister Hellisch und den Justizminister Dr. Fechner. Bei den Auseinandersetzungen im Kabinett ist es nicht immer in der allerfeinsten Tonart hergangen. Gleichwohl wäre es falsch, aus diesen Meinungsverschiedenheiten alle weitgehende Schlüsse zu ziehen. Vorläufig hält der rote Kitt noch. Über die Berliner Stadtvorordnetenwahlen dürften den Herren am Dresdner Königsufer gezeigt haben, daß auch ihre Herrlichkeit nur auf sehr schwachen Füßen ruht. Zurzeit sind die Unabhängigen besonders erbost auf den Finanzminister Heldt, der offen auf die Gefahr von Unruhen in Oberösterreich hingewiesen hat. Natürlich ist es einem aufrechten Unabhängigen ein Geue, wenn jemand wider den Stachel der Entente lädt. Herr Heldt bleibt aber trocken, und auch die Werthe über eine Amtsmündigkeit des Ministerpräsidenten Bock dürften wohl vorläufig keine Bestätigung finden. Immerhin tun die Bürgerlichen gut, die hier gekennzeichnete Entwicklung im Auge zu behalten.

Das Leipziger Heftblatt, dem dieses zaghafte Fühlen nicht genügt, läßt seine Leiter noch weiter auf:

Die Kluft im Ministerium besteht schon seit längerer Zeit. Wir haben schon des öfteren festgestellt, daß die Unabhängigen die tatsächliche Macht in der Regierung haben, und zwar durch die freiwillige Unterstützung der Minister Hellisch und Fechner und die unfreiwillige Gefolgschaft Bocks und Heldts. Man braucht nur die unabhängige Presse zu verfolgen, die jetzt die Gelegenheit benutzt, um den von ihnen wenig geschätzten Genossen Bock und Heldt eins auszuwischen. Auch die leichte Bekleidung des Ministerpräsidenten Bock durch den Innenminister Lipinski im Landtag war bezeichnend für das „herzliche“ Einvernehmen in der Regierung. Es wäre aber tatsächlich verschlissen, für die nächste Zukunft daraus irgendwelche Schlüsse zu ziehen. Dafür kleben die Herren viel zu sehr an ihrem Ministerkessel.“

Werden nun die Rechtssozialisten nicht anbelnken, nachdem ihr Prestige so stark angegriffen ist? Sie werden sich wohl überlegen, um so mehr, da bei den Reaktionären wohl mehr der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Ubrigens wird es den Bürgerlichen kaum etwas nützen, wenn sie — um mit dem langohrigen und feindseligen Dresdner Korrespondenten zu reden — „die hier gekennzeichnete Entwicklung im Auge behalten“. Wenn im Ministerium Unstimmigkeiten, Differenzen bestehen sollten, dann geht das zunächst die sozialistischen Parteien und die Arbeiterklasse an. Und die werden damit fertig werden, wobei sie die Hilfe des Bürgertums natürlich dankend ablehnen.

### Die Entwicklung der Verhältnisse im Kartoffelhandel.

Zu dieser Frage gehen uns vom Sekretariat des Verbandes sächsischer Konsumvereine folgende Ausführungen mit dem Ergebnis um Veröffentlichung zu:

Die Frage der Kartoffelversorgung der Bevölkerung ist heute in dem Brennpunkt gerückt, sie beunruhigt die Gemüter der Verbraucher im höchsten Grade. Das, was wir im Interesse der Verbraucher unter allen Umständen vermeiden wollten, ist leider eingetroffen und unsere Maßnahmen, die wir rechtzeitig einleiteten, sind im weitesten Maße umgesungen worden. Da ist es denn unumgänglich notwendig, die Ursachen darzulegen, die dazu führten. Um die verbrauchende Masse vor Übertreibung zu schützen, traten die Spartenorganisationen der genossenschaftlichen Verbraucher und der genossenschaftlichen Erzeuger rechtzeitig zusammen, um Vereinbarungen zu treffen, die dieses verhüten sollten. Die Regierung selbst setzte sich dafür ein, und ihrem Einfluß ist es zu zuschreiben, daß die Vereinbarungen der Organisationen zustande kamen und daß ferner auch im Landeskulturrat eine Kommission geschaffen wurde, die der Preisentwicklung Richtung in unserem Sinne geben sollte. Damit wäre zweifellos der Preisentwicklung im freien Handel nach oben Einhalt geboten worden. Dieses hatte natürlich zur Voraussetzung, daß sich die verbrauchende Masse nicht wieder auf die gefährlichen, die Produkte vorteuernden Wege begab, wie dies leider im vorjährigen Jahr so ausreichend gescheh. Unser dahingehendes Mahnen ist aber vollständig unberücksichtigt geblieben und nicht nur die einzelnen Verbraucher sind in großer Anzahl auf das Land gegangen, um ihre Bedürfnisse an Kartoffeln zu befriedigen, sondern in fast erhöhtem Maße als im Vorjahr haben auch die Betriebsräte die

so verlehrte Taktik wieder eingeschlagen. Es darf nicht verkant werden, daß dieses Vorgehen auch auf den Großhandel einwirkt und Einsturz auf die Preisgestaltung ausübt. Was nützen uns die Preissnotierungen, wenn die Verbraucher oder die sich dazu berufenen Vertreter dieser als Vorstufe außer acht lassen und den Erzeugern Preise bieten, die weit über die von der Notierungskommission als Richtlinien festgelegten Notierungen hinausgehen?

Es bedarf keiner besonderen Darlegung darüber, wie verderblich dieses wirken muß. Auch der in letzter Zeit eingetretene Waggonmangel, der infolge der starken Abschleiferungen an die Ententestaaten eintrat, mag dazu beigetragen haben, daß nur ungünstige Kartoffelschlüsse herbeilanden, wodurch die Verbraucher der Großstädte zu Angstläufen veranlaßt wurden. Die Landwirte, denen dann höhere Angebote als die notierten gemacht werden, scheren sich den Teufel um die getroffenen Vereinbarungen und um die Richtlinien, die von Organisation zu Organisation getroffen wurden. Die Erzeuger verweisen auf die Ursachen der unglücklichen Zustände, indem sie sagen, daß die niedrige Preisgestaltung der Kartoffeln unter dem Druck der Verbraucher zustandegekommen sei. Sachen sei Zuschlagsgebiet. Nur hätten wir zwar billige Preise, aber keine Kartoffeln. — Es muß aber festgestellt werden, daß die von der Notierungskommission notierten Durchschnittspreise sich in den Grenzen bewegen, die die Erzeuger selbst in den verschiedensten Vorkonferenzen als angemessen erachteten, und daß die Landwirtschaft ja auch in der Preisnotierungskommission mit vertreten ist. Wir haben leider jetzt die außerordentlich betrübende Tatsache, daß alle Schuhmaßnahmen, die wir im Interesse der Verbraucher trafen, unrichtig sind, und daß eine wilde Preisbildung um sich greift, die im höchsten Grade verderblich auf die breite Volksmasse einwirken muß. Erzeuger, Händler und Verbraucher versündigen sich in dem gleichen Maße an dem gesamten Volkswirtschaft durch derartige wuchernde Besteckungen. Noch ist die Landesprüfungsstelle in Tätigkeit und jeder, ganz gleich, ob Erzeuger, Händler oder Verbraucher, macht sich strafbar, wenn er dazubeiträgt, die Preise auf eine Höhe zu treiben, die jeder vernünftigen Voraussetzung entbehrt. Es kann uns nicht entgegenhalten werden, daß unsere Maßnahmen nicht genügend bekannt waren, denn die Tagespresse aller Schichten hat sich mit den getroffenen Vereinbarungen der Organisationen befaßt. Wohl hängt die Preisbildung, die wir nun einmal freien Handel haben, von der allgemeinen Marktlage ab, um so verlehrter und verurteilenswerter aber ist, wenn Verbraucher oder deren Beauftragte selbst dazu beitragen, die Preisentwicklung nach oben zu fördern, weil damit den Bestrebungen eines Teiles der Erzeuger nur zu sehr entgegengesetzt wird, die auf eine wuchernde Ausbeutung der breiten Masse hinzu- und unseren dem entgegengesetzten Bestrebungen zu überlaufen. Angesichts dieser Entwicklung lehnen wir eine Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen ab, weil der durch unsere eingangs erwähnten Vereinbarungen beabsichtigte direkte Bezug der Kartoffeln vom Erzeuger zum Verbraucher leider durch das Verhalten eines großen Teiles der Beteiligten ausgetan wurde.

Zu dieser Darstellung sind doch einige Bemerkungen nötig. Richtig ist, daß die Angstläufe der einzelnen Verbraucher und die dabei vorkommenden Preisüberhöbungen den wuchernden Landwirten ihr schmückiges Gewerbe wesentlich erleichtern und die Kartoffelnot verschärfen. Es muß deshalb auch im Interesse der Allgemeinheit gefordert werden, daß dieser standölföde Zustand, das muß aber hervorgehoben werden, wieder erst eine Folge der Lieferungssabotage der Landwirte ist — befeitigt wird. Aber durchaus verfehlt ist es, wenn das Sekretariat des Verbandes sächsischer Konsumvereine es so darstellt, als wenn leichtlich die Angstläufe der Konsumanten die Schuld daran trügen, daß das Zustandekommen von Lieferungsverträgen zwischen Erzeugern und den Genossenschaften verhindert worden sei. Das heißt denn doch, den agrarischen Wucherer und Volksplünderer das Geschäft außerordentlich erleichtern. Es heißt, den Agrarern eine gute Absicht unterstehen, die sie niemals gehabt haben. Wir haben schon vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß das scheinbare „freiwillige Einigegangenen“ der Landwirte in Orlaschland und anderen Bezirken nichts weiter war, als ein Mandat, um die Massen zu beruhigen, um desto besser im Trüben fischen und den Wucher besser organisieren zu können. Wenn die Verhandlungen zwischen den Organisationen jetzt gescheitert sind, dann beweist das nur die Richtigkeit unserer Befürchtungen. Der Hinweis auf die hohen Preisangebote ist nur eine faule Ausrede, die man sich hätte holen können, ernst zu nehmen. Die Landwirte halten die Kartoffeln trotz höherer Preisangebote zurück, um beim Steigen der Rot noch höhere Preise erzielen zu können. Das bestätigen ja auch die Klagen der Erzeuger über die „niedrigen Preise“, die unter dem Druck der Verbraucher zustandegekommen seien, obwohl bei dieser Preisnotierung die landwirtschaftlichen Organisationen mitgewirkt haben.

Es wird eben immer klarer, daß der Notstand durch die sogenannte freie Wirtschaft vergrößert worden ist und nur durch zwangsläufige Maßregeln gegen das Wuchergerüst gemindert werden kann. Hierbei könnten auch die Genossenschaften als Organisationen der Verbraucher erheblich mitwirken, viel erspektischer als dadurch, daß man die kleinen Sünden der durch den Rot stark bedrangten Kreise in den Vordergrund rückt und den großen Spielduben dadurch das Handwerk erleichtert.

Zur Frage der Arbeitsruhe am 9. November.

In der Staatszeitung lesen wir:

Da bei der Staatsregierung mehrfach angefragt worden ist, ob Verordnungen wegen etwaiger Arbeitsruhe am 9. November zu

erwarteten sind, wird über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit folgendes mitgeteilt:

Aus der Fraktion der USPD. war dem Landtage unter dem 8. Dezember 1920 der Antrag Barthel und Genossen zugegangen, dem Landtage ein Gesetz vorzulegen, durch das der 1. Mai und der 9. November als gesetzliche Feiertage anerkannt und festgelegt werden.“

Über diesen Antrag hat der Landtag am 10. März 1921 verhandelt. Der Ministerpräsident teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß die Regierung wegen einer reichsgelehrten Regelung bei der Reichsregierung vorstellig geworden sei, damit aber keinen Erfolg gehabt habe. Er halte eine gelehrte Regelung für erforderlich. Und zwar möchte diese vom Reiche ausgehen, schon um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die bei verschiedener Regelung in den einzelnen Gliedstaaten namentlich im Verkehrswesen entstehen müssten. Einen Antrag, die Angelegenheit dem Rechtsausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen, lehnte der Landtag ab. Der Landtagspräsident hat darauf die Berichterstattung für die zweite Beratung des Antrages ernannt. Diese hat noch nicht stattgefunden. Zunächst wird sich also der Landtag mit der Angelegenheit weiter zu beschäftigen haben.

Im vorigen Jahre hatte die Regierung angeordnet, daß am 9. November bei den staatlichen Behörden und den staatlichen Betrieben kein Dienst getan und der Unterricht in den Schulen ausgesetzt werden solle. Den Gemeindebehörden wurde gleiches Vorgehen anheimgegeben. Der Ministerpräsident hat in seinen oben erwähnten Ausschreibungen im Landtage bereits hingewiesen, daß die Regierung diesen Weg kaum wieder gehen könnte. Da die Reichsregierung es abgelehnt hat, den 9. November zum Feiertag zu erklären, ergaben sich im vorigen Jahre mancherlei Schwierigkeiten dadurch, daß die Landesbeamten feierten, die Reichsbeamten jedoch auch in Sachsen ihren Dienst an diesem Tage verrichteten. Von den Gemeindebehörden hatten in ganz Sachsen nur zwei der Anregung, zu feiern, Folge geleistet. In mehreren Städten war es deshalb zu Unstimmigkeiten zwischen Stadtrat und Stadtverordneten gekommen. Wo in den Gemeindebetrieben gefeiert worden war, hatten die betreffenden Orte gegenüber den anderen erheblichen materiellen Schaden erlitten. Auch die Arbeiterschaft hat im Vorjahr das Feiern am 9. November zum größten Teil nicht durchführen lassen. Nach den Berichten der Arbeitspresse ist fast überall entgegen der Aufforderung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen gearbeitet worden. Nur in einzelnen Industriezweigen zuhause die Arbeit, und nur in sehr wenigen Orten erschienen keine Zeitungen. Dafür entstanden jedoch verhältnismäßig Konflikte wegen der Bezahlung des Lohnes für den 9. November. Die Justizbehörden wurden dadurch benachteiligt, daß sie mit großen Kosten und erheblicher Belastung der Beamten sämtliche für den 9. November vorgesehenen Termine aufheben und auf andere Tage verteilen mußten. Überall wirkte sich die Tatsache unangenehm aus, daß in den übrigen Ländern des Reiches, außer einem einzigen, überhaupt nicht gefeiert wurde.

### Umstrittene Teuerungszulagen.

Auf Anregung des städtischen Beamtenausschusses hatte der Stadtrat zu Eilenstock am 28. Juli 1919 eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar 1919 beschlossen, vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordneten. Diese lehnten jedoch wiederholt ab, dem Vorgehen des Staates zu folgen und dem Ratsbeschuß beizutreten, und erklärten sich mit der Erhöhung ab 1. Juli 1919 einverstanden. Im übrigen wollten sie sich die Entscheidung von Fall zu Fall vorbehalten.

Der Kläger Führlich war 1919 Sparkassenkontrolleur in Eilenstock und hat ab 1. Juli die erhöhten Teuerungszulagen bezogen, beansprucht sie jedoch auch auf die Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1919 (insgesamt 365 Mt. nebst 4 Prozent Juros), trotzdem die Stadtverordneten dem Ratsbeschuß erst am 22. September 1919, drei Wochen nach dem Ausscheiden des Klägers aus dem städtischen Dienst, beigetreten sind und dabei augenscheinlich betont haben, daß die Erhöhung der Teuerungszulagen auf bereits abgegangene Beamten keine Anwendung zu finden hat. Demgegenüber stützt sich der Kläger auf Punkt 4 des Verstellungsvertrags, wo es heißt, daß der Kläger die Teuerungszulagen in demselben Umfang erhält, wie sie die übrigen Beamten bekommen. Demnach seien ihm also schon damals die künftigen Teuerungszulagen zugesichert worden. Keine Gemeinde könnte sich der Nachzahlung entziehen, auch wenn der Bezeichnende nicht mehr der Gemeinde diene.

Die Kreishauptmannschaft hat wegen Unzulänglichkeit die Klage abgewiesen. Die Berufung des Klägers machte geltend, daß, wenn die Beamten auch an sich keinen Rechtsanspruch auf Teuerungszulagen hatten, diese Frage hier ganz auszuscheiden habe, weil ein besonderer Verwaltungsakt vorliege. Maßgebend wäre nicht der Zeitpunkt der Billigung, sondern die vertragliche Dienstzeit. Das Verhalten der Stadtgemeinde verstößt gegen

Das Oberverwaltungsgericht hat die angefochtene Entscheidung aufgehoben und die Stadtgemeinde eintragsgemäß verurteilt. Ausschlaggebend sei der Anstellungsvertrag, darin sei dem Kläger zugerechnet worden, daß er die Teuerungszulagen im selben Umfang erhalten solle wie die übrigen Beamten der Stadt. Es bedurfte deshalb weder einer besonderen Bewilligung noch einer besonderen Eröffnung, denn die den anderen Beamten bewilligten Teuerungszulagen wirkten auch ihm gegenüber. Der Einwand, daß dies nicht auf den Kläger anstreife, weil er bereits aus dem städtischen Dienst ausgeschieden

### Soweit Vorrat:

Chrom-Damen-Schnürhalbsch., Lackkappe ... 98 50

R-Box -Damen-Schnürhalbsch., flacher Absatz . 168 00

Roß-Chevreaux-Derby - Herren-Schnürstiefel m. Lackkappe . . . . 198 00

Chev-D-Schnürstiefel, Rahmenarbeit, flacher Absatz . . . . 198 00

Lackbesatz-Herren-Schnürstiefel, Rahmenarbeit . . . . 295 00

# KAUFEN SIE HEUTE SO SPAREN SIE GELD

### Soweit Vorrat

Lack-Knöchel-spagen 250 00

Neu eingetroffen:

Turnschuhe

mit Gummisohle

26/28 35,- 29/35 39,-

36/40 49,-



### Dr. Diehl-Stiefel

Ein Stiefel, der nicht drückt,  
Ein Stiefel, der beglückt

Ballenheil = Weitschaft  
Verkaufspreise 285,- 345,- 375,-

**Fordheimer**

### Soweit Vorrat

Chevrette-

Doppell-

spangen

145 00

Tuch-Gamaschen

dunkle Farben

Herren/Damen

24 50 29 80

helle Farben

Herren 59 00

### Unsere Spezialität

Kunstseidene Strümpfe

schwarz, grau und braun

39 00

Soweit Vorrat!

DFG

war, bevor die Anlage den übrigen Bevölkerung bewilligt wurde, gehoben, denn von solchen zwölfjährigen Bestimmungen habe nichts im Anstellungsvertrag. Denn die Teuerungszulagen sind nicht als einmalige Zuwendungen bewilligt worden, sondern aus der Zeit vom 1. Februar bis 30. Juni 1919 und stellen sich somit als Zusatz zum Grundgehalt dar. Im Anstellungsvertrag sei dem Kläger die Gleichstellung mit den übrigen Beamten gesichert worden, und dieser Grundsatz würde verletzt werden, wenn man ihm die Teuerungszulagen vorerthalten.

#### Die Pension des Gemeindevorstandes.

Im Jahre 1916 kam es zwischen dem damaligen Gemeindevorstand Schäfer und dem Gemeinderat zu Rücksichtnahmen. Bald darauf brachte Schäfer eine ärztliche Zeugnis bei, demzufolge bei ihm wegen Überarbeitung eine totale nervöse und körperliche Erkrankung eingetreten war, so dass er mindestens sechs Wochen lang nicht in der Lage sein würde, seinen Dienst zu versehen. Auf Eingreisen der Amtshauptmannschaft Rochlitz kam schließlich zwischen den streitenden Parteien ein Vergleich zustande, wonach der Gemeindevorstand am 1. Oktober 1916 in den Ruhestand versetzt und sein Ruhegehalt auf jährlich 600 M. festgesetzt wurde. Die Verhältnisse der Kriegszeit brachten es aber mit sich, dass Schäfer die Gemeindevorstandsgeschäfte noch bis 1. Oktober 1919 weiter vertrat; insgesamt erhielt er nunmehr ein Ruhegehalt von 720 M. zu beanspruchen haben würde. In dieser Höhe ist ihm auch Pension bis Ende März 1920 gezahlt worden, dann hat sich aber der Gemeindevorstand ablehnend verhalten und zur Begründung hierfür geltend gemacht, dass es sich nicht um eine gewöhnliche Pensionsleistung nach dem Ortsgebot handele, Schäfer, vielmehr in den Ruhestand versetzt worden sei infolge Nichtwiederwahl. Hingegen kommt, dass der Kläger jetzt bei einer Privatsfirma tätig sei und ein Monatsgehalt von 800 M. bezahle, infolgedessen keinen Anspruch auf Gehalt mehr habe. Das Verwaltungsgericht hat zugunsten des Klägers entschieden. Nach § 1 des Ortsgebotes werden den berufsmäßigen Gemeindebeamten Pension gewährt. Der Kläger sei wegen übernommener Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt worden. Ihm stehe deshalb das Zwistaatsdienstgebot zur Seite, das nur dann keine Anwendung finden würde, wenn der Kläger jetzt im öffentlichen Dienst ein das Ruhegehalt übertreffendes Einkommen beziehen würde.

Die Berufung der Gemeinde ist vom Oberverwaltungsgericht in Dresden verworfen worden. Magazin ist, ob der Kläger als ein wegen Nichtwiederwahl von der Gemeinde zu unterstützender Gemeindevorstand anzusehen ist, oder ob auf ihn die für solche Gemeindevorstände geltenden Grundsätze Anwendung finden, welche wegen Dienstunfähigkeit danach in den Ruhestand versetzt werden. Der Senat habe sich in Übereinstimmung mit der Vorlesung für die zweite Alternative entschieden, denn dem Kläger ist vom Bezirksausschuss seine Versetzung in den Ruhestand ausdrücklich aus Gesundheitsgründen bewilligt und es ist ihm auch die Pension auf Lebenszeit zugestanden worden. Hingegen kommt ferner, dass der Kläger seinerzeit auch aus Gesundheitsgründen von der Fortführung seines Amtes entbunden wurde. Gegen diese Annahme spreche auch nicht der Umstand, dass der Kläger sich mit einem etwas geringeren Ruhegehalt zufriedengegeben hätte, als ihm nach dem Ortsgebot zugestanden haben würde, denn das erklärte sich ohne Weiteres aus den Meinungsverschiedenheiten, die damals zwischen ihm und dem Gemeinderat bestanden haben, und ferner daraus, dass diese Streitigkeiten durch gegenseitiges Entgegenkommen der Beteiligten erledigt werden sollten. Zur Zeit könne aber nur eine Verurteilung der Gemeinde zur Fortzahlung der Pension ausgeschlossen werden, während die Entscheidung über die vom Kläger begehrte Erhöhung des Ruhegehalts solange aussteht werden müssen, bis die für die Berechnung dieser Sache notwendigen Unterlagen beschafft worden sind.

#### Fahrtkostensteigerung bei den staatlichen Kraftwagenlinien.

Infolge der außerordentlichen Erhöhung der Selbstkosten des staatlichen Kraftwagenbetriebs sieht sich die Eisenbahn-Generaldirektion als sächsische Kraftwagenverwaltung genötigt, vom 20. Oktober ab auf ihren Linien die Personalfahrtpreise auf 70 Pf. und die Gepäckfrachten auf 20 Pf. für den Tarifkilometer zu erhöhen. Ausgenommen hiervon werden nur einige Linien, die erst in neuerer Zeit eröffnet worden sind, oder bei denen wegen besonderer örtlicher Verhältnisse zunächst von einer Erhöhung abgesehen wird. Der Mindestfahrtpreis beträgt häufig

im Personenverkehr 1 M. für die Person, im Gepäckverkehr 3 M. für jedes Stück Reisegepäck bis zu 30 Kilo. Für Expresszug werden die Frachtlüge vom gleichen Tage an auf 40 Pf. für den Tarifkilometer unter Feststellung eines Mindestlohnes von 3 M. erhöht. Der Preis der Sammelkarten für Schüler wird von der Erhöhung nicht betroffen.

#### Der Kampf gegen die Bismarckrute.

Unter die Tagespresse durchlaufenden Nachrichten lassen die Bismarckruten in Böhmen, ihrem Hauptherde, am Aussterben und besonders aus der Technik, aber auch aus andern Gegenden bereits völlig verschwunden sein. Es soll dort eine Seuche unter den Tieren herrschen. Die in Sachsen eingedrungenen Bismarckruten lassen einen Verlustübergang bisher nicht erkennen, doch ist gegebenenfalls mit Verschleppung jener Krankheit durch neu zu wandernde Tiere zu rechnen. Das würde eine sehr willkommene Hilfe für den staatlich organisierten Bismarckruten-Bekämpfungsdienst sein. Die Hauptstelle für Pflanzenschutz an der Staatslichen Landwirtschaftlichen Versuchsanstalt Dresden, Stilleallee 2, bittet deshalb, ihr sachdienliche Beobachtungen mitzutun. Insbesondere sind Nachrichten über das plötzliche Verschwinden des Schädlings aus bisherigen Wohngebieten oder Auftindung sterber oder verendeter Tiere erwünscht. Solche sind — gegebenenfalls noch lebend — der Hauptstelle einzuhenden, die Porto und Auslagen, ebenso wie die gesetzliche Fangprämie vergütet wird.

Dresden. Die Dresdner Stadtverordneten wählten am Donnerstag zum dritten Bürgermeister den mehrheitlich sozialistischen Stadt-Baum. Ritsche mit 67 Stimmen; 11 Zeiten waren unbeschrieben. Für Ritsche stimmten auch die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme der Deutschnationalen, die Stimmenthaltung übten. Außerdem wurde zum besoldeten Stadtrat der Direktor des städtischen Kohlenamts Dr. Albrecht gewählt.

Mittweida. Die Stadtverordneten bewilligten den städtischen Beamten und Angestellten neue Ausgleichsbeihilfen und Kinderzulagen. Dadurch entstehen der Stadt 507 000 M. ungewöhnliche Ausgaben. Im laufenden Haushaltplan ist noch ein unbedecktes Defizit von 450 000 M. vorhanden. Dadurch, dass der Staat vom nächsten Jahre an nur zwei Drittel der Schulzulagen tragen wird, seien der Stadt weitere 500 000 M. Ausgaben. Insgesamt würden sich dann der Haushalt auf über 1½ Millionen M. wieder seine Deckung vorhanden. Der Bürgermeister erklärte, dass die Stadt vor dem Ruin stehe, wenn ihre Einnahmen verschwunden wären.

Markneukirchen. Infolge des Umsichtkreisens der Maule und Klauen rückt diesseits und jenseits der Thüringisch-sächsischen Grenze hat sich die Amtshauptmannschaft Döbeln gezwungen, die Biehelnfeste Wernigerode vollständig zu sperren und für die oberlausitzischen Grenzortschaften besonders strenge Abwehrmaßregeln zu treffen.

Hohenstein-Ernstthal. Die Stadtverordneten haben einen Antrag angenommen, im nächstjährigen Haushaltplan einen Betrag für Einführung der kommunalen Totenbestattung einzustellen.

Bengkulu. Bei der Elternratswahl machten von 1293 Stimmberechtigten nur 423 von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Auf Liste I des Gewerkschaftsvereins entfielen 158 und auf Liste II des evangelischen Elternvereins 267 Stimmen.

#### Allgemeine Ortskrankenhaus für die Stadt Leipzig.

Meldung über die Geschäftsbewegung im Monat September 1921.

Die Ortskrankenkasse zählte am 30. September 218026 (210507) Mitglieder und zwar 118 948 (116 970) männliche und 90 088 (93 507) weibliche Personen. Hierzu entfallen 4671 Mitglieder auf die Erwerbslosen. Meldungen einschl. zw. Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung gingen ein: 39 768 (29 250) und zwar 21 251 (14 701) M. und 18 039 (14 549) Abmeldungen.

Mitgliedsbücher waren 2805 (2016) auszufertigen. Krankenanmeldungen erfolgten von 3751 (3109) männlichen, 4502 (4010) weiblichen erwerbsfähigen Mitgliedern einschl. 368 (476) Wöchnerinnen. Krankenhauspflege erhielten 738 (718) Mitglieder, also ca. der 11. Teil der sämtlichen erwerbsfähig erkrankten Mit-

glieder. An Kranken-, Haus- und Wochengeld wurden im Monat September 3481 905,70 M. (2701 88,54 M.) gewährt, außerdem 122 834 M. (64 561,19 M.) an Sterbegeld und zwar 58 762 M. für Mitglieder und 64 108 M. für Angehörige. Die Ausgaben für das Wochengeld im September sind: für Wohenhilfe, Entbindungsostenkostenabzug und Beihilfe bei Schwangerschaftsbeschwerden an 363 Mitglieder 271 562,55 M., an 258 Familienangehörige 93 110 M. und an 32 Minderbemittelte 7297,85 M., zusammen also 371 989,00 M. Im Monat September entfallen ca. 144 191 M. bare Unterstützungen auf einen Tag. In den neun Monaten des laufenden Jahres wurden an Kranken-, Haus- und Wochengeld zusammen 23 195 554,56 M. (11 549 886,70 M.) und an Sterbegeld 802 599,61 M. (315 910,83 M.) ausgezahlt. Die vollen Leistungen der Kasse erhielten 64 Mitglieder. Von den 20 angestellten Krankenkontrolleuren wurden 17 532 und von den freiwilligen Krankenbegleitern nach den hier vorliegenden Mitteilungen 13 595 Besuche gemacht. Wegen Zuüberhandlungen gegen die Satzung wurden insgesamt 1201 schriftliche Anzeigen erstattet.

Im Berichtsmonat fanden Aufnahmen im Genesungsheim Augustusbad 39 männl., 84 weibl. Mitglieder in der Heimstätte Gleesberg — 43 " " " Hörlitz — 37 " " " Erholungsheim Raumhof 67 " — " " in Suntina: 106 männl., 164 weibl. Mitglieder

#### Gerichtssaal.

##### Schössingergericht.

Ein gestörtes Militärvereinsfest. Am 28. August wurde Erzberger ermordet, am 28. August erließ die Reichsregierung ein Verbot militärischer und nationalistischer Veranstaltungen. Für den 10. September aber plante der Militärverein Sellerhausen eine große Feier seines 25-jährigen Bestehens mit Festzug, Ansprachen und sonstigem Jubelzug. Dass es bei der gespannten politischen Lage eine Provokation der Bevölkerung bedeuten müsste, war ihm eingestandenermaßen klar, denn vor Gericht sagten die Zeugen aus, schon 14 Tage vor dem Feste sei der Vorstand benachrichtigt worden, man wolle das Fest stören! Trotzdem der Festzug und die militärischen Ansprachen von der Polizei verboten wurden, fand die Feier aber im Schlosshaus Sellerhausen statt. Die Bevölkerung empfand sie als eine nationalistische Demonstration und Hunderte von Menschen drängten in den Gartenzonen des Etablissements ein, um die Festlichkeit, die sie als mit dem Erfolg der Regierung in Widerspruch stehend ansah, zu verhindern.

In diesem Augenblick kam der Genosse Heinrich dazu, der der Menge erklärte, es sei unmöglich, dass alle zugleich in den Saal gehen könnten, man möge eine Kommission wählen, die prüfen solle, ob die Veranstaltung politisch erlaubt sei. Eine Kommission von 10 Mann wurde dazu beauftragt. Sie fand den Saal aber verschlossen, was ihren Verdacht, dass die gespannten politischen Lage eine Provokation der Bevölkerung bedeuten müsste, bestärkte. In der Gastwirtschaft trafen sie nach Heinrichs Schilderung den Wirt, der meinte, es genüge, wenn drei Männer mit in den Saal gingen. Er forderte Heinrich selbst auf, mitzugehen und dafür das Fest stören! Der Wirt schickte die drei Männer durch die Küche, sie fanden ein Vorstandsmitglied des Vereins und baten, ihnen die polizeiliche Genehmigung vorzuzeigen. Der Wirt hörte die Genehmigung hören wollen, aber nicht bekommen. Heinrich habe darauf die Anwesenden ersucht, binnen 10 Minuten den Saal zu räumen, sonst könne er nicht verhindern, dass die Leute aus dem Garten in den Saal drängen. Darauf sei ein Tumult entstanden, einige wollten sich der Auflösung nicht fügen, so dass er sie nochmals in ihrem eigenen Interesse ersucht, den Saal zu räumen. Er erklärte dann der Menge, dass die Teilnehmer den Saal verlassen würden, und sorgte dafür, dass sie nicht belästigt würden.

Die Menge war besonders deshalb erregt, weil sie einen Eilenburger Schuhmann, der in Uniform mit hohem rotem Stehkragen an der Feier teilnahm, für einen Offizier erkannt, denen in diesen Tagen das Tragen der Uniform verboten worden war. Der Kriminalkommissar Teutschner erklärte auch als Zeuge, ein Offizier in Uniform würde sich durch Teilnahme an dem Feste strafbar gemacht haben. Der gute Glaube der Menge und des Angeklagten war also zweifellos gegeben.

Die Zeugen sagten fast sämtlich gegen den Angeklagten aus.

Der Telephonrate ist am Sonntag geschlossen, Spieldateien sind an der Kasse des Sportplatzes Schötz abzugeben. Verjährung: Vorwurf-Wagen I-Wittenau-Wölkern 1:0:0. Vorwurf-Wurzen II-Wettmann-Wölkern 2:0:0. Serien Spiele am Sonntag, 21. Oktober, 2a-Klasse, Ohrgruppe, Vitteria 1912-Anger II-Schötzler II, Taunusdorf II-Wurzen II, 3a-Klasse, 10,30 Uhr, Rautenfels II-Vitteria 10-Uhr-Pauschal 31V, 4a-Klasse, Ohrgruppe, Vitteria 1912-Anger III-Neundorf IV, Probstheide II-Sachsen 07IV, 4b-Klasse, Ohrgruppe, Vitteria 1912-Eilenburg III-Eilenburg III, Neundorf II, 4. Klasse, Starbarmke, 0 Uhr, 10-Uhr-Wölkern II-Wölkern III-Weißbach II, 10,30 Uhr, Wölkern III-Gutshof IV, 5a-Klasse, Ohrgruppe, Ritteria-Tenda III-Hörselberg IV, 5b-Klasse, Ohrgruppe, Schötzler IV-Vitteria-Tenda IV, Hörselberg 4. Jugendklasse, Ohrgruppe, Schötzler III-Tenda-Tenda II.

Reu angelegte Spiele für 28. Oktober, 10,30 Uhr, Vitteria 1-Vitteria III, 9 Uhr, Rautenfels II-Schötzler II, 10,30 Uhr, Rautenfels IV-Schötzler IV-Schötzler III, 10 Uhr, Hörselberg II-Vitteria 1912-Anger II, 10,15 Uhr, Rautenfels II-Wurzen II, 8,30 Uhr, Rautenfels IV-Vitteria 1912-Anger III, 9 Uhr, Probstheide II-Sachsen 07 IV, 10,15 Uhr, Rautenfels III-Hörselberg II.

Serien Spiele am Sonntag, 20. Oktober, 1. Klasse, Gruppe A, 2,30 Uhr, Schötzler I-Wölkern I, 11,15 Uhr, Rautenfels I-Schötzler, Ausstellungsgelände, 11,15 Uhr, Wurzen I, 2. Klasse, Vitteria 1912-Anger II-Schötzler II-Sachsen II, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler I, 10,30 Uhr, Probstheide I-Wurzen I, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II.

Serien Spiele am Sonntag, 20. Oktober, 1. Klasse, Gruppe A, 2,30 Uhr, Schötzler I-Wölkern I, 11,15 Uhr, Rautenfels I-Schötzler, Ausstellungsgelände, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II, 10,30 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II, 11,15 Uhr, Vitteria 1912-Anger III-Schötzler II-Sachsen II.

Naturfreunde. Sämtliche Wanderungen am Sonntag, 21. Oktober, fallen aus. Dafür findet eine allgemeine Wandertag Pegau-Oschatz statt. Freitagsabend: Eintritt 20. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 21. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 22. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 23. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 24. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 25. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 26. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post", 27. Oktober, 19 Uhr, Hotel "Zur Post".

Arbeiter-Schwimmverein. Sonnabend, den 22. Oktober, Umzug der ausländigen Wähler im Volkshaus. Die Auswärtswirte wollen sich um 8 Uhr beim Gen. St. Sonnen melden, getragen werden und 20 Minuten später. Sonntag, den 23. Oktober, vormittags 9 Uhr, Kampfschwimmfest im Volkshaus, 1911 Uhr, Ausstellungsgelände im Carolodam. Den Anerkennungen der ausländischen Sportgruppen ist unbedingt halb zugestimmt. Jeder Teilnehmer muss rechtzeitig am Start erscheinen.

Nahfahrer, 17. Bezirk, Nahfahrten. Sonnabend, abends 8 Uhr, ab Weißig nach Grimma, abends 7 Uhr ab Schötzler-Jäger, Vitzsch, 1. Klasse, 11,15 Uhr, 2. Klasse, 12 Uhr, Rückweg 11 Uhr, 2. Klasse, 12 Uhr, 1. Klasse, 13 Uhr, 2. Klasse, 14 Uhr, 1. Klasse, 15 Uhr, 2. Klasse, 16 Uhr, 1. Klasse, 17 Uhr, 2. Klasse, 18 Uhr, 1. Klasse, 19 Uhr, 2. Klasse, 20 Uhr, 1. Klasse, 21 Uhr, 2. Klasse, 22 Uhr, 1. Klasse, 23 Uhr, 2. Klasse, 24 Uhr, 1. Klasse, 25 Uhr, 2. Klasse, 26 Uhr, 1. Klasse, 27 Uhr, 2. Klasse, 28 Uhr, 1. Klasse, 29 Uhr, 2. Klasse, 30 Uhr, 1. Klasse, 31 Uhr, 2. Klasse, 32 Uhr, 1. Klasse, 33 Uhr, 2. Klasse, 34 Uhr, 1. Klasse, 35 Uhr, 2. Klasse, 36 Uhr, 1. Klasse, 37 Uhr, 2. Klasse, 38 Uhr, 1. Klasse, 39 Uhr, 2. Klasse, 40 Uhr, 1. Klasse, 41 Uhr, 2. Klasse, 42 Uhr, 1. Klasse, 43 Uhr, 2. Klasse, 44 Uhr, 1. Klasse, 45 Uhr, 2. Klasse, 46 Uhr, 1. Klasse, 47 Uhr, 2. Klasse, 48 Uhr, 1. Klasse, 49 Uhr, 2. Klasse, 50 Uhr, 1. Klasse, 51 Uhr, 2. Klasse, 52 Uhr, 1. Klasse, 53 Uhr, 2. Klasse, 54 Uhr, 1. Klasse, 55 Uhr, 2. Klasse, 56 Uhr, 1. Klasse, 57 Uhr, 2. Klasse, 58 Uhr, 1. Klasse, 59 Uhr, 2. Klasse, 60 Uhr, 1. Klasse, 61 Uhr, 2. Klasse, 62 Uhr, 1. Klasse, 63 Uhr, 2. Klasse, 64 Uhr, 1. Klasse, 65 Uhr, 2. Klasse, 66 Uhr, 1. Klasse, 67 Uhr, 2. Klasse, 68 Uhr, 1. Klasse, 69 Uhr, 2. Klasse, 70 Uhr, 1. Klasse, 71 Uhr, 2. Klasse, 72 Uhr, 1. Klasse, 73 Uhr, 2. Klasse, 74 Uhr, 1. Klasse, 75 Uhr, 2. Klasse, 76 Uhr, 1. Klasse, 77 Uhr, 2. Klasse, 78 Uhr, 1. Klasse, 79 Uhr, 2. Klasse, 80 Uhr, 1. Klasse, 81 Uhr, 2. Klasse, 82 Uhr, 1. Klasse, 83 Uhr, 2. Klasse, 84 Uhr, 1. Klasse, 85 Uhr, 2. Klasse, 86 Uhr, 1. Klasse, 87 Uhr, 2. Klasse, 88 Uhr, 1. Klasse, 89 Uhr, 2. Klasse, 90 Uhr, 1. Klasse, 91 Uhr, 2. Klasse, 92 Uhr, 1. Klasse, 93 Uhr, 2. Klasse, 94 Uhr, 1. Klasse, 95 Uhr, 2. Klasse, 96 Uhr, 1. Klasse, 97 Uhr, 2. Klasse, 98 Uhr, 1. Klasse, 99 Uhr, 2. Klasse, 100 Uhr, 1. Klasse, 101 Uhr, 2. Klasse, 102 Uhr, 1. Klasse, 103 Uhr, 2. Klasse, 104 Uhr, 1. Klasse, 105 Uhr, 2. Klasse, 106 Uhr, 1. Klasse, 107 Uhr, 2. Klasse, 108 Uhr, 1. Klasse, 109 Uhr, 2. Klasse, 110 Uhr, 1. Klasse, 111 Uhr, 2. Klasse, 112 Uhr, 1. Klasse, 113 Uhr, 2. Klasse, 114 Uhr, 1. Klasse, 115 Uhr, 2. Klasse, 116 Uhr, 1. Klasse, 117 Uhr, 2. Klasse, 118 Uhr, 1. Klasse, 119 Uhr, 2. Klasse, 120 Uhr, 1. Klasse, 121 Uhr, 2. Klasse, 122 Uhr, 1. Klasse, 123 Uhr, 2. Klasse, 124 Uhr, 1. Klasse, 125 Uhr, 2. Klasse, 126 Uhr, 1. Klasse, 127 Uhr, 2. Klasse, 128 Uhr, 1. Klasse, 129 Uhr, 2. Klasse

Ein Mitglied des Vergnügungsausschusses und ein Vorstandsmitglied behaupteten, H. hätte überhaupt nicht nach der Genehmigung gefragt, sondern sofort im Saale, ohne den Hut abzunehmen, gerufen: „In 10 Minuten ist der Saal geräumt, sonst räumen wir!“ Und seine zwei Begleiter hätten noch hinzugefügt: „Draußen stehen 2000 Mann!“ Der Wirt hat zu einem der drei Männer gefragt, die Feier sei politisch erlaubt, er habe die Genehmigung geschenkt. Er weiß aber nicht, ob H. das gehört hat. Er hat die drei Männer in den Saal geführt, weil sie den Vorwiegenden, der die Genehmigung hatte, sprechen wollten.

Die Vereinsmitglieder sind der Ansicht, daß die Störung verabredet war, weil ihnen telefonisch aus Süßen mitgeteilt wurde, daß sich eine Menschenmenge angesammelt habe und unter Voranträgen einer roten Fahne nach ihrem Festlokal ziehe. Sie hatten in Erwartung der Störung schon lange die Haupttür zum Saal verschlossen. Auf die Polizei waren sie nicht besonders gut zu sprechen, da sie zu ihrem Schutz keine besonderen Vorbereitungen getroffen habe. Ein Junge berichtete entrüstet, ein Überwachungsmeister hätte sogar eine höhnische Miene gezogen. Auch am andern Tage seien sie noch freudentlich gefeiert worden. Beim Frühschoppen in der Süßen Aue spielte nämlich plötzlich, als die Kameraden in den Saal eintraten, der Musikautomat zweimal hintereinander den Sozialistenmarsch, was bei den Brämen eine kleine Panik hervorgerufen hätte!

Das Gericht verurteilte den Genossen Heinrich zum Dant dafür, daß er in einem kritischen Augenblick die Menge vor Unruhen bewahrte und weitere Provokationen durch den Militärverein verhinderte, zu zwei Wochen Gefängnis. Er hätte sich sagen müssen, daß die Veranstaltung vollzählig genehmigt war. Seine Behauptung, er habe das Beste beabsichtigt, kann als widerlegt gelten. Er habe zum mindesten die Teilnehmer mit schwerem Hausfriedensbruch bedroht. Der Tatbestand der Rüttigung sei somit erwiesen.

Wie wäre wohl die Sache abgelaufen, wenn Heinrich nicht eingetreten wäre und die Menge nicht zu ärgern versucht hätte? Verein und Wirt hätten ihn vielleicht auf den Knien gebeten, einzutreten und sie vor Schaden zu bewahren, wie er es freiwillig getan hat.

#### Reichsgericht.

##### Der Expressionsparagraph gegen Arbeiter.

Vom Landgericht Düsseldorf sind am 21. Februar eine Anzahl Fabrikarbeiter (Schlosser, Kfz. und Genossen) wegen gewalttätiger Expression zu je 1 Monat Gefängnis, der mildsten ausläßigen Strafe, verurteilt worden. Der Betriebsrat eines Werkes hatte am 18. August v. J. der Generaldirektion des Werkes die Bitte vorgebracht, den Arbeitern die als Steuern vom Lohn abgezogenen 10 Prozent zurückzuzahlen und von der weiteren Durchführung des Steuerabzuges abzusehen. Da den Betriebsräten erklärt wurde, daß der Verwaltung nicht das Recht zustehe, gesetzlich vorgeschriebene Maßnahmen zu unterlassen, so mußten sie unverrichteter Sache abziehen. In der Belegschaft entstand darauf große Erregung und sie entsandte einige Stunden später eine aus den Angeklagten bestehende Deputation an die Generaldirektion, um ihre Wünsche zu wiederholen. Nachdem die Angeklagten sich in das Verwaltungsgebäude begeben hatten, umstellt die gesamte Belegschaft das Gebäude. Die Angeklagten brachten dem Vertreter des Werkes gegenüber ihre Wünsche vor und bemerkten andre Fabriken hätten bereits die Lohnabzüge zurückgezahlt; sie, die Arbeiter, könnten das Geld gerade sehr sehr gut gebrauchen. Auf den Hinweis, daß ihr Verlangen ungerechtfertigt sei, erwiderten die Angeklagten, die Arbeiter würden, wenn ihr Verlangen nicht erfüllt werde, in verstärkte passive Resistenz eintreten. Einer von ihnen sprach auch von Beschädigung der Maschinen. Da die Fabrikleitung eine Störung des Betriebes befürchtete, so zahlte sie notgedrungen den Arbeitern den Lohnabzug zurück. Bei einer späteren Lohnzahlung wurde übrigens der zurückgezahlte Betrag abermals abgezogen. In dem Urteil heißt es: Die Leitung war verpflichtet, den Steuerabzug abzuweisen, was die Angeklagten wußten. Sie haben einen rechtswidrigen Vermögenswert erstritten und zur Erreichung derselben die Direktion mit einem Wechsel bedroht. Dieses bestand in der passiven Resistenz, d. h., die Arbeiter wollten so tun, als ob sie arbeiteten, und die Direktion hätte für nicht geleistete Arbeit Lohn zahlen müssen, also

solchen Schaden erlitten. Mit Strecke, so betont das Urteil ausdrücklich, haben die Angeklagten nicht gedroht; stattdessen waren sie nur deshalb, weil sie mit der verstärkten passiven Resistenz und mit dem Beschädigen der Maschinen drohten haben. In ihrer Revision gegen das Urteil behaupteten die Angeklagten, das Gesetz über den Lohnabzug sei zur Zeit der Tat von der interalliierten Kommission noch nicht genehmigt gewesen, habe also noch keine Geltung gehabt, woraus folge, daß das Vorzeichen der Angeklagten nicht unberechtigt war. Tatsächlich ist aber kein Einpruch gegen das Gesetz erhoben worden, es war also zur Zeit der Tat in Kraft. Da auch im übrigen gegen das Urteil Bedenken nicht zu erheben waren, verwart das Reichsgericht die Revision als unbegründet.

Ein Landesvertragsprozeß begann gestern vor dem vereinigten 2. und 3. Strafseminare des Reichsgerichtes. Unter der Anklage, seit 10 Jahren militärische Geheimnisse verraten zu haben, steht ein Mann, der im deutschen Heere 12 Jahre gedient, sodann verschiedene Vertrauensstellungen innegehabt hat und zuletzt bei der deutschen Gesandtschaft im Haag tätig war. Es ist der im September 1877 in Stettin geborene Oberfeuerwerker A. D. Paul Podanya. Der Eröffnungsbeschluß wirft dem Angeklagten zwei fortgeschreitende Handlungen von Landesverrat vor. Die erste Serie von Verbrechen besteht darin, daß er von 1908 bis zum Kriegsbeginn fortgängige Schriften und Zeichnungen, deren Geheimhaltung im Interesse der Verteidigung des Deutschen Reiches geboten war, in den Besitz feindlicher Spionagebüros hat gelangen lassen. Im Jahre 1907 hat er sich Geräte und Konstruktionsteile einer Feldhaubitze aus dem Artilleriedepot in Spandau durch Einbruch verschafft und an die französische Regierung geliefert. Die zweite Serie der dem Angeklagten zur Last gelegten Verbrechen besteht darin, daß er von 1914 ab während des Krieges den Feinden Vorschub geleistet und der deutschen Heeresmacht Nachteile auferlegt hat, indem er von Holland aus, während er im Dienste des Deutschen Reiches als Kanoneigentümer bei der deutschen Gesandtschaft im Haag angestellt war, den Russen, Engländern und Franzosen als Spion diente. Um 25. September 1919 wurde er festgenommen und seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Das Urteil ist am Sonnabend zu erwarten.

Rechtsprechung, die für die Allgemeinheit von sehr erheblichem Interesse ist. An der Hauptverhandlung gegen die Angeklagten hat nämlich ein in den Ruhestand versetzter Landgerichtsrat mitgewirkt, der wegen Mangels an Richtern als Hilfsrichter herbeigezogen worden ist. In der vom Verteidiger eingereichten Revisionsschrift wurde behauptet, das Gericht sei nicht vorschriftnäßig bestellt gewesen, weil der in den Ruhestand versetzte Landgerichtsrat mitgewirkt habe; es liege also absolute Nichtigkeit des Urteils vor. Zu fordern sei, daß das Gericht aus geschäftsmäßig zugelassenen unabhängigen Richtern zusammengesetzt sei. — Der Reichsanwalt hält die Mitwirkung des betreffenden Richters für unbedenklich, denn ein solcher sei offenbar den Akteuren gleichgestellt. Das Reichsgericht vertragte die Sache, um erst von dem preußischen Justizminister eine Auskunft einzuziehen, ob Richter, die ja im Ruhestand befinden, in Preußen als Hilfsrichter zulässig sind. Nachdem diese Auskunft eingegangen war, verhandelte der 1. Strafseminar in seiner leichten Sitzung die erwähnte Streitfrage nochmals. Die Auskunft des preußischen Justizministers ging dahin, daß man die Heranziehung in den Ruhestand versetzter Richter nach den Ausführungsgesetzen zu den 1878 und 1888 erlassenen Justizgesetzen ebenso zulässig halte wie die Beschäftigung von Akteuren als Hilfsrichter. Das Reichsgericht hob jedoch das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. Bei Bekanntfindung dieser Entscheidung wurde ganz besonders betont, daß es dem Reichsgericht zu seinem Bedauern nicht möglich gewesen sei, der Anschauung des preußischen Justizministers zu folgen. In dem erwähnten preußischen Ausführungsgesetz ist nur davon die Rede, daß Referendar und Akteure ausdifferenziert statt ordentliche Richter beschäftigt werden können. Die Tafelung der fraglichen Bestimmungen läßt keinen Zweifel darüber, daß der Gesetzgeber andere Personen als die noch in der Ausbildung begriffenen Richter für zulässig ansiehen wollte. Reichsgerichtlich ist die Frage der Beschäftigung von Hilfsrichtern nicht geregelt, diese Frage ist vielmehr den einzelnen Ländern überlassen geblieben. Da in Preußen diese Regelung bisher nicht in dem Sinne, wie er den jetzigen Zeiträumen entspricht, erfolgt ist, so ist die Mitwirkung in den Ruhestand versetzter Richter als unzulässig anzusehen und Urteile, die aus diesem Anlaß angefochten werden, unterliegen der Aufhebung.

#### Berksammlungskalender.

**Freitag, den 21. Oktober:**  
USPD. Alt-Leipzig, Westen I. Sanssouci, 1/8 Uhr.  
USPD. Großschober, Trompeter, 8 Uhr.  
USPD. Wahren, Birkenhöldchen, 1/8 Uhr.  
USPD. Cölnburg, Quelle, 8 Uhr.  
Metallarbeiter, Volkshaus, 1/7 Uhr.  
Steinmetzarbeiter, Volkshaus, 8 Uhr.

**Sonntagnachmittag, den 22. Oktober:**  
USPD. Kleinzschocher, Terrasse 8 Uhr.  
USPD. Döhl-Döhl, Park Döhl 8 Uhr.  
USPD. Borsdorf, Feldschlößchen 8 Uhr.  
USPD. Hanichen-Wüschena, Kaffee 8 Uhr.  
USPD. Marktpleiberg, Moders Gasthof 8 Uhr.  
USPD. Rüdmarsdorf, Stiefels Restaurant 8 Uhr.  
Heimattmonteure, Volkshaus 8 Uhr.  
Turnverein Vorwärts, S. Süd, Gambrinus 1/8 Uhr.

Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Tagen erschienen.

#### Briefkasten der Redaktion.

A. G. 65. 1. Alle Rechte des unehelichen Kindes können wir in einer Briefkastennotiz nicht wiedergeben. 2. Ein solches Recht steht dem Vater nicht zu. 3. Die Mutter braucht darin nicht einzustimmen. 1 Mt. Parteikasse.

D. P. 11. Ja, das können Sie tun, bis Ihr Sohn das 17. Lebensjahr vollendet hat. 2. Bestehen Sie nur beide auf diese Abzüge. Ihrer Frau stehen dieselben Rechte zu wie Ihnen.

Pächter Jäger. Mit solchen Mehrforderungen darf der Grundbesitzer nicht kommen. Wenden Sie sich an das Pachtvertragsamt Ihres Kreises.

B. B. 33. 1. So viel, wie zum Unterhalt des Kindes gebraucht wird. 2. u. 3. Es muß soviel Geld verlangt werden, daß die Sachen davon angeschafft werden können.

## Weisse Wand

Beginn 4 Uhr Ende 11 Uhr

Ab heute bis Montag!  
3 Sonder-Elite-Schlager

## Maria Magdalena

Erschütternde Liebes- u. Lebenstragödie nach dem gleichnamigen Trauerspiel von Friedrich Hebbel  
5 glänzende Abteilungen 5  
Hauptrolle: Luci Höhlich, Reinhold Schünzel und Eduard v. Winterstein.

## Haß und Liebe

Gewaltiger Spionageroman in 5 Akten 5

## Der Zwangsmieter!

2 Großer Lustspielschlager 2

ulige Akte

Sonnabend u. Sonntag Große Jugend-Vorstellung.

## Luna-

## Lichtspiele

L.-Eur., Schiebestri.

Freitag bis Montag! Anfang 6 und 8 1/4 Uhr

## Maciste III. Teil (letzter Teil)

Ferner: Der Hoteldieb mit der vierten Hand. 5 Akte.

**Achtung!**  
Prima frisches Hammelfleisch Pfund 10.  
Kalbsniere und Keule Pfund 13.  
Pfefferfleisch Pfund 12.  
Blut-, Leber- und Stilzenwurst Pfund 12.  
Gehacktes v. Irisch. Rindfleisch Pfund 12.  
Knackwurst Pfund 14.  
**Kurt Haft, Lind., Markt 16.**

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“ von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.

Leipziger Buchdruckerei A. G.  
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Klante-Konkurs.**  
Sämtliche Wollmächen sind stempelvollständig  
bis 1000 Mt. bis 10.000 Mt. 8 Mt.  
3000 Mt. 3 Mt. 20.000 Mt. 12 Mt.  
5000 Mt. 5 Mt. 30.000 Mt. 15 Mt.  
über 30.000 Mt. 20 Mt.

Zwecks Vertrieb g. Gläubigerverl. a. 27. bis w.  
um 1. Einzahlung der Geb. auf Postcheckkonto 56105  
A. Feistner, Leipzig-Eutritzsch, gebeten. Nach 25.  
eing. Zahlungen können nicht mehr berücksichtigt werden.



## Eröffnungs-Anzeige.

Größtenteils mit dem heutigen Tage im Grundstück Lange Str. 17

eine

## Roßflechterei mit Wurstfabrik.

Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, stets mit den billigsten Tagespreisen zu

Diensten zu stehen — Diese Woche offeriere ich

## la Roßfleisch

a Pfund Mt.

Empfehle mich und bitte um gütige Unterstützung.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Mahler, Lange Strasse 17 — Telephon 11816.

Notschlachtungen werden zu jeder Zeit ausgeführt.



## Achtung! Kein Gefrierfleisch!

Frisches Rindfleisch m. J. .... Pf. 10.00

Frisches Rindfleisch o. J. .... Pf. 12.00

Frisches Kalbfleisch .... Pf. 14.00 12.00

Frisches Hammelfleisch .... Pf. 13.00 12.00

Frisches Schweinefleisch .... Pf. 20.00 19.00

Frisches gehackt. Rindfleisch .... Pf. 12.00

Frisches geschabt. Rindfleisch .... Pf. 14.00

II. Fleischsalat und hausgemachte Wurst

täglich von 4 Uhr an

Warme Knoblauch, Wiener- u. Regensburg. Wurst

Strobel's Fleischerei

Leipzig-Bo., Kirchstraße 8, am Berge

Leipzig-Bo., Torgauer Straße 33.

Den Parteigenossinnen und Parteigenossen der U.G.P.D. empfehlen wir:

Die Rämpferin

Zeitschrift für Frauen und Mädchinen des werktätigen Volkes. Ercheint aller 14 Tage mit einer 4-monatlichen Kinderbeilage. Sie kostet die Einzelnummer 50 Pf. Durch die Organisation bezogen ist der Bezugspreis billiger.

Leipziger Buchdruckerei A. G.

Abteilung Buchhandlung

Tauchaer Straße 19/21.

Inserate sind nicht an die Redaktion, sondern an die Vertriebsagenten adressieren

Verkauf an jedermann!

Eingroßer Posten 145 cm breiter, blau u. schwarz

Extra-Preis Meter 55 Mk.

Hauskleiderstoffe, dunkle Stoffe, Mtr. 18.50

in Futter-Serge, 140 cm breit, Meter 45.00

Billigstes Haus für Gelegenheitsküpfe!

Tuchhaus Cohn Hardenberg-

straße 35.

Opel-Fabrikate!

Noch einige Kinder-, Promenaden-, Puppen-

wagen etc. zu herabgelegten Preisen. Sitzgäboden L.

## Fleischzentrale

43 Nürnberger Str. 43

Ecke Sternwartenstr. Fernsprech. 393.

Filiale: Leipzig-Schleußig

Blümnerstraße

## Gefrierrindfleisch

zum Kochen ..... Pfd. 4.50 bis 7.—

zum Braten ..... Pfd. 8.—

ohne Zul

Kleiner Anzeiger

Kaufgeschäfte

Wähm., a. Teitz., beste Warte.  
Schleif., Ll., Glemmerstr. 8.  
Mühmasch., auf nächst., vert.  
Kanne Kürtherstr. 11.

Vermischte Anzeigen

Rechtsbüro  
O. Dörrroth, L.-Lind.  
Aukturmstr. 4 - Tel. 43487.  
Prozeßvertretung, Gnaden-  
gesuch, Verträge, Testamente

Uhrmacher Urban  
Spezialist für Reparaturen  
Wächterstraße 26.

2 geförd. Saatmittel. Zuchtböse zum Decken.  
Deckgeld 10,- Markfleiberg.  
Bornaische Str. 94, Knöchner.

Bücher aller Art er-  
warten die Leser  
unter Zeitungsvorteil durch  
unsere Buchhandlung. Wenn  
Gewünschtes nicht auf Lager ist,  
wird es schnellstens bezogen. Die  
Filialen und die Ausländer der  
Volkszeitungnehmen Bestellung.  
Ferner Zeitschriften  
regelmäßig, logisch nach Er-  
scheinung, angeboten. Es wird  
gebeten, möglichst vor Beginn  
des Vierteljahrs die Reisebe-  
stellungen zu machen, damit  
auch die ersten Nummern des  
Vierteljahrs von uns recht-  
zeitig angestellt werden können.

Leipziger Buchdruckerei

Altengesellschaft

Abteil. Buchhandlung

Hauptgeschäft:

Leipzig, Tauchaer Str. 19/21

Filialen:

Volksbuch Leipzig, Zellerstr.

Leipzig-Ost, Elisabethstraße 19

Zündenau, Obermannstr. 1

Plagwitz, Weissenfelser Str.

Kleinmachnow, Dieskaustr.

Schönfeld, Stett. Str. 64

Zschöppen, Reichenh. Str.

Sötterlin, Herd.-Döll.-Str.

Connewitz, Bornaische Str.

Gohlis, Lindenholzer Str.

Entricha, Magdalenenstr.

Pennig-Leipzig, Haupstr. 87.

Wölpsig-Ehrenb., Wettinerstr.

In unserem Verlage  
ist erschienen:

Gerhart Seger

Kunst und histor.

Materialismus

Ein Beispiel neuer  
Kunstbeobachtung.

Preis 2 Mk.

Bestellungen nehmen  
Austräger und Filialen  
der Volkszeitung ent-  
gegen.

Leipziger Buchdruckerei A.-G.  
Abteil. Buchhandlung  
Tauchaer Straße 19/21.

Schweinsknochen Pf. 12.00 Spitzbein Pf. 10.00

Rind- und Schweinsnieren Pf. 10.00

Blut-, Leber- und Knackwurst Pf. 15.00

w. Fleischsalat, Leberwurst Pf. 3.50

en v. leibl.

Herden, Markthalle, Galerie, Stand 8

Paul Baumann

Fischwaren-Groß-  
Handlung

Windmühlenstr. 42

Blutfisch

Gold-Barsch Pf. 2.50 3 Pfund 7.00

Kabeljau :: Seelachs ohne

Fisch-Roteletten in feiner,  
fleischiger Qualität

Immer noch zu alten Preisen

Boll-Heringe Pf. 1.00, 1.50 Mt.

Hochfein fette Holländer und

Schotten-Heringe Pf. 4.00, 5.00 Mt.

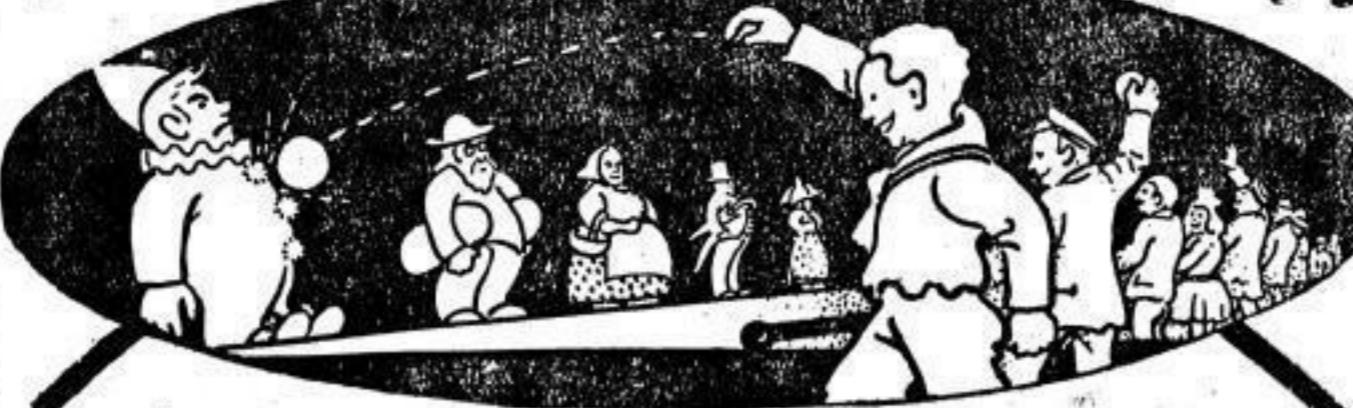
Originaltonnen zu billigen Preisen.

Kräuter-Fisch Pf. 1.00 Mt.

Räucherwaren, Delikatessen, Fischmarinaden

zu billigsten Tagespreisen.

# Sindet Belustigung in unserer Spielwaren-Abteilung



Wir bieten den Kindern Leipzigs u. Umgebung  
Gelegenheit sich in unserer Wurfbude Gewinne  
zu holen, die im Schokolade und Kuchen bestehen.  
Nur Kinder in Begleitung der Eltern sind zugelassen.

**Heute 3 Uhr  
nachmittags**

**Eröffnung**

unserer sehenswerten

**Spielwaren-Ausstellung**

Wir laden zur Besichtigung höfl. ein.

**Unsere Garnituren sind groß,  
Unsere Preise sehr niedrig**

**UHD**

Gebrüder

**Weizenmehl (rein) 3.30 Mk.**

Ellisabethstraße 1

Stötteritzer Straße 15.

Vonfinden am Sonnabend einen großen Tollen  
irische helle Landschweine à Pf. 17.50 M.

Kind- und Hammelsteife à Pf. 10 Pf. 17 M.

Giebert, Wolfswilh.

Empfehlung hiermit zu billigen  
Preisen meine altbekannten

**Marmeladen**

neuer  
Größe

|                             | Ausgewogen à Pf. | 1 Pf. Glas | 5 Pf. Gläser |
|-----------------------------|------------------|------------|--------------|
| Dreifruit.                  | 4.30             |            |              |
| Stachelbeer-Nektar          | 5.00             |            | 25.00        |
| Johannisbeer-Nektar         | 5.30             |            | 26.50        |
| Stachelbeer                 | 7.00             | 8.20       | 35.00        |
| Plaumen                     | 7.00             | 8.20       | 35.00        |
| Johannisbeer ohne Kern      | 7.50             | 8.70       | 37.50        |
| Himbeer                     | 8.00             | 9.20       | 40.00        |
| Kirsch                      | 8.00             | 9.20       | 40.00        |
| Erdbeer (äußerst preiswert) | 9.50             | 10.70      | 47.50        |
| Aprikosen                   | 11.00            | 12.20      | 55.00        |

Gleichzeitig empfehle ich mein reichhaltiges Lager in Obst- u. Gemüse-Konserven.

**Friedrich Hörig, Marmeladen- und Konserven-Fabrik**

Detaill-Versäule: Peterssteinweg 15 (Erdeneingang Büttelstr.) u. Lindenau, Leubnitzer Str. 14

**JUNGBORN**

Jungborn  
würzig und frisch  
für den Kaffeetisch

**Kornkaffee**

# Billige Seefischtage

Die großen Fänge sind bald zu Ende!

Die kluge Hausfrau viel Geld!

spart ..... wenn sie diese Woche Seefisch kocht.

■ Direkt vom Fangplatz ■

ff. blutfrischer Helgoländer

**Angel-Schellfisch 3 Pf. 500 M.**

■ Porronsische Pfund 1.75 M.

ff. lebendfrische grüne

**Heringe 3 Pf. 20 M.**

Gegen Abgabe von 10 Pfund Zeitungspapier

**Gratis!**

3 Pf. frische Seefische

1 Pf. Tafel-Senf ..... 1 Dose Fischmarinaden ....

Spezial-Herings- und Fischwaren-Großhandlung

**Walter Baumann**

Wurzner Straße 2a — Telefon 60721.

**Ia Fussbodenlackfarbe Kg.-Dose 19.00 M.**

bl. - u. mittelbraun, hl. - u. dunkelgrau, a. f. K.-Möbel

**Ia Fussbodenlack Kilo 24.00 u. 28.00 M.**

**Emaillelack feinst. blendend weiß Kilo-Dose 30.00 M.**

**Welsse Lackfarbe Kilo-Dose 24.00 M.**

Sämtl. Lacke, hart trockn., nicht abblätternd.

**Artur Reichel, Sidonienstraße 24**

Oel- und Lackfarben-Fabrik. Telefon 7266.

**Damen-Strickjacken**

Kinder-Garnituren/Kleidchen

aus reiner Wolle, nur bessere Qualitäten  
zu wirklich niedrigen Preisen

**W. Dahlhaus**

Passage Specks Hof, Reichsstr. 4-6, Laden 34

Nach mehrjähriger spezialistischer  
Ausbildung habe ich mich in

**Leipzig, Leibnizstraße 10**

als Spezialarzt für

Säuglings- und Kinder-Krankheiten

niedergelassen.

**Dr. med. Fritz Loebenstein**

Sprechzeit: vorm. 8-10 Uhr, nachm. 3-4 Uhr

Fernsprecher 11713

**Garnituren**

Ihren alten bewährten Parteigenossen

**RUDOLF WILLECKE**

und

**LUDWIG MARTIN**

zur Feier ihrer am 22. Oktober 1921  
stattfindenden Goldenen Hochzeit  
DIE BESTEN GLÜCKWUNSCHEN

Der Vorstand des Ortsvereins Alt-Leipzig  
Hauptvorstand der USPD, Groß-Leipzig  
Bezirksleitung der USPD, Leipzig

**Statt Karten!**

für die zahlreichen Spenden und Aufmerksamkeiten  
zu unserer Vermählung allen hierdurch wärmen

Dank; insbesondere dem Männergesangverein Leipzig,

Adalbert Günther, Zigarrenhändler,

Martha Günther, geb. Sollis,

Göttertzer Straße 17 und Neuenhainer Straße 7.

Die Beerdigung von Frau **Gertrud Illner**  
findet Sonnabend 4.3 Uhr auf dem Südfriedhof statt.

**Statt Karten.**

Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben unver-

glichen Enkelsohnen

**Ernst Richard Alfred Just**

sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche

uns durch Beileids-, Blumens- und Geldsachen

gekehrt haben, unteren besten Dank. Besonderen

Dank Herrn Dr. Kippelberger für seine trostenden

Worte am Grabe, ferner dem Männerchor Freie

Sänger St. Pauli, dem Ortsverein St. Pauli, dem Personal

der Firma B. G. Teubner, den Mitarbeitern der

Firma Adagast, den Hausbewohnern, die den ersten

Weisstesten liefteten, sowie allen denen, die ihn am

## Gewerkschaftsbewegung.

### Die Dreisäulentheorie des A. D. G. B.

In Nr. 240 der Leipziger Volkszeitung brachten wir unter obiger Überschrift einen Artikel, der sich mit der Stellung des Vorstands und des Bundesausschusses des ADGB zur Frage der Selbstständigkeit der Beamtenbewegung befasst. Im Nachstehenden geben wir einem Mitarbeiter des Wort, der die Sache von einem andern Gesichtspunkt aus beschreibt.

In Nr. 13–15 der Leipziger Volkszeitung dieses Jahres behandelte ich die „Zeitgemäßen Strömungen in der Beamtenbewegung“ und schloße dort, wie die Proletarisierung weiter Beamtenkreise von Reich, Staat und Gemeinde unwiderrücklich erfolkt und wie gerade in den Kreisen der unteren und mittleren Beamten der Solidaritätsgedanke mit der übrigen Arbeitnehmerchaft damit ständig Boden gewinnt, ohne doch natürlich irgendwelche trügerischen Hoffnungen in eine besonders rasche Entwicklung dieser Bewegung gehegt werden könnten. Die allgemeine Rechtentwicklung, die in Arbeitnehmertreinen gerade in diesem Jahre noch Fortschritte gemacht hat, könnte natürlich die erwünschte freigewerkschaftliche Umbildung der Beamtenbewegung nicht fördern, sondern müsste sie, besonders bei der noch immer herrschenden Geheimratsewirtschaft und bei den Ideen, die leider in weiten Beamtenkreisen nach wie vor herrschen, sogar hemmen. Die aewerkschaftliche Richtungsbildung in der deutschen Beamtenbewegung ist durch allerhand Erscheinungen zurißigdrängt worden, so daß tatsächlich noch jede klare Aussicht fehlt.

Für die freigewerkschaftlichen Spartenorganisationen der Arbeiter und Angestellten, die zweifellos erkannt haben, daß wir bei wirtschaftlichen Umgestaltungen auch der Mitwirkung der Beamtenchaft nicht entfliehen können, gibt es verschlechte Möglichkeiten der Stellungnahme zur leichten Beamtenbewegung in Deutschland. Ich möchte diese durch folgende drei kennzeichnen:

1. abwartende Haltung, bei der wir die Dinge ihren Lauf lassen, vielleicht mit der stillen Hoffnung, daß die deutsche Beamtenchaft allmählich die Wege geht, die die wirtschaftliche Entwicklung vorschreibt und die die übrige freigewerkschaftliche Arbeitnehmerchaft für auch in ihrem Interesse liegend ansehen würde;
2. standhaftes Vortrennen fortgeschichtlicher Gruppen und Bekämpfung der Haltung des Deutschen Beamtenbundes auch auf die Gefahr hin, so schließlich ein Abwenden, statt ein Zutun zu der 10 Millionen starken freien Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu erwirken, und
3. grundjährige Verstärkung der Spartenorganisation der Beamtenchaft und fiktive Förderung der dem Solidaritätsgedanken zukommenden Teile der Beamtenchaft.

Den Leitungen des ADGB und des Aia-Bundes müßte zweifellos der Vorwurf der Unzähligkeit gemacht werden, wenn sie nicht die Auswirkung der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Beamtenchaft erkennen und durch ihre Haltung die freigewerkschaftlichen Strömungen stärken würden. Zweifellos hat der Vorstand des ADGB die 3. und meines Erachtens sicherlich Möglichkeit herausgegriffen. Der Erfolg scheint wohl so am meisten gewährleistet, vorausgelebt allerdings, daß auch von den Einzelorganisationen im ADGB richtig gehandelt wird.

Fest steht, daß die Weimarer Verfassung den Beamten andre Rechte einräumt, als den Arbeitern und Angestellten. Diese Rechte beruhen z. T. auf alten Überlieferungen. Gegen die Besitzklausur früherer Rechte von Arbeitnehmern in der neuen Verfassung hätten sich zweifellos alle Gewerkschaften gewandt, denn Verschlechterungen für Arbeitnehmer irgendwelcher Kategorie laufen durchaus nicht in der Revolution begründet. — Die Verfassung ist von den freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten und vom Deutschen Beamtenbund 1920 (Kapp-Putsch) und auch später verteidigt worden.

Die völlig anders gearteten Verhältnisse rechtlicher und zum grünen Teil auch wirtschaftlicher Natur lassen zweifellos das Bestehen einer eignen Spartenorganisation für angebracht erscheinen. Dies um so mehr, als die Bearbeitung von Beamtenfragen so unangenehme Spezialkenntnis erforderlich macht, daß die Bearbeitung zweckmäßig durch eine eigne Spartenorganisation erfolgt, die natürlich sich in den Rahmen der freien Arbeitnehmerbewegung einzuladen hat. Der Gedanke, durch ein Kartell der Spartenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinschaftliche und bindende Beschlüsse bei wichtigen Anlässen zu fassen, die Durchführung aber unter Anwendung der für jede dieser Arbeitnehmergruppen nötigen taktischen Maßnahmen den Spartenorganisationen zu überlassen, liegt zweifellos im Interesse des vom ADGB und Aia-Bund gewünschten Fortschritts für die Arbeitnehmerbewegung. Nach den bisherigen Erfahrungen kann und muß zugesagt werden, daß bei dem Zugang von Mitgliedern und der Freiheit des Wirtschaftslebens die taktischen Auswertungen, wie sie durch die Trennung des ADGB und des Aia-Bundes erfolgen können, von Vorteil für das Vorwärtsstreben der Gesamtbewegung sind. Der gemeinschaftliche Gegner, das Kapital, betrachtet deshalb mit großem Misstrauen die Umgestaltungen in der Arbeitnehmerchaft.

Die Durchführung gemeinsamer Pläne der Arbeiter, Angestellten und Beamten, beraten von dem Kartell aller drei Spartenorganisationen, wird taktische Abweichungen innerhalb dieser Gruppen im Interesse der Sache oft notwendig machen. Woraus es nun vielmehr kommt, ist, daß endlich der Deutsche Beamtenbund zu einer Stellungnahme für oder wider die freigewerkschaftliche Arbeitnehmerbewegung gebracht wird. Uns muß zweifellos viel daran liegen, auch die Beamtenchaft zu den freien Gewerkschaften herüberzuholen, und das kann wohl am besten geschehen, wenn alle jene unteren und mittleren Beamtengruppen, auch als Teile von freien Arbeitnehmerorganisationen, ihre Tätigkeit innerhalb des Deutschen Beamtenbundes im Sinne dieser Entwicklung aufnehmen. Natürlich ist das nicht den Zuhörern enden, sondern den vorvoran dem Deutschen Beamtenbund angeschlossenen Mitgliedern möglich. Leider ist hierbei gerade sehr viel verabsäumt worden, so daß bisher nicht die notwendige Stärkung des gewerkschaftlich-radikalen Flügels im Deutschen Beamtenbund erzielt wurde. Für den Deutschen Eisenbahnerverband und den Deutschen Verkehrsverbund trifft nach meinem Dafürhalten, ohne daß dabei irgendwelche Stellungnahme als Mitglied einer der sozialistischen Parteien einen Ein-

fluß ausüben kann, ernstlich die Frage auf, „wie kann durch die in den genannten beiden Organisationen zusammeneschlossenen unteren und mittleren Beamten die im Deutschen Beamtenbund verbundene Strömung zur freien Gewerkschaft gefördert werden?“ Starke Minderheiten sind im Deutschen Beamtenbund auf dem richtigen Wege und ihre Stärkung wird herzligsterweise der Leitung des ADGB, mit der Anerkennung der Dreisäulentheorie versollt.

Die Gründe, die in vorstehendem Artikel zugunsten der Dreisäulentheorie angeschaut werden, sind gewiß beachtenswert und kein ernsthafter Gewerkschafter wird gebetenlos an ihnen vorübergehen. Aber es scheint doch, als ob der Verfasser des Artikels die Tendenz der Ausführungen in Nr. 240 der L. B. verkannt hat. Wir haben uns dort nicht gegen die Dreisäulentheorie schlechthin gewendet, sondern dagegen, daß der Vorstand des ADGB, ja vielleicht auch nur ein Mitglied desselben, selbstherholt eine Entscheidung getroffen hat dahingehend, daß alle Beamten, also auch diejenigen, die jetzt einer freien Gewerkschaft angehören, verpflichtet seien, Mitglied einer dem Deutschen Beamtenbund zu gehörigen Organisation zu werden.

Dieses Machtsburgnis besteht, wie der Vorstand des ADGB, noch ein Mitglied desselben. Nur die Mitglieder der Gewerkschaften, vertreten durch die gewählten Delegierten eines Gewerkschaftsvertrages, können derartige in die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung tiefschneidende Entscheidungen treffen. Die Innungsleitung hat in der Arbeiterbewegung Unheil genau angerichtet. Es wird höchste Zeit, daß sich die organisierten Arbeiter dagegen ausschließen. Das Verhältnis zum Deutschen Beamtenbund regelt sich nach den Beschlüssen des Nürnberger Gewerkschaftstagess. Solange mit dem Beamtenbund kein Kartellverhältnis besteht, hat der Vorstand des ADGB, kein Recht, den in freien Gewerkschaften organisierten Beamten zu empfehlen, sich dem Deutschen Beamtenbund anzuschließen.

Aber auch sachlich sind wir mit den im vorstehenden Artikel gemachten Ausführungen nicht ganz einverstanden. Zur erfolgreichen Durchführung eines Kampfes ist es nicht nur notwendig,

Wintervorräte und Kleidung die sofortige Vorauszahlung eines ungünstigen Betrages auf die zu erwartenden Mehrbezüge. Die Reichspostgewerkschaft hat diesen Beschluß dem Deutschen Beamtenbund zur nachdrücklichen und schlesischen Vertrittung bei den maßgebenden Stellen übermittelt.“

### Schiedsspruch im Leipziger Fleischergewerbe.

Um 28. September ist folgender Schiedsspruch gefallt worden: „Der für die Fleischergefäßen in allen Landesleistungsbetrieben von Leipzig-Stadt und -Land neu abzuschließende Lohntarif sieht folgende Sätze vor:

für Gesellen nach beendeter 3jähriger Lehrzeit bis zum 5. Berufsjahr einschließlich wöchentlich 205 M.

für Gesellen bis zum 7. Berufsjahr „ 250 „

“ “ 10. „ 290 „

“ “ 15. „ 310 „

“ mit mehr als 15 Berufsjahren „ 325 „

Verheiratete Gesellen erhalten wöchentlich 15 M. mehr. Für gewährte Rost und Wohnung werden wöchentlich 80 M. von den vorstehenden Löhnern abgezogen.“

Die organisierten Fleischergefäßen haben diesem Schiedsspruch zugestimmt, obwohl dasselbe nicht an die ursprünglich aufgestellte Forderung heranreicht.

Die Tarifkommission der Fleischerinnung, die selbst zu den Verhandlungen am Schlüttungsausschluß anwesend war, hat den Innungsmitgliedern den Schiedsspruch vorenthalten und über die Köpfe der Innungsmitglieder hinweg mit den Gelben einen Vertrag abgeschlossen.

Die organisierten Gehilfen haben keine Lust mehr, sich noch länger an der Rose herumführen zu lassen. Wenn nicht in kürzester Frist die Forderungen anerkannt werden, wird die Organisation entsprechende Schritte einsetzen.

Zentralverband der Fleischer und Verfugsgenossen Deutschlands.

### Der Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe.

#### Noch keine Einigung.

Am Dienstagabend beschäftigte sich eine Funktionärversammlung der Berliner Buchdrucker mit dem Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe. Alle Redner waren der Auffassung, daß der Kampf der Buchdrucker bei der Firma Mosse die Solidarität aller erfordere. Ein telefonisches Angebot des Reichsarbeitsministers, die Belegschaft von Mosse möge sich unter Vorbehalt bereit erklären, die Arbeit aufzunehmen, wenn Minister Braun sich persönlich für die Einigung einsetze, wurde von der Versammlung enttäuscht abgelehnt. Eine Resolution sprach den ausgesperrten Buchdruckern der Firma Mosse ihre Sympathie aus und forderte die sofortige Einberufung der Lohnkommission. Am Montag findet eine neue Funktionärversammlung statt.

### Ein neuer Werkarbeiterstreit in Hamburg.

Die Werkarbeiter Hamburgs sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Anzahl Werkarbeiter haben bereits, trotz Abzugsrats der Führer, die Arbeit niedergelegt.

### Die Arbeiter im Zeitschriftengebiet gegen das letzte Lohnabkommen.

Die Belegschaften des Zeitschriftengebietes sind mit den letzten Lohn erhöhungen unzufrieden. In Verhandlungen der Betriebsräte wurde deshalb eine Entschließung geübt, in der dem Zentralvorstand der Belegschaften das Misstrauen ausgesprochen wird.

### Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1920.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands veröffentlicht in Nr. 10 die Jahresstatistik des christlichen Gesamtverbandes vom Jahre 1920. Die Mitgliederzahl betrug im Jahresdurchschnitt 1 076 792, am Ende des Jahres 1 105 804 (1919 1 000 770). Die Gesamteinnahmen betrugen 84 815 200 M., die Gesamtausgaben 63 413 688 M. Das Gesamtvermögen beträgt 42 413 950 M. Von den 25 christlichen Verbänden haben drei über 100 000 Mitglieder, und zwar die Verbände der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Textilarbeiter.

### Ein Kongress der deutschen Theaterregisseure.

Die in der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger organisierten künstlerischen Bühnenvorstände der deutschen Theater sind aus dem ganzen Reich zu einer zweitägigen Sitzung in Berlin zusammengekommen. Sie haben wichtige Beschlüsse zum Schutz und zur Wahrung ihrer künstlerischen und wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten gefaßt, die die Unterlagen für die abzuschließenden Tarifverträge bilden sollen.

Die Versammlung hat des weiteren festgestellt, daß die ideale Einstellung für die Kunst des Theaters und der damit verbundene Opfermut in weiten Kreisen der Künstlerschaft, vor allem aber in Berlin, immer mehr im Schwinden ist und daß die Not der Zeit einen Materialismus erweckt hat, der wertvolle künstlerische Kräfte dem Theater abwendig macht.

Die künstlerischen Bühnenvorstände erheben ihre warnende Stimme und richten einen ernsten Appell an alle Kollegen, in besitzer Verlustfreudigkeit und erster Liebe sich wieder den hohen Aufgaben des Theaters zuwenden.

### Zum Monats- u. Quartalschlüß

werden die verehrlichen Postabonnenten um die rechtzeitige Erneuerung ihrer Bestellung beim Briefträger oder bei dem Postamt ihres Wohnortes gebeten. Um Versägerungen in der Zustellung zu vermeiden, empfiehlt sich die Erneuerung oder Neubestellung schon einige Tage vorher!



Besichtigen Sie unsere 9 grossen Schaufenster!



# Welt-Theater

Barfußgasse — Am Markt.

Wegen Nichteintreffen des Films mußte

## Weib / Wahn / Wahrheit

verlegt werden.

Dafür ist es uns unter großem Kostenaufwand gelungen, für unser Theater das Erst-Aufführungsrecht von nachstehendem Film, der in Groß-Hamburg von der Trauneck-Film G. m. b. H. aufgenommen und hergestellt wurde, zu erwerben.

— In diesem Film spielen die Hauptrollen nur erste Hamburger Bühnengrößen und vor allem der **blitzende neue Filmstern**, die entzückende

## TRAUTE TRAUNECK

Nur 7 Tage (21. bis 27./10.) gelangt dieser Film zur Vorführung!

Ab heute:

## Die Gassenkönigin.

Sittendrama in einem Vorspiel und fünf Akten.

Die „Lichtbildbühne“ schreibt:

Der Verfasser Fred Feldern hat mit diesem Manuskript einen klaren, bis zur letzten Szene spannenden Film aufgebaut, der von jedwedem Kitsch frei ist! Die Titelrolle — eine Doppelrolle — spielt Traute Trauneck. Bewunderungswürdig, wie sie als Komtesse sich in die Herzen der Zuschauer hineinspielt, staunenswert, wie fein nuanciert sie das Gassenmädchen Lotte Richter darzustellen weiß! Hermann Wiach, der erste Charakterdarsteller des Schauspielhauses, spielte seinen Maler Kurt Hardegg in der ihm eigenen interessanten Weise, eine auszeichnende, vollendete Leistung! Erich Möller vom Wiesbadener Residenztheater war ein Baron im edelsten Sinne des Wortes! Gute, teilweise sogar ausgezeichnete Figuren boten Artur Beder von den Kammerspielen, Katharina Kock vom Stadttheater in Leipzig und vor allem Ernst Hallenstein vom Thalia-theater als Förster, diesen des öfteren im Film zu sehen, müßte eine wahre Freude sein! Alfred Möller führte in umsichtiger und überlegener Weise die Regie!

Außerdem:

## Das schleichende Gift.

Ein Stück Leben.

Sitten- und Gesellschafts-Drama.

mit  
**Lissy Lind**  
Olga Engl

in 5  
Akten

mit  
**Rudi Klein-Roden**  
**Hugo Flink u. a.**

Beginn: Sonntags 3½ Uhr, sonst 4 Uhr.

Gewaschen mit

# Dixin



Henkel's

Seifenpulver

Hersteller:  
Henkel & Cie  
Düsseldorf.

## Licht- U.T. Spiele

Hainstr. 19, Tel. 3187

Täglich 11 Akte **Großes Doppel-Programm**

Die große Premiere! Paul Heidemann Die große Premiere!

## Baron Bunny's Erlebnisse

Eine Liebesgeschichte auf Spiel und Wette, in dem Paul Heidemann und Carola Toelle alles von Ihnen bisher gespielte übertreffen!!

6 Akte 6 Akte

Täglich 11 Akte

**Das Glück der Irren**

oder:  
**Verschmahte Liebe**

mit Marija Leiko.

Inhalt: Das Schicksal eines jung. Mädchens, welches, von ihrem Liebhaber betrogen, das Elternhaus verlassen muß, vor Blend. Hunger und aus Liebe zu ihrem Kinde in der Verzweiflung sich dem Strudel der Großstadt preisgibt, später im Irrenhaus vor den Augen ihres Kindes Vaters ihr Glück findet.

5 Akte 5 Akte

Einlaß 3½, Anfang 4 Uhr.

Büchner **U.T.** Straße 19

LINDENAUER LICHTSPIELHAUS

In Lindenau herrscht Freude, weil der

## 7 Akter Tarzan 7 Akter

läuft ab heutel

Den Original-Amerikaner muß ein jeder sehn. Wir bitten um zeitigen Kommen, sonst müssen Sie stahn! Nicht zu vergleichen mit Filmen ähnlichen Titels. Alle in dieser Sensation verwandten Tiere. Löwen, Tiger, Leoparden, Elefanten, Affen usw. sind echt. — Fabelhafte Aufnahmen, Todesverachtung der Schauspieler.

Außerdem die amerikan. Detektiv-Sensation

## Der verlorene Postsack!

Als Extra-Einlage das tolle Lustspiel

## Wenns ihm zu wohl ist!

Täglich! Verstärktes Orchester. Täglich!

Parole: Auf ins Lichtspielhaus!

## HANSA-LICHTSPIELE

Zelitzer Straße 8 Zelitzer Straße 8

Ab Freitag bis Montag  
Die Fortsetzung des amerikanischen Sensations-Films

## Goliath Armstrong

II. Teil:

## Auf Leben und Tod

6 Akte.

Außerdem Jimmy Valentine:  
**Der Flüchtling aus Sing-Sing**

Spannendes Detektiv-Schauspiel in 5 Akten.  
Anfang wochentags 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

## Lichtspiele Zschocher

Telephon 40960 Inhaber: M. Raschke

Ab Freitag bis Montag

Das grosse Doppelprogramm.

Nach dem Roman von Victor Hugo

## DER STRÄFLING VON CAYENNE

6 Akte von F. CARLSSEN mit

FRIEDRICH ZELNIK.

Ferner:

## Goliath Armstrong

6. und letzter Teil: Entlarvt,

Sensationsfilm in 6 Akten.

Erstklassig. Künstler-Sextett.

Einlaß 5 Uhr.

## Central - Lichtspiele

L.-Lindenau, Gundorfer Str. 11

Ab Freitag bis Montag

Der große amerikanische Riesen-Sensationsfilm

## Goliath Armstrong III. Teil

Das Haus der 1000 Gefahren"

6 fabelhafte Akte. Von Teil zu Teil spannender.

Der 3. Teil bringt Sensationen, wie sie bisher noch nicht gezeigt wurden.

Außerdem ein erstklassiges Beiprogramm.

Voranzeige: Alleiniges Erstaufführungsergänzung für L-West

Tarzan I. Teil - 8 Akte, II. Teil (Schluß) 7 Akte

Nicht zu verwechseln mit Tarzan III.

Skatspieler finden  
ab 2 Uhr  
W. Schäfer, Berliner Str. 26.

## Tapeten

## Wachstube

□ Mr. A 18.— b. # 48.—

Taschen, Mappen  
Windelhöschen  
Bettsteinlagen

Bernh. Reitler  
Eisenbahnstraße 99  
an der Elisabethbrücke \*

Tapeten, Rolle 1.00 an  
Borte, Meter 5 Biß, an  
100 Briefm. ½ 25.—  
Geschäftsumsatz 100 3.  
Wachstuchreste billig.

Tapeten-Körner  
Elisabethstraße 54, Ecke Körnerstr.  
Rein Laden!

Wo kaufst man  
einen neuen  
Herren-Hut

billig und gut  
für 30 Mark?

In der

Leipzig. Hutpresserei  
Ortmannscher Stelnweg 6  
Wertheile Hof rechts.

II Akte.

## Umsonst

Ihr Suchen, wenns \*

getragene, auch neue

Ulster u. Joppen

Anzüge.

Militär-, geflochten u. hämtl.

Hosen

Schuhe u. Stiefel

sind am billigsten nur bei

Kanner

Wurzner Str. 15 a.

## Geschäfts- Druckfachen

Februar 9. Qrt. 4596

Leipziger

Buchdruckerei

Baudienststelle 10/21

II Akte.

## Vergnügungspark Meusdorf

Fernruf 3872 / Inh. Arno Trommer / Straßenbahn 16  
Ab Endstation Omnibusverkehr

Morgen Sonnabend, 6.30 Uhr

Sonntag 4 Uhr

im herrlich dekorierten größten Festsaal  
Deutschlands

## Letzte große Okttoberfeste

Ball-Musik Original-Bauern-Kapelle (25 Mann)

Der grosse Saal eine Oktoberwiese

mit vielen Überraschungen

Stimmung — Betrieb — Humor

In der Parkfesthalle eigener Hippodrom  
mit gutgeschulten Pferden

## U.T. L.-Connewitz

Pegauer Straße 12a, am Kreuz.

Von Freitag, den 21.—24. Oktober

Großes Doppel-Programm.

Der vielgelesene Courths-Mahler-Roman

## Deines Bruders Weib

Drama in 5 Akten nach dem gleichnamigen

Roman von H. Courths-Mahler.

Außerdem

## Der Silberkönig

IV. und letzter Teil

Rochesterstreet 29.

In den Hauptrollen

Bruno Kastner — Eva Speier

Karl Platen.

Musik: la Künstler-Orchester.

## Filmpalast.

Ab heute bis Montag:

Das grosse Elite-Programm:

## Die fremde Frau.

Geschichte eines gebrochenen Herzens.

Ein herrlicher Amerik.-Film in 5 ergreifenden Akten.

Ferner:

Guxus-Schieber.

Hauptrolle Mia Pankau.

Ferner:

Die Siebeskur.

Lustspiel in 2 Akten.

# Rechtliche Bekanntmachungen.

## 2000 Mark Belohnung!

In der Zeit zwischen dem 8. und 11. Oktober 1921 sind aus einem Lager in der Reichstraße in Leipzig 10 gebündelte Kreuzschnüre, gezeichnet mit der Nummer 423 in vier Centimeter hohen Zahlen in schwarzer Farbe, gestohlen worden.

Der Geschädigte lebt auf Ermittlung des Dibes eine Belohnung von 1000 Mark und auf Wiedererlangung der gestohlenen Helle eine solche von gleichfalls 1000 Mark aus, deren Verteilung durch das Polizeiamt unter Ausschluss des Rechts wegen erfolgen soll.

Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens an die Kriminalabteilung zu Kt. A. XIII. 2399/21 erbeten.

Leipzig, den 20. Oktober 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Die Reichsschuhwaren für Minderbemittelte sind vorläufig ausverkauft.

Das Beauftragungsamt des Rates der Stadt Leipzig.

## Gefunden

wurden in der Zeit vom 1. bis mit 15. Oktober 1921 folgende Gegenstände: Betrage von 50, 46, 20, 15, 7, 50, 7 und 4,70 Mt. und 2 Brotsäcken, Geldbüchsen mit 679, 410 (im Sept.), 103, 50, 85, 50, 36, 75, 30, 35, 23, 15, 22, 80, 20, 30, 8, 15, 7, 50, 7, 5, 75, 4, 05, 4 und 3 Mt., 1 gold, Damenuhr (im Sept.), 1 Damen-Schlüssel mit gold Kette, 1 tulafab, Damen-Armbanduhren (eine 1917), 1 lofer Brillen (1917 oder 1918), 1 gold, Ring, 2 gold, Trauringe, 2 gold, Armbänder, 1 weiße Kette, 2 gold, Broschen, eine mit Bild, 2 Leibhauseinschne, 6 Klemmer, 5 Brillen, 3 Handtaschen, eine mit 20,75 Mt., 3 Schirme, 3 Spazierstöcke, 1 Handfotter, 2 Zigarettentaschen, eine mit 58 Mt., 2 Wachsstickmappen, eine mit Büchern, 2 Damenärmel, 1 Opernglas, 1 Taschenmeister, 1 Pistole, 1 Luftgewehr, 1 Dolch und 1 Schürze, 2 Weisheit, 1 Landessiegelsammlung, 1 Herrenmantel, 1 Herrenweste, 1 Herrenhut, 1 Kindermantel, 1 Kinderweste, 1 Kinderhut, 1 Infanteriemütze, 1 Paar Handschuhe, 1 Damenhemd und 1 Knäuel Stoffgarn, 1 Kinderlederhose, 1 Hose und 1 Schürze, 2 Vorhängen und 3 Krägen, 1 Bluse mit Aufzugsbretter, 1 Stoffarbeit, 26 Päckchen Kunstdräse, 1 Brotsack (im Juni), eine Anzahl Schlüssel, 1 Kalbslunge, 1 Wickerkiste, 1 Hebebaum, 1 Fahrradlaterne, 1 Schraubenschlüssel.

1 Schlußverschluß, 1 Heugabel, 1 Hundemaulkorb, 1 Spülapparat, 1 Sad gebrannte Kerze, 1 Gummihandschuh, 1 Haarspange, 1 vierzähl. Handwagen; ausgelassen sind: 4 Hunde.

Jerner wurde als vermutlich gestohlen hier eingeliefert: 1 Geldbäschchen mit 24,60 Mt.

Zur Ermittlung der Eigentümer wird dies hierdurch benannt gemacht.

Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß die im September 1920 bei uns eingelieferten Fundgegenstände, zu denen sich keine Eigentümer gemeldet haben, von den Kindern gegen gebrochenen Ausweis in unserem Fundbüro, Dittrichring 3 E. II., wieder in Empfang genommen werden können.

Leipzig, am 17. Oktober 1921.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

**Taucha.** Wegen Reinigung bleibt das Rathaus einschließlich der Sparkasse Montag und Dienstag, den 24. und 25. Oktober 1921 geschlossen. Zur die Anmeldung von Sterbefällen ist das Standesamt Dienstag von 11–12 Uhr geöffnet.

Der XIV. Nachtrag zur biesigen Gemeindesteuerordnung – Schankeraubsteuer betr. – liegt vom 21. Oktober 1921 ab 14 Tage zur Einsichtnahme in unserer Stadtbüreauinnahme.

Taucha, am 19. Oktober 1921. Der Stadtrat.

## Jahrmarkt in Rötha.

Sonntag, den 23., und Montag, den 24. Oktober 1921, findet in Rötha Jahrmarkt statt. In diesem Markt werden Verkaufsbuden und Stände verschiedenster Art aufgestellt und Verkäufe aller Art werden, soweit der Platz reicht, noch angeleistet. Rötha, am 12. Oktober 1921.

Der Bürgermeister.

**Sparfasse Engelsdorf-Sommerfeld-Mölkau**

Abnutz 3½%. Tägliche Verzinsung. Expeditiert wird jeden Werktag vormittags in Engelsdorf, Sommerfeld und Mölkau.

**Sparkasse Paunsdorf.**

Geschäftsstätte:

Montags bis Freitags 8–2 Uhr, Sonnabends 8–1 Uhr.

Zögliche Verzinsung mit 3½ Prozent.

Vollschekonto Leipzig Str. 41 390.

Kontrollmarken.

## Mitglieder des Konsum-Vereins!

### Kauft nur in Eurer Genossenschaft!



#### Arbeitsmarkt

**Zuverlässige Frauen** zum Ausfragen der Leipziger Volkszeitung für das Westviertel (Alt-Leipzig) gesucht zu melden bei Bestel, Thomaskirchstr. 2 (Konsum-Verein).

**Tüchtiger Metallschleifer** gefordert

M. Lipman, Galvan.-Austall u. Goblio, Holländische Str. 116.

**Mehrere tüchtige Handformer** für dauernde Beschäftigung sofort gesucht

Richard Klinkhardt,

Wurzen

Maschinenfabrik, Eisen- und Schmiede.

**Ofenleute** zum Aus- und Einfahren stellen ein Dampfzweckwerke Gundorf Otto Stölzel.

**Perfekte Maschinen-Zurichter** in dauernde Stellung sucht

Gebrüder Hecht Rauchwaren-Zurichterei Leipzig-Lind, Rautenkirchstr. 8.

Heimarbeitserinnen, möglichst Einzelnen, Haarstrudel, geblüm. Merseburgstr. 54, S. 14–17 Jahre, alleinmädchen, ob. Morgenmädchen, best. Haushalt, Str. Anthon. B. Höhler, 16, I.

**Verkäufer**

Ia Thüringer

**Gänse**

Preis 11.50

Krenstr. 17, Eierhandlung.

Solange Vorrat reicht!

Zehnmargarine 15 Mt.

Hermann, Gemeindestr. 18.

Runkelrüben

Futterkartoffeln

gefertigt Richard Jausch

Dresdner Kreisende-Bahnhof

Leopoldstr. 5, Kl. Klinikenstr. 5.

**Billigste Bezugsquelle!**

Herrenstiefel 145,-

Damenschuhe 75,-

Kinderstiefel 55,-

Lehmann Dresden, Straße 69

100 Ulster

und Winter-Überzieher von

Herrenhosen wenige getragen verkaufspolitisch

Ranftische Gasse 6, Laden.

#### Ulster :: Gummi-Mäntel :: Wäsche

#### Jackett-Anzüge

#### Manchester-Hosen

#### Sport- und Reit-Hosen

#### Mützen

#### Gamaschen

#### Walter Fritzsche

#### Kleidergeschäft

#### Gelegenheitsläufe!

#### Ausdruck

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).

#### Die Strickjacke

#### in reiner Wolle

#### ist das Glück

#### ist die Freude

#### Einzelverkauf

#### Strickjacket-Penndorf

#### Grimmaische Str. 13, im Hansa-Hause, II. Stock (Fahrstuhl).